

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags. 1919-1930 1919**

31 (3.7.1919)

# Ämtliche Berichte

über die

## Verhandlungen des Badischen Landtags.

N. 31.

Karlsruhe, den 3. Juli

1919.

### 31. öffentliche Sitzung

am Donnerstag den 26. Juni 1919, nachmittags 4 Uhr.

#### Tagesordnung:

Anzeige neuer Eingänge. Sodann ev. Kurze Anfragen.  
Hierauf

1. Zweite Beratung über den Gesetzentwurf, die Bürgerschaftsübernahme für ein Darlehen der Stadtgemeinde Kehl durch den Staat betr. (Druckf. Nr. 36),  
Berichterstatter Abg. Marum.
2. Fortsetzung der Besprechung der Interpellation der Abgg. Dr. Kraus und Gen., die Sozialisierung in Baden betr. (Druckf. Nr. 26).
3. Begründung und Beantwortung der Interpellationen
  - a. der Abgg. Dr. Koenigsberger und Gen., die Reform der Universitätsverfassung betr. (Druckf. Nr. 19),
  - b. der Abgg. Heurich und Gen., die Wohnungsfrage betr. (Druckf. Nr. 10a).
4. Berichte der Kommission für Justiz und Verwaltung und Beratung über
  - a. die der Gutheißung des Landtags vorbehaltene Verordnung des Ministeriums des Innern vom 5. August 1918, die Erhebung von Taxen für die staatliche Genehmigung zur Ausgabe von Teilschuldverschreibungen und Vorzugsaktien sowie zur Errichtung von Aktiengesellschaften usw. betr. (Druckf. Nr. 38),  
Berichterstatter Abg. Schneider-Heidelberg;
  - b. die Bitte des Bad. Landeswohnungsvereins und des Bad. Landesverbands deutscher Bodenreformer, die Organisation für das Wohnungswesen betr.,  
Berichterstatter Abg. Ged.
5. Berichte der Petitionskommission und Beratung über die Petitionen
  - a. des Michael Ruhn in Friedrichsfeld um vorzeitige Entlassung seines Sohnes aus der Schule,  
Berichterstatter Abg. Jhrig,
  - b. des Adam Weber in Oberdielbach im gleichen Betreff,  
Berichterstatter Abg. Jhrig.

Am Regierungstisch: Staatspräsident Geiß, Arbeitsminister Rückert, Minister des Auswärtigen Dietrich, Justizminister Trunk, Minister für Kultus und Unterricht Hummel, Minister des Innern Kemmle, Finanzminister Dr. Wirth und Geh. Oberfinanzrat Zimmermann.

Präsident Kopf eröffnet um 4¼ Uhr die Sitzung und gibt folgende Eingänge bekannt:

1. Eingabe der Siebenerkommission der Volkswehrleute in Mannheim wegen Gewährung von Lohnzuschlägen.

Die Eingabe wird gleichzeitig mit der in der vorigen Sitzung eingelaufenen Mitteilung des Ministeriums des Innern in gleichem Betreff an die Haushaltskommission verwiesen.

2. Urlaubsgesuche der Abgg. Markloff Samann, Maier-Heidelberg und Weißhaupt.

Der erbetene Urlaub wird erteilt.

Zur Verlesung einer kurzen Anfrage der Abgg. Marum, Köhler, König und Mayer-Karlsruhe erhält hierauf das Wort:

Abg. Marum (Soz.):

Ist dem Staatsministerium bekannt, daß in Kehl der Hilfsstaatsanwalt, Amtmann Werber, der Amtsrichter Frisch und zwei Gendarmen von den Franzosen verhaftet worden sind, weil sie die Verhaftung des Agenten Gompas in Regelshurst wegen Hochverrats durchgeführt haben? Welche Schritte denkt das Staatsministerium zu tun, um die Entlassung der Beamten herbeizuführen und um die Durchführung des Strafverfahrens gegen Gompas zu ermöglichen?

Zur Beantwortung erhält das Wort:

Minister des Auswärtigen Dietrich:

Der Regierung ist bekannt, daß die Behörden in Kehl den Agenten Gompas wegen Hochverrats verhaftet haben, und daß die Franzosen nachher diesen Herrn Gompas befreit, dafür aber den Amtsrichter Ruch, den Oberamtsrichter Frisch und den Amtmann Werber in Haft genommen haben. Die Vorgänge, die hierzu geführt haben, sind folgende:

Schon Ende Mai erfuhr die Regierung, daß in Regelshurst im Amt Kehl hochverräterische Treibereien im Gange seien. Am 29. Mai nachmittags hat im Saalmen in Regelshurst eine Versammlung stattgefunden, die der Agent Gompas einberufen hat, in welcher nach längeren Ausführungen des Agenten Gompas, in denen er die Gründe darlegte, warum man zu Frankreich kommen müsse, und gleichzeitig die Nachteile des Verbleibens bei Deutschland hervorhob, ein Schriftstück unterzeichnet werden sollte. Der nähere Inhalt des Schriftstückes ist in den Einzelheiten nicht bekannt. Am 31. Mai wurde am Rathaus in Regelshurst ein Anschlag folgenden Inhalts festgesetzt:

„Das Exekutivkomitee für die Annexion des Gebietes des Brückentopfes Kehl beschließt:

1. Von heute ab existiert die deutsche Autorität und Verwaltung nicht mehr.

2. Wir erkennen als rechtmäßige Autorität nur noch die französische Zivil- und Militärbehörde an, deren Anordnung allein wir Folge leisten werden.

Das Exekutivkomitee für Regelshurst.“ (Zuruf links: Psuil)

Nach unseren Berichten haben der Versammlung einige 20 Leute angewohnt. Die Unterschriften für das Schriftstück, das nachher an die französische Behörde abgegeben ist, sollen ungefähr 50 Personen vollzogen haben. Nach den weiteren Mitteilungen, die wir bekommen haben, handelt es sich vielfach um Leute, die nicht recht wußten, was sie taten, und hinterher ihre Tat bereut und versucht haben, sie wieder gut zu machen.

Zur Rechtslage ist folgendes zu bemerken: Kehl wurde besetzt auf Grund der nachträglichen Abmachung vom 15. und 16. Januar 1919 in Trier zum Waffenstillstand. In dieser

Abmachung heißt es in Ziffer VII: „Das alliierte Oberkommando behält sich von jetzt an vor, um sich eine neue Sicherheit zu verschaffen, zu dem Zeitpunkt, wo es dies für angezeigt erachtet, den durch die Forts des rechten Rheinufer gebildeten Abschnitt der Festung Strahburg mit einem Geländestreifen von 5 bis 10 Kilometer vor diesen Forts zu besetzen; die Besetzungsgrenze ist auf der beigefügten Karte angegeben.“ Von dieser Besetzung ist dann auch unerbüßlich Gebrauch gemacht worden.

Auf diese Besetzung findet die Bestimmung der Gaager Landkriegsordnung im Artikel 43 Anwendung, welche lautet: „Nachdem die gesetzmäßige Gewalt tatsächlich in die Hände des Besetzenden übergegangen ist, hat dieser alle von ihm abhängenden Vorkehrungen zu treffen, um nach Möglichkeit die öffentliche Ordnung und das öffentliche Leben wieder herzustellen und aufrecht zu halten und zwar soweit kein zwingendes Hindernis besteht, unter Beachtung der Landesgesetze.“ Das Gebiet ist also deutsch geblieben. Seine Zugehörigkeit zu Deutschland ist auch in der vor der Verhaftung abgeschlossenen Friedensverhandlung vom 23. d. M. festgelegt, und deswegen enthält das Vorgehen des Herrn Gompa und der anderen Beteiligten das Verbrechen des Hochverrats nach Artikel 81, 82, 84 des Reichsstrafgesetzbuches. Wenn die Behörden in Kehl beschwigen gegen den Agenten Gompa und seine drei Helfershelfer, den Ratschreiber Joders, den Friedrich Zipp und den Glaser Georg Lesch Haftbefehl erlassen haben, so haben sie damit nur ihre Pflicht und Schuldigkeit getan (Zustimmung), und sie finden die volle Billigung der badischen Regierung (Abg. M a h e r -Karlsruhe: Sehr gut!).

Wir haben, als uns die Mitteilung von der Verhaftung der Behörden zum, die inzwischen dahin richtig gestellt wurde, daß der Oberamtsrichter Much enthaftet sei, während nun die beiden Gendarmen in Kork in Haft genommen seien, uns sofort mit einem Protest an die Waffenstillstandskommission gewendet, ebenso an das Auswärtige Amt in Berlin und an unseren Gesandten, an letzteren mit dem Ersuchen, unseren Schritte Nachdruck zu verleihen.

Die Behörden in Kehl haben ein schweres Stück Arbeit auf sich genommen, und sie haben die Arbeit vollzogen im Bewußtsein, ihrem Vaterland dadurch einen Dienst zu leisten. Sie werden die Haft, die über sie verhängt ist und von der wir hoffen, daß sie sich nicht wird aufrecht erhalten lassen, weil sie eine Vergewaltigung ist, mit der Würde tragen, welche das Gefühl treuer Pflichterfüllung mit sich bringt. Und Sie, meine Damen und Herren im Hause und die Regierung, wir wollen der Hoffnung Ausdruck verleihen, daß die ganze Bevölkerung Kehls und des Brückenkopfesgebietes ebenso denkt und handelt und der Wunsch, sie von Deutschland zu trennen, an ihrem treuen Willen zerschellen wird (Lebhafte Beifall).

Zur Verlesung einer weiteren Kurzen Anfrage erhält das Wort:

Abg. Siegelmaier-Oberkirch (Zentr.):

Ist es der Regierung bekannt, daß für Kinder zwischen 2 und 5 Jahren, ganz besonders auf dem Lande nur ganz selten Schuhe zu bekommen sind? Kann die Regierung dafür sorgen, daß die Schuhfabriken in größerer Anzahl Kinderschuhe herstellen?

Zur Beantwortung erhält das Wort:

Minister des Innern N e m m e l e:

Der Mangel an Kinderschuhen hängt selbstverständlich mit dem Mangel an Schuhwerk überhaupt zusammen, dessen Ursachen als bekannt vorausgesetzt werden dürfen und der so groß ist, daß in den letzten Monaten im Reich durchschnittlich nur noch 1 Million Paare Lederschuhe monatlich verteilt werden konnten. Durch die Besetzung der linksrheinischen Gebiete und der rechtsrheinischen Brückenköpfe gehen rund 40 Prozent der gesamten deutschen Schuherzeugung für das übrige Deutsche Reich verloren. Das mußte sich naturgemäß auf dem Gebiete der Versorgung mit Kinderschuhen besonders stark fühlbar machen, da Kinderschuhe hauptsächlich linksrheinisch, besonders am Niederrhein, hergestellt werden. Davon abgesehen ist die Anfertigung von Kinderschuhen aber auch an und für sich zurückgegangen, weil diese Schuhe in normalen Zeiten vielfach aus Oberlederabfällen von Herren- und Damenschuhen gefertigt zu werden pflegen. Derartige Abfälle sind aber jetzt sehr spärlich, weil bei dem Mangel an Oberleder darauf gesehen wird, jedes einzelne Teilchen, soweit es nur irgendwie verwendbar ist, auszunützen.

Wir haben versucht, was möglich war, um dem Mangel an Kinderschuhen abzuwehren. Eine Umstellung der zumeist für Anfertigung größeren Schuhwerks eingerichteten rechtsrheinischen Fabrikbetriebe auf Kinderschuhe ist unter den derzeitigen Verhältnissen technisch nur unter erheblichen Schwierigkeiten durchführbar. Schon aus diesem Grunde hat eine Anweisung an diese Fabriken, Kinderschuhe herzustellen, keinen durchschlagenden Erfolg, abgesehen davon, daß dazu nicht die badische Regierung, sondern der Überwachungsausschuß der Schuhindustrie und der Hauptverteilungsausschuß des Schuhhandels zuständig wären. Trotzdem haben wir in einem Falle, in welchem eine solche Einwirkung möglich war, einer badischen Fabrik die Herstellung von Kinderschuhen in größerem Umfange nahegelegt. Im übrigen haben wir durch die Vertreter der Schuhhandelsgesellschaft Karlsruhe den Überwachungsausschuß der Schuhindustrie ersuchen lassen, den Schuhfabriken die Herstellung von Kinderschuhen in den Größen 18 bis 26 in größerer Anzahl aufzugeben. Ein entsprechendes Verlangen ist auf unsere Veranlassung hin auch durch die Mitglieder des Verbandes badischer Schuhwarengroßhändler an ihre Lieferanten gerichtet worden. Endlich wurde, als sich in letzter Zeit infolge eines Abkommens mit den zuständigen Stellen die Belieferung Badens mit einer Sonderquote von 80 000 Paar Schuhen, aus der Pfalz im Kompensationswege ermöglichen ließ, darauf hingewirkt, daß diese Ware zum großen Teil auch in Kinder- und Mädchengrößen geliefert wurde.

Durch die getroffenen Maßnahmen ist zwar nach den uns vorliegenden Nachrichten dem Mangel nur teilweise abgeholfen. Es wird aber weiterhin auch dahin gewirkt werden, daß auch zukünftig Baden mit Kinderschuhen im Vergleich zu anderen Bundesstaaten nicht ungünstiger beliefert wird.

Der Präsident gibt hierauf den Eingang einer Mitteilung des Arbeitsministers bekannt, wonach dieser bereit ist, die Interpellation der Abgg. Weißhaupt und Gen., die Sonntagsruhe betr., zu beantworten.

Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten. Zu Ziffer 1 derselben: Zweite Beratung über den Gesetzentwurf, die Bürgerschaftsübernahme für ein Darlehen der Stadtgemeinde Kehl durch den Staat betr. erhält das Wort:

Berichterstatter Abg. M a r r m (Soz.):

Ich habe sachlich keine Anträge mehr zu stellen, nur in formeller Beziehung will ich als Berichterstatter zwei Anträge stellen, nämlich folgende:

Der Eingang des Gesetzes lautet: „Im Namen des badischen Volkes hat der Landtag am . . . beschlossen.“ Es ist eine Vereinbarung der Verfassungskommission gewesen, daß für die Eingangsformel der Gesetze die Fassung gewählt wird, welche die deutsche Verfassung vom 21. März 1919 hat. Danach hat die Eingangsformel nicht so zu lauten, wie ich sie eben verlesen habe, sondern: „Das badische Volk hat durch den Landtag am . . . folgendes Gesetz beschlossen.“ Ich beantrage, die Eingangsformel demgemäß zu ändern.

Außerdem stelle ich den Antrag, daß die Schlusssätze des Gesetzentwurfs gestrichen werden, und zwar von den Worten ab: „Dieses Gesetz wird hiermit usw.“

Diese Schlusssätze — „Dieses Gesetz wird hiermit im Namen des badischen Volkes verkündet. Karlsruhe, den . . . Das Staatsministerium“ — sind etwas, was nicht der Landtag zu beschließen hat, sondern das sind Worte, die vom Staatsministerium unter die Ausfertigung des Gesetzes zu setzen sind, berühren also eigentlich nicht den Beschluß des Landtags. Ich beantrage deshalb, diesen Schluß zu streichen.

Im übrigen aber empfehle ich Ihnen den Gesetzentwurf zur Annahme.

In der Beratung ergreift niemand das Wort.

Die Anträge des Berichterstatters werden angenommen.

Bei der alsdann folgenden namentlichen Abstimmung wird der Gesetzentwurf mit 88 Stimmen einstimmig angenommen.

Ebenso wird der Antrag der Kommission, den Gesetzentwurf als dringend im Sinne des § 23 der Verfassung zu erklären, einstimmig angenommen.

Zu Ziffer 2 der Tagesordnung: Fortsetzung der Besprechung der Interpellation der Abgg. Dr. Kraus und Gen., die Sozialisierung in Bad. betr. (Druck. Nr. 26) erhalten das Wort:

Abg. Dr. Koenigsberger (Soz.):

Wir haben uns in dem Hause hier und in der Kommission schon öfters darüber aufgehalten, daß die Gesetzentwürfe rasch durchgenommen werden müssen, und uns darüber beklagt, daß von Außen uns die Pistole auf die Brust gesetzt wird. Nun muß ich aber auch sagen, ob wir nicht selbst daran schuld sind, indem wir eben den Forderungen der Zeit nicht genügend rasch entgegenkommen. Und das ist ja auch etwas, was neuerdings im „Badischen Beobachter“ in einem Leitartikel vom heutigen Tage besprochen wird, wo ausdrücklich gesagt wird, daß zur Zeit sehr viele Leute politisch von der Hand in den Mund leben. Das wird da eingehend ausgeführt und ich glaube, daß meine Partei den Gedanken, die da im „Badischen Beobachter“ ausgesprochen sind, in vieler Hinsicht zustimmen kann, daß wir eben sehr vieles, was geschehen sollte, was notwendig wäre, nicht rechtzeitig machen.

Es ist aber erfreulich, daß sich in dem Hause hier die beiden großen bürgerlichen Parteien für den Gedanken der Sozialisierung ausgesprochen haben, wenigstens daß sie sich nicht völlig ablehnend verhalten haben, und man wird ja dann in der Folge bei der Durchführung und Annahme der Gesetzentwürfe in der Praxis sehen, wie sich die einzelnen Parteien dazu stellen. Völlig ablehnend haben sich ja nur die Herren von der Deutsch-Nationalen Partei verhalten (Widerspruch bei den Deutsch-Nationalen), soviel ich verstanden habe (Abg. Mager: Bedingt! Keine absolute Ablehnung! Durchaus nicht! — Der Präsident bittet Zwischenrufe zu unterlassen). Die Herren müssen besser wissen, wie sie sich verhalten wollen, als ich das aus den Reden entnehmen konnte. Ich möchte nur zu den Begründungen, die der Herr Abg. Mager-Parlsruhe gegeben hat, einiges sagen.

Zunächst einmal: Wir als internationale Sozialdemokraten wissen, daß nicht nur in Südslawien und in anderen Teilen Europas ursprünglich sozialistische Einrichtungen bestanden haben, sondern wir wissen, daß solche auch in Deutschland waren, die bekannten Markgenossenschaften, und jeder, der sich auf dem Lande da etwas umgesehen hat, weiß, daß auch Überreste dieser ursprünglichen, sozialistischen Einrichtungen vorhanden sind, die sog. Allmende, wovon dann der Bürger nutzen bezogen wird. Also der Sozialismus ist durchaus nicht etwas in Deutschland ganz Ungewöhnliches.

Was die theologische Begründung gegen den Sozialismus anbelangt, so kann ich natürlich als Laie nicht mitsprechen. Wir Sozialdemokraten sind überhaupt der Ansicht, daß man die ehrwürdigen Urkunden der Religionsgemeinschaften nicht als volkswirtschaftliche Lehrbücher betrachten kann. Aber gleichwohl muß man doch als Laie sagen, daß im Neuen Testament viel eher Gedanken sozialistischen oder kommunistischen Ursprungs oder kommunistischen Anlages vorhanden sind, als solche, welche für Weibehaltung des Gegensatzes von reich und arm sprechen. Es ist unnötig darauf weiter einzugehen. Aber ich glaube, wenn man das alles liest, man braucht ja nur an die Parabel vom armen Lazarus zu denken oder an die Sprüche von den Schätzen, die der Hölle und die Motten fressen, oder auch daran, daß eher ein Kamel durch ein Nadelöhr geht, als ein Reicher in das Himmelreich kommt — wenn man an diese Sätze denkt, so muß man sagen, es ist auch da keineswegs der Gedanken verkündet, daß etwa der Gegensatz von reich und arm etwas Notwendiges ist. Im Gegenteil! Ich weiß nicht, ob der Herr Abg. Mager dafür sorgen will, daß der Zustrom zur Hölle nicht nachläßt. Aber nach den Worten des Evangeliums wäre es ja gerade so, daß der Reiche nicht in das Himmelreich käme (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten). Es ist aber natürlich nicht Gelegenheit unserer Partei, über diese mehr theologischen Sachen zu sprechen, sondern (Abg. Dr. Schofer: Das war schon mehr ein theologischer Galkimathias!) darüber zu sprechen, was das mit dem Sozialismus zu tun hat. Wir wollen uns einmal an die rein politischen und sachlichen Dinge halten, an dasjenige, was wir jetzt von der Sozialisierung eigentlich wollen und verlangen.

Zunächst verlangen wir die Sozialisierung nicht deshalb, weil sie ein Punkt des Parteiprogramms ist, sondern deshalb, weil es eben jetzt eine unbedingte wirtschaftliche Notwendigkeit ist, weil es keinen anderen Weg mehr gibt, um unser Wirtschaftssystem in Gang zu bringen. Ich habe allerdings den Eindruck, daß von den bürgerlichen Parteien vielleicht noch eine Anzahl Herren sich so verhalten, daß sie immer noch auf ein Wunder warten — ähnlich, wie es im Kriege ging, wo auch eine ganze Anzahl immer dachte, es wird schon irgend etwas kommen, was uns heraushilft. Das ist aber schließlich nicht derjenige Geisteszustand mit dem ein Politiker weiter kommen kann. Er hat uns auch im Krieg entschieden nicht genügt.

Und ich bin auch der Ansicht, daß unsere Partei selbst, die sozialdemokratische Partei jetzt nicht — ich muß es offen sagen — denselben Fehler machen soll, den sie meiner Ansicht nach im Kriege gemacht hat. Es hat ja der größte Teil von unserer Partei die Machtverhältnisse richtig abgeschätzt, denn er war nicht verblendet von imperialistischem Ehrgeiz und auch nicht befangen von der Angst und dem Geldbeutel. Aber die Partei hat zum Teil aus parteitaktischen Gründen, zum Teil auch, um sich nicht den Vorwurf zuzuziehen, sie hätte irgendetwas vernachlässigt in der Verteidigung des Vaterlandes, unterlassen, rechtzeitig mit größerer Energie dafür einzutreten, daß Friede gemacht wird (Abg. Weizmann: Das ist ein starkes Stück!). Darüber kann man natürlich verschiedener Ansicht sein. Aber ich muß sagen, diese Ansicht habe ich nun einmal, und ich glaube, daß das damals ein Fehler war, wenn auch ein in vieler Hinsicht rechtfertigender Weg. Dieser Fehler soll jetzt nicht wiederholt werden, wo es sich um die Änderung des Wirtschaftssystems handelt. Wir sollten da nicht etwa wieder aus parteitaktischen Rücksichten ängstlich abwarten, rechtzeitig das Notwendige zu tun. Wir müssen eben mit einem gesunden, realpolitischen Blick das tun, was die Grundsätze sozialistischer Politik fordern, und es ist richtiger, daß etwas getan wird und rasch etwas getan wird, wenn auch vielleicht einmal der eine oder andere Fehler unterläuft, als daß man ruhig die Dinge gehen läßt.

Wenn wir uns fragen, was jetzt zum Sozialismus drängt, dann ist es einmal ein geistiger Zustand. Es ist die Tatsache, daß die großen Volksmassen das Vertrauen in die Führung der Gebildeten verloren haben. Gewiß, die sozialdemokratische Partei war von jeher eine Arbeiterpartei und hat sich nicht von den Gebildeten führen lassen; aber es hat doch im Volke, auch in sozialdemokratischen Schichten, immerhin ein gewisses Vertrauen zu der Führung durch die gebildeten Schichten bestanden, ein Zustand, der jetzt infolge des Krieges, das kann man ruhig sagen, fast völlig geschwunden ist. Die Ursachen zu untersuchen, warum das geschehen ist, dazu ist hier nicht der Ort. Wir haben diese Erscheinung nicht nur in Deutschland, wir haben genau dieselbe Erscheinung in England — man braucht nur die englischen Zeitschriften nachzulesen — und in Italien, und die Forderung nach Sozialisierung ist nicht weniger stürmisch in den Ländern, die für sie reich erachtet werden. In England z. B., wird die Nationalisierung, wie die Sozialisierung dort heißt, von den Arbeitern in den Kohlenbergwerken gerade so ernstlich und dringend gefordert, wie bei uns, und sie haben dort ein Ultimatum gestellt, daß bis zum 20. Juli ein Bericht darüber erstattet sein mußte.

Ähnliche Vorgänge sind in Kanada, wo zum Teil schon Arbeiterräte gebildet worden sind und große Teile der dortigen Arbeiterpartei auf dem bolschewistischen Standpunkt stehen. Man darf also nicht sagen, daß etwa der Wunsch nach Sozialisierung etwas wäre, was lediglich in einem bestiegten Land aufkommt, etwa in einer unglücklichen Geistesverfassung, sondern es ist etwas, wozu die ganze wirtschaftliche Entwicklung drängt, und das hat ja von jeher die sozialdemokratische Partei betont.

Es sind aber nicht nur geistige Gründe, die zur Sozialisierung führen, sondern es sind vor allem auch die wirtschaftlichen Ursachen, und darüber hat ja der Herr Kollege Dr. Kraus schon eingehend in der Einleitung zu seiner Rede gesprochen. Die Arbeiter sehen eben in der Sozialisierung das beste Mittel, um die Revolution zu sichern, die ihnen zuerst die politische und jetzt, wie wir ja schon aus den Lohnverträgen sehen, auch die materiellen Gleichberechtigung mit großen Teilen der Beamten, unter denen sie früher standen, gebracht hat. Die Arbeiter sehen in der Sozialisierung das Mittel, diese politischen und sozialen Errungenschaften der Revolution zu befestigen. Das ist mit einer der Hauptursachen, warum sie dieselben so dringend wünschen. Aber die wirtschaftliche Wirksamkeit der Sozialisierung ist sich die Arbeiterschaft vielleicht nicht so ganz klar; sie läßt sich auch durchaus nicht so leicht übersehen. Daß die Arbeiterschaft das Recht hat, die Sozialisierung als ein Sicherungsmittel zu fordern, sehen wir schon aus dem Vorschlag von Dernburg, der wieder auf Umwegen den Achtstundentag abschaffen wollte. Dagegen gibt es nur die Sicherung, daß die größeren Betriebe, in denen Lohnarbeiter beschäftigt sind, nicht mehr Eigentum von einzelnen Privatpersonen, sondern von Genossenschaften, von Staat und Gemeinden sind.

Herr Kollege Dr. Gotthein hatte gemeint, es sei jetzt nicht die richtige Zeit, zu sozialisieren, weil die Sozialdemokratie ursprünglich von der Voraussetzung ausging, man könne nur sozialisieren, wenn die Industrie sich in einem blühenden Zustande befindet, wenn die Übernahme der ganzen Betriebe durch das Proletariat verhältnismäßig leicht vor sich gehen könnte. In dieser Beziehung müssen wir darauf aufmerksam machen, daß

schon einer der Begründer der wirtschaftlichen Sozialdemokratie, Engels, in einem Brief an Bebel vorausgesagt hat, daß die eigentliche Krise, die zum Sozialismus führt, nach einem großen Krieg kommen werde. Der Krieg hat die wirtschaftlichen Gründe, die zum Sozialismus führen, nicht wesentlich verändert; er hat nur die ganze Entwicklung wesentlich beschleunigt, und die Lohnbewegung, die jetzt vorwärts geht, wird wohl auf keinem anderen Wege zu einem Ende zu bringen sein als dadurch, daß man sozialisiert. Es ist schon genugsam erörtert worden, wie als Schraube ohne Ende die Preissteigerung durch die Landwirte und die Lohnerhöhung wirkten. Eine Klasse macht der anderen den Vorwurf, daß sie die Preise steigere. Es ist selbstverständlich, daß das so weiter geht. Solange ein Teil der Arbeiterschaft sieht, daß es eine Anzahl von Leuten gibt, die wesentlich besser leben können als sie, wird sie eben fordern, höhere Löhne zu bekommen. Dem ein Ende zu bereiten, wird nur dadurch möglich sein, daß die Steuern die Einkommen wesentlich ausgleichen, und auf der anderen Seite die Sozialisierung die Ergänzung dazu bildet.

Daß die sozialdemokratische Partei sich über die Sozialisierung keinen zu großen Illusionen hingibt, ist aus dem zu ersehen, was der Herr Reichspräsident Ebert sagte, der darauf hinwies, daß uns zunächst die Sozialisierung nur dann eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage bringen kann, wenn erstens die Produktion wesentlich gehoben wird, und zweitens ein großer Teil des Mehrwerts, der jetzt von den Kapitalisten eingestekt wird, der Allgemeinheit zugute kommt. Das Letztere wird jedenfalls durch die Sozialisierung erreicht werden. Das Erstere, ob die Produktionsverbesserung gleich eintritt, ist eine Frage, die natürlich nicht so leicht zu lösen ist, weil sie zugleich auch von außerpolitischen Dingen abhängt.

Man hat ferner von anderer Seite des Hauses gemerkt, es sei jetzt nicht die Zeit für wirtschaftliche Experimente, überhaupt nicht die Zeit für Experimente. Da muß man sagen, jeder Fortschritt, der gemacht worden ist, ist ein Experiment gewesen, auch der Fortschritt vom feudalen Staat zum bürgerlichen Staat. Jeder Schritt ist ein Schritt ins Ungetwisse, eben ein Experiment, und deshalb darf man aber davor nicht zurückföhren.

Die Sozialisierung kann in den verschiedensten Arten erfolgen. Es sind drei Wege, die hauptsächlich in unserer Partei und Parteiliteratur zu finden sind und die gleichzeitig eingeschlagen werden müssen. Der eine ist die demokratische Gestaltung des Arbeitsverhältnisses. Das bisherige Verhältnis war ein absolutistisches; der Unternehmer war der Herr, der alles zu sagen hatte, der Arbeiter hatte nur zu gehorchen. Er war zwar scheinbar politisch frei, hatte aber in der Hauptsache nur eine Freiheit, die zu verhungern, wenn er nicht in dem Betriebe gehorchen wollte. Was wir wollen, ist der Übergang über die konstitutionelle Demokratie in den Betrieben zu wahrer, völliger Demokratie. Also die Befreiung aus der Lohnknechtschaft ist es, was die Arbeiterschaft erstrebt. Das Mittel hierzu sind die Betriebsräte. Darüber werden bereits Projekte beraten. Es sind nach der Richtung hin auch schon eingehende Vorschläge gemacht worden. Es heißt auch, daß sie nächstens Gesetz werden sollen. Es ist jetzt schon die Möglichkeit vorhanden, Betriebsräte zu wählen. In einigen Orten wird davon Gebrauch gemacht, in anderen wieder nicht. Man muß offen sagen, es ist mancherorts, wo es sich um Streitigkeiten zwischen Arbeiter und Unternehmer handelt, bei den höheren juristischen Beamten nicht das nötige Verständnis vorhanden, und da wäre zu wünschen — solche Klagen sind namentlich bei uns in Freiburg laut geworden — daß unsere Regierung dafür sorgen würde, daß auch diese Herren den Geist der neuen Zeit erfassen. Wenn dafür gesorgt wird, wird man Ruhe in der Arbeiterschaft erreichen.

Selbstverständlich ist unter Sozialisierung nicht zu verstehen, daß die Arbeiter etwa den Betrieb übernehmen sollen, daß die Betriebe zerschlagen werden, so daß gewissermaßen jedes Stück des Betriebes Eigentum eines Arbeiters wird. Davon ist keine Rede. Das ist ein Mißverständnis, ist etwas, das nirgends in der Parteiliteratur behauptet, sondern immer und überall zurückgewiesen worden ist.

Die Sozialisierung ist auch eine notwendige Voraussetzung, wenn wir jetzt der Arbeitslosigkeit steuern wollen. Dann wird in irgend einer Form die Arbeitspflicht oder der Arbeitszwang notwendig sein. Es ist Tatsache, daß eine ganze Anzahl Arbeitsloser sich nicht umstellen wollen, ihre früher gewohnte Beschäftigung nicht aufgeben, sondern einfach weiter ihrer Beschäftigung, die sie früher gehabt haben, nachgehen wollen. Man kann nicht von Menschen verlangen, daß sie zwangsweise zugunsten eines anderen arbeiten.

Das wird keiner von uns gerne tun, das kann man auch von anderen nicht verlangen. Man kann nur verlangen, daß sie die Arbeit übernehmen, wenn sie wissen, daß sie zugunsten der Allgemeinheit arbeiten und nicht für den Profit eines Einzelunternehmers. Also schon aus diesem Grunde, um der Arbeitslosigkeit durch Gesetz zu steuern, ist die Sozialisierung eine notwendige Voraussetzung.

Wenn wir die Frage weiter verfolgen, so kommen wir außer dem Wege der Demokratisierung der Betriebe zu dem Wege der Regelung von Konsum und Produktion. Wir müssen diese Regelung durchsetzen, einmal durch Selbstverwaltungskörper, worin die Unternehmer vertreten sind, die aber nicht mehr Eigentümer, wohl aber Leiter der Unternehmungen mit Gewinnanteil bleiben, aber nicht mehr selbstherrlich sein sollen. Wir brauchen dazu Selbstverwaltungskörper, die aus den Unternehmern zusammengesetzt sind, aus Technikern und Ingenieuren. Es ist eingehend diese Frage auch in demokratischen Zeitungen, z. B. in der „Frankfurter Zeitung“, erörtert worden. Über die Schwierigkeiten, die entstehen, ist man sich klar. Jetzt war z. B. wieder zu lesen, daß die preussische Regierung eine Kontrolle über die Lokomotivfabrikation durchsetzen wollte und in einigen Betrieben auch Gegenliebe gefunden hat, z. B. bei Krupp, daß aber andere Unternehmer sich geweigert haben, eine Kontrolle in ihren Betrieben zuzulassen. Sie wollen sich nicht gerne in ihre Karten schauen lassen. Dagegen muß Einspruch erhoben werden. Man darf nicht nur Einsprüche erheben, wenn Arbeiter streifen. Wenn solche Kontrollbehörden, die die Regelung der Produktion und des Konsums in den einzelnen Betrieben bezwecken, wenn sie einen Nutzen haben sollen, dann wird es natürlich auch notwendig sein, daß dauernd angestellte staatliche Beamte da tätig sind, dauernd angestellte Beamte, damit eben die Beamten nicht nachher, wie das sonst vorkommt, etwa aus dem Staatsdienst wieder in einen anderen Betrieb übergehen und sich das zunutze machen, was sie früher gesehen haben.

Die Kontrolle der Energieproduktion ist etwas, was hoffentlich wohl auch von unserem Arbeitsministerium in nächster Zeit in Angriff genommen werden wird, etwa die Kontrolle der Elektrizität und überhaupt der ganzen Energiequellen, die wir haben; denn wir müssen ja namentlich in Baden sehr sparsam mit den Energiequellen haufen, weil wir Kohlen nicht zur Verfügung haben und die Wasserkraft das einzige sind, was wir in Baden besitzen.

Die Kontrolle der Produktivität selbst ist natürlich etwas, was einen Widerstand bei dem Unternehmer findet. Sie entschließen sich nicht gern, ihren Betrieb zu ändern. Solche Beispiele kann man in der Praxis finden. Da wird z. B., weil die Saarhöhle ausbleibt, der eine Unternehmer, der tätiger ist, sich entschließen, seinen Betrieb umzubauen, damit er jetzt auch mit Ruhrkohlen feuern kann und die Gegenstände, die er brennen will, herstellen kann. Der andere Unternehmer schaut die Aufgabe, hat nicht die nötige Initiative, er läßt lieber seine Fabrik geschlossen und sagt: Ich warte einmal ab, ziehe mein Betriebskapital heraus und lege es irgendwo anders an. Ich will nicht sagen, daß er es ins Ausland bringt; er legt es an, wie es ihm gefällt, baut vielleicht etwas, was er für seine Privat Zwecke braucht. Dann bleibt der Betrieb stehen. Solche Beispiele gibt es in Baden. Es wäre meiner Ansicht nach zu wünschen, daß unsere Regierung in diesem Falle etwas tut. Die Arbeiterschaft klagt mit Recht über solche Zustände. In solchen Orten kommt es vor, daß sie zu den Unabhängigen übergehen. Man wundert sich darüber, entsetzt sich über die Arbeiterschaft, statt zu fragen, welches die wirtschaftlichen Ursachen sind, daß die Arbeiterschaft das tut. Die Arbeiter sind nicht zufrieden, wenn sie mit schlechtbezahlter Waldarbeit abgespeist werden. Man sollte dafür sorgen, daß solche Fabriken wieder in Gang kommen. Ich muß schon sagen, ich würde es für eine Pflicht der Regierung halten, danach zu sehen, die Betriebe zu kontrollieren, die nicht arbeiten, und zu untersuchen, ob sie nicht wieder in Gang gebracht werden können. Von den Technikern können jedenfalls auch die nötigen Ratschläge gegeben werden, wie das zu machen ist. Es wird unter Umständen notwendig sein, wenn die Betriebe produktiv sind, daß der Staat sich irgendwie daran beteiligt. Da könnte wohl irgend etwas geschehen. Ich bin wie gesagt — das ist allerdings meine persönliche Meinung — der Ansicht, es ist besser, daß irgend etwas geschieht, auch wenn einmal ein Fehler unterläuft, als daß wir einfach die Dinge, wie es jetzt vielfach geschieht, gehen lassen. Es ist eben im politischen Leben und im Wirtschaftsleben im Großen manchmal etwas anders als im Geschäftsleben und auch anders, als das zum Teil bei den Gewerkschaften der Fall ist. Man kann wohl sagen, daß es bei den Gewerkschaften vor allem darauf ankommt, daß

kein Fehlschlag stattfindet, das kein Schritt zurückgemacht wird, weil das dann die ganze Bewegung zurückwirft. Aber im politischen Leben liegen die Dinge anders. Der Staatsmann, der die Dinge laufen läßt, macht sich eines schweren Fehlers schuldig und trägt eine große Verantwortung.

Es ist nicht nur eine Kontrolle der Produktion, die wir wünschen, sondern auch eine Kontrolle des Konsums, und wenn wir uns da fragen, wozu alles in Betracht kommen kann, so ist es z. B. der Konsum von Wohnungen. An die Produktion von Wohnungen können wir jetzt nicht denken, weil der Neubau von Wohnungen sehr teuer ist. Das ist übrigens eine Erscheinung, die nebenbei bemerkt nicht nur in Deutschland statt hat, sondern genau so in England. Wenn man die englischen Zeitschriften nachliest, findet man dieselbe Klage wie bei uns über den Mangel an Wohnungen, über die schlechten Wohnungen, über die Unmöglichkeit, jetzt bei den hohen Preisen neue zu bauen. Man muß aber nicht etwa glauben, daß dies nur in Deutschland der Fall ist, weil wir besiegt wären. Wir können also, was den Konsum der Wohnungen anlangt, nicht die Produktion, sondern den Verbrauch der Wohnungen, auch in dieser Hinsicht sozialisieren. Wir können die Kontrolle der Wohnungen da irgend wie durchsetzen, und es sind auch schon schöne und brauchbare Vorschläge aus dem Landeswohnungsamt hervorgegangen. Wir möchten den Wunsch aussprechen, — wenigstens ein Teil meiner Fraktionsgenossen hat den Wunsch —, daß dieser Entwurf des Landeswohnungsamts in der einen oder anderen Form doch recht bald eingebracht wird, denn auch in dieser Hinsicht muß etwas geschehen. Man kann nicht nur immer darüber klagen, daß die Kommunisten, Spartakisten, Unabhängigen usw. immer stärker werden und weiter die Dinge laufen lassen, sondern man muß sich nach den wirtschaftlichen Ursachen fragen, warum die Arbeiter ungeduldig sind. Wenn da bei der Sozialisierung der Wohnungen auf genossenschaftlichem Wege etwas geschieht, dann ist es etwas, was die Sozialdemokratie von jeher gewünscht hat. Der Herr Kollege Dr. Götthe in meine zwar, wir hätten uns früher gegen die Genossenschaften gewandt. Das ist aber nicht richtig. Die Sozialdemokratie hat von jeher das Genossenschaftswesen bevorzugt und gepflegt. Ich erinnere nur an die Konsumvereine bezw. Lebensmittel- und Produktivereine, wie sie sich auch nennen, an die Volksfürsorge und an die Hindernisse, die gerade damals von der Regierung und zum Teil von bürgerlicher Seite gekommen sind. Man hat eine ganze Anzahl von Gesetzesbestimmungen getroffen, die diesen Genossenschaften das Leben zu erschweren suchten (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten). Unserer Partei kann man also nicht den Vorwurf machen, daß sie gegen die Genossenschaft war, sondern sie war von jeher für die Genossenschaften und auf diesem Wege wollen wir auch die Sozialisierung weiter fördern. Der Herr Kollege Dr. Kraus sagte ja auch, daß die Landwirtschaft, was uns ja auch bekannt ist, von jeher schon auf diesem Wege vorgegangen ist, und die Ratsschlüsse, die Herr Dr. Kraus für die landwirtschaftlichen Genossenschaften gegeben hat, werden ja gewiß ebenso gern befolgt werden, wie wir die Ratsschlüsse und Ermahnungen befolgen, die von landwirtschaftlicher Seite den Arbeitern und den Beamten gegeben werden (Na, na! rechts).

Wir haben aber nicht nur mit dem Konsum der Wohnungen, wir haben auch mit dem Konsum des Kapitals zu rechnen, und auch da könnte von seiten der Regierung etwas geschehen. Im wesentlichen ist es natürlich Reichsfrage, wie das Kapital verbraucht wird, und was damit geschieht. Aber es sind auch von Reichswegen schon Bestimmungen getroffen worden, um die Auswanderung des Kapitals zu verhüten. Und nun hat Baden eine sehr große Grenze zum Ausland, die Schweizergrenze, und wir wissen ja alle, es ist genügend bekannt, daß viel Kapital nach der Schweiz hinübergewandert ist. Wenn wir da auch nicht neue Vorschriften treffen können, so könnte man doch in Baden auf die Einhaltung der Vorschriften und auf die polizeiliche Durchführung, meiner Ansicht nach, noch etwas mehr Mühe und Sorgfalt verwenden. Wie das zu machen ist, das ist natürlich nicht eine Frage, die im Plenum erörtert werden kann. Das ist ja auch Sache der Regierung. Der Herr Finanzminister, der Herr Justizminister und der Herr Minister des Innern sind diejenigen, die in der Lage sind, dafür zu sorgen, daß auch da die Polizei in Aktion tritt, die Polizei, die gegen die Arbeiterschaft unter Umständen recht aktiv ist.

Etwas anderes, wobei die Sozialisierung, die Regelung des Konsums in Betracht kommt, ist der Konsum oder der Verbrauch der Arbeitskraft. Da gibt es nun auch verschiedene Auffassungen. Wir können die kapitalistische, rein rechnerische Auffassung nicht teilen; wir können also nicht der Ansicht sein, daß es sich lediglich darum handelt zu sehen, wie

etwa möglichst viel gespart wird, wie das Budget möglichst klein gehalten wird. Das ist eine rein rechnerische Auffassung, die die Sachlage meiner Ansicht nach nicht trifft, denn die Tatsache ist eben doch einfach die: Wir haben so und soviel Menschen in Baden zu ernähren; toischlagen können wir sie nicht, wir können sie auch nicht zur Auswanderung zwingen, also ist es die Hauptsache, daß wir ihre Arbeitskraft richtig verwerten, und wie das dann rechnerisch, finanzpolitisch gestaltet wird, das ist eine andere Frage. Wir können auch die Kleinbäuerliche und Kleinbürgerliche Auffassung nicht ganz teilen. Es kann also unserer Ansicht nach nicht dadurch wesentlich geholfen werden, daß man einfach sieht, wie man die Leute unterbringt. Darin teile ich die Ansichten des Herrn Kollegen Duffner: Es hätte keinen Wert, wenn man vielleicht Großbetriebe, die produktiv sind, einfach deshalb zerschlägt, um möglichst vielen Kleinbauern eine Existenz zu geben, und wenn nachher die Produktion, die marktfähige Produktion, die Waren, die auf den Markt gebracht wird, nicht zunehmen würde. Ich bin auch der Ansicht, daß uns das nichts hilft. Man hätte zwar dann momentan dafür gesorgt, daß man die Leute unterbringt, aber man hätte dem Ganzen nichts genützt. Die Hauptsache ist, daß wir im Ganzen eine größere Produktion von einem Stück Land haben, denn dann können wir mehr Menschen ernähren. In welcher Weise sie irgendwie untergebracht werden, ob sie Bauern oder Arbeiter heißen, das ist eine Nebensache, wenn die Menschen zu arbeiten und zu leben haben. Die Hauptsache ist, daß das in Betracht kommende Landstück möglichst viel produziert, möglichst viel an Nahrungsmitteln abgibt. Für uns kommt lediglich in Betracht, insgesamt die Produktion zu erhöhen, und da muß ich auch sagen: Es ist meiner Ansicht nach nicht so schlimm, wenn wir bei Überlastungen der Beamten in den Ministerien neue einstellen — auch wenn es scheinbar viel kostete. Wir müssen die in Baden lebenden Menschen doch ernähren. Es sieht schließlich lediglich rechnerisch so aus, als ob es viel kostete. Letzten Endes kommen wir doch nicht darum herum, diese Menschen irgend wie zu beschäftigen, und wenn wir überlasteten Beamten irgend wie Arbeit abnehmen, schadet es gar nichts. Beamten mag für den Herrn Finanzminister die mathematisch-finanzielle Formulierung eine wesentlich schwierigere sein; aber das Problem an sich ist einmal gegeben. Es handelt sich nur noch um die mathematische Einkleidung.

Was den Konsum von Energie anlangt, so habe ich darüber schon gesprochen. Es wäre eben zu beaufsichtigen, wie die Energie in den Fabriken verbraucht wird. Man sollte meiner Ansicht nach auch diesen Verbrauch etwas näher betrachten. Man sollte es nicht einfach den Fabriken überlassen, wie sie Kohlen und Elektrizität verbrauchen, sondern man sollte auch ungefähr probieren, ob jede einzelne Fabrik das in der Weise tut, daß davon möglichst gespart wird. In Zukunft darf nicht mehr lediglich der Gesichtspunkt maßgebend sein, ob sich die einzelne Fabrik über Wasser hält oder nicht, sondern man muß sich auch fragen, ob sie der Allgemeinheit nicht zu viel wegnimmt. Eine gewisse Kontrolle wäre also sehr wünschenswert.

Eine andere Kontrolle hätte sich, nebenbei bemerkt, auf die Verwendung von Brennstoffen bei Luxusautomobilen zu richten. Man sieht schon wieder eine ganze Anzahl von Frauen und Fräuleins in solchen Automobilen, die sicherlich an sich einen sehr hübschen Anblick gewähren, herumfahren; aber man könnte sich doch auch fragen, ob nicht hier ebenfalls an Brennstoff gespart werden könnte und ob nicht wieder die strengen Bestimmungen, die in den Zeiten des Kriegs galten, in Kraft treten könnten.

Auch an Rohstoffen und Arbeitskraft könnte bei uns gespart werden. Dabei würde sicher die Ersparnis der Allgemeinheit zu Nutzen kommen. Das wäre ein Sparen, das nur der Allgemeinheit zu Nutzen kommen könnte. Wir brauchen bekanntlich für alle Bauten eine bezirksamtliche Genehmigung. Bei solchen Bauten, die unnötig sind, könnte man nun sehr wohl die bezirksamtliche Genehmigung versagen. Wenn z. B. ein Kommerzienrat in irgend einer Stadt — auf deren Namen es nicht ankommt — für seine „Pensionskasse“ einen Stall bauen will der so viel kostet wie ein recht hübsches Arbeiterhaus, dann hätte eben das Bezirksamt die Pflicht, hier eingzugreifen und zu sagen: Das ist unnötig, die Arbeitskraft und das Rohmaterial werden für einen anderen Zweck verwendet! Abg. Kieslich: Bei Bauernstall! — Heiterkeit).

Etwas Ähnliches könnte man auch tun, wenn es sich etwa um größere Villen und dergleichen handelt. Bei all den einzelnen Bauten könnte man von seiten des Bezirksamts sehr eingehend untersuchen, wie weit sie notwendig sind. Auch bei der Anlage von manchen Plätzen und Biergärten ist in letzter Zeit an manchen Orten viel gesündigt worden; auf Einzelbetten

will ich dabei nicht eingehen. Wenn da der eine oder andere Stifter etwas gegeben hätte, hat man einfach einen Acker brach gelegt und Gärten oder sonst etwas Ähnliches daraus gemacht. Wir wissen recht wohl, daß uns die Sozialisierung zunächst eine starke Vergrößerung der Produktion nicht bringen kann und zwar deshalb nicht, weil wir hinsichtlich der Rohmaterialien beschränkt sind. Wir wissen auch ebenso gut, daß eine Vergrößerung der Nahrungsmittelmenge nicht von heute auf morgen möglich ist. Dazu braucht es Zeit. Immerhin aber wäre es doch vielleicht möglich, daß man für den Bezug von möglichst großen Mengen Kali und Düngemitteln sorgen könnte. Was Kali anlangt, so haben wir unseren Vorrat in Baden noch nicht ausgenutzt; der Bezug geschieht aus Preußen. Vielleicht könnte die Regierung etwas tun. Das ist Sache der Herren Vertreter der Landwirtschaft dafür zu sorgen. Unsere Partei ist sich im Klaren darüber, daß natürlich nicht von heute auf morgen etwas geändert werden kann.

Ein ganz verfehltes Auskunftsmitglied, was jetzt auch von einigen bürgerlichen Zeitungen empfohlen wird, ist die Auswanderung. Es wurde diese in manchen bürgerlichen Zeitungen wenigstens empfohlen oder doch immerhin erörtert. Verfehlt ist es deshalb, weil diese Auswanderung für uns lediglich eine Abwanderung der kräftigsten Menschen bedeuten würde. Ja, wenn gleichzeitig auch Frauen und Mädchen auswandern würden, dann wäre es unter Umständen etwas anderes; dann könnte man rein nationalökonomisch rechnerisch sich darüber freuen. Da aber die Auswanderung, wenn sie zustande käme, tatsächlich nur die kräftigsten, arbeitsfähigen Männer betreffen würde, würde sie uns, was die Sozialisierung und die Ernährung anlangt, nicht entlasten, sondern einfach unsere Arbeitskraft schädigen. Wir haben eben jetzt eine große Menge von Frauen, Mädchen und Kindern, einen Überschuß an solchen, und diese müssen ernährt werden; daran ist nichts zu ändern.

Es wäre die Frage aufzuwerfen, ob im Hinblick auf deren Lebenshaltung in mancher Hinsicht eine Einschränkung erfolgen könnte. Was z. B. ältere wohlhabende Damen anlangt, da bin ich der Ansicht, daß das wohl geschehen könnte. Wenn man beispielsweise einmal ehrenamtlich als Wohnungszähler oder dergleichen nachgesehen hat, wie sich die Wohnungen verteilen, dann findet man, daß eine unerbärmlich große Zahl von Räumen und unter Umständen auch Wohnhäuser auf alte Damen aus dem Bürgertum fallen. Gewiß gönnt man ihnen einen ruhigen gemütlichen Lebensabend; aber der Anspruch mancher dieser Damen auf Raum ist viel zu groß, und ich muß schon sagen, in dieser Hinsicht könnte hier etwas geschehen. Überhaupt wird, was die Regelung des Konsums der Wohnungen anlangt, die Sozialisierung der Wohnungen inbegriffen, gesagt werden dürfen, daß in einzelnen Großstädten, auch hier in Karlsruhe, viel zu wenig geschieht. Es machen eben die Stadtverwaltungen von ihrer Ermächtigung keinen Gebrauch.

Gegen unsere Sozialisierungsprojekte hat man vielfach eingewandt, daß die gemeinnützigen Kriegsgesellschaften so schlecht gearbeitet haben. Ja aber die Kriegsgesellschaften sind im Grunde genommen nichts anderes als Beschlagnahmewirtschaft gewesen und diesen mißlungenen Kommunismus, der zutage getreten ist, darf man nicht etwa dem Sozialismus in die Schuhe schieben. Da, bei diesen Gesellschaften, galt es nichts anderes, als möglichst viel zu nehmen, wo man es herbekommen konnte, nicht aber galt es bei ihnen zu produzieren. Mit dem, was wir wünschen, hat das nichts zu tun.

Dann haben die Kriegsgesellschaften einen Schaden gebracht, den wir bei der Sozialisierung sicher auch vermeiden würden. Sie haben den Schaden gehabt, der allgemein anerkannt ist — das kann ich auch als Unitarier ruhig sagen — daß alles in Berlin zentralisiert wurde. Bei der Sozialisierung aber müssen wir entschieden auch eine Dezentralisation wünschen, nicht als badiische Partikularisten, sondern einfach aus dem Grunde, weil wir ja jetzt die Schädlichkeit einer allzu sehr zentralisierten Wirtschaft zur Genüge kennen. Wir sehen dies z. B. auch in Frankreich. Das ist durchaus keine Gegnerchaft gegen den Unitarismus. Schon aus diesem Grunde wäre ich der Ansicht, daß der Herr Arbeitsminister auch für Baden die Sozialisierung nicht etwas „wild“, d. h. ganz unabhängig vom Reich in Angriff nimmt, aber eben doch ganz ernsthaft alle die Möglichkeiten erörtert, die für Baden in Betracht kämen, daß wir uns nicht in einer Weise völlig zentralisieren lassen, bei der eben schließlich eine ungeeignete Zentralisation herauskommt.

Die vielen Mängel, welche die Planwirtschaft des Krieges gehabt hat, brauche ich hier nicht zu besprechen. Sollten uns

die Kriegsgesellschaften als Einwand gegen den Sozialismus entgegen gehalten werden, dann würde Kollege Dr. Kraus oder ich noch Gelegenheit haben, auf dasjenige zurückzukommen, was man alles gegen die Kriegswirtschaft einwenden könnte. Sozialismus stellte sie nicht im entferntesten dar.

Wir haben aber mit der Planwirtschaft, mit der Regelung von Konsum und Produktion nicht genug. Diese Planwirtschaft, wie sie der Reichsarbeitsminister Wissell jetzt dargelegt hat, genügt uns nicht. Das hat auch der Reichsarbeitsminister Schmidt gesagt und das ist der Standpunkt, den wahrscheinlich auch die größere Anzahl meiner Fraktionsgenossen teilen wird. Wir begnügen uns nicht mit der Vollsozialisierung. Wir verlangen mehr: Wir verlangen die Vollsozialisierung. Das haben wir von jeher verlangt, daß schließlich der Übergang der Industriebetriebe in das Eigentum von Staat, Stadt, Gemeinde und Genossenschaft sich vollzieht. Ein Mittel, wie das geschieht, hat der Herr Kollege Dr. Gothein schon erwähnt. Es ist das Mittel, das wahrscheinlich in kürzester Zeit dazu beitragen wird, die Sozialisierung zu bringen, wie das der Herr Kollege schon andeutete: Die kommenden Steuern auf Vermögen und Einkommen. Sie werden uns mehr oder minder schon die Sozialisierung, zunächst einmal die Teilsozialisierung bringen.

Man hat ferner gegen die Sozialisierung als Einwand vor allem immer vorgebracht, daß sie die Initiative hemme. Das ist der Haupteinwand gegen jede Verstaatlichung. Aber dem muß man doch auch entgegenhalten, was schon der Herr Kollege Dr. Kraus erwähnte, daß die meisten Betriebe auch schon sonst gewissermaßen dadurch verstaatlicht sind, daß die Eigentümer gar nicht mehr die Leiter sind. Die Aktionäre haben mit der Leitung des Betriebes nichts zu tun, und der Betrieb geht eigentlich von sich aus vorwärts. Ob der Staat der Aktionär ist oder Privatleute die Aktionäre sind, würde an dem ganzen Betriebe gar nichts ändern.

Andererseits haben wir auch schon heutzutage eine ganze Reihe von Beispielen, daß der Staat durch Einrichtung von Instituten dazu beigetragen hat, die Privatindustrie zu fördern. Ich verweise nur auf das Forschungsinstitut für die Ausnutzung der Kohle. Gerade beim Kohlenbergbau hat die Privatinitiative zu wünschen übrig gelassen. Da ist immer nur unmittelbar das geschehen, was möglichst viel Profit eingebracht hat. Dagegen haben die Unternehmer sich gar nicht darauf eingelassen, weiter ausgreifende Pläne zu erörtern und haben sich gar nicht überlegt: Wie könnte man jetzt wohl die Kohle am sparsamsten, am besten für die Allgemeinheit, verwenden? Sondern sie haben nur gesagt: Wie bringt sie uns momentan den größten Profit? Und da hat der Staat durch Gründung eines Forschungsinstituts eingegriffen. Daraus sieht man deutlich, daß durchaus nicht die private Initiative das ist, was die Betriebe in jedem Falle fördert.

Gewiß, die Staatsbetriebe haben einen großen Nachteil — die Sozialisierung soll ja auch nicht rein eine Verstaatlichung bedeuten —, aber man muß sagen: Die Nachteile, die der Staatsbetrieb heutzutage hat, und die man ihm zuschreibt, sind nicht Nachteile dieser deswegen hat, weil er ein sozialistischer Staat ist, sondern er hat sie deswegen, weil er eben noch kein sozialistischer und noch kein demokratischer Staat ist. Und da spielt auch der Umstand eine gewisse Rolle mit, daß eben doch eine Art Autokratie von höchsten Stellen vorhanden ist, und daß zu diesen höchsten Stellen viele nur gelangen, wenn sie schon in einem sehr hohen Lebensalter sind und sich neuen Ideen nicht mehr anpassen und nicht mehr fügen können. Es sind eine ganze Anzahl Herren darunter, die der Ansicht sind, daß das Wesentliche darin besteht, das festzuhalten, was war und was sie in ihrem Leben gelernt haben. Das ist menschlich sehr verständlich, aber vorwärts bringt uns das nicht. Und diese Leute halten jede Reform und jede Neuerung für eine Utopie. Das ist ein Nachteil des jetzigen Staatsbetriebes, aber nicht ein Nachteil, der jeder Verstaatlichung und der jedem Staatsbetriebe anhaften muß.

Was wir weiter fordern ist das, was auch schon vom Herrn Kollegen Dr. Kraus erwähnt wurde und was ich nochmals ausdrücklich betonen möchte: die Sozialisierung der Ständeherrschaften. Wir fordern sie nicht deshalb, weil die Ständeherrschaften Großbetriebe sind, sondern gerade deshalb, weil sie Kleinbetriebe sind und weil die einzelnen Ständeherrn ja gar nicht selbst arbeiten, sondern lediglich verpacken. Und ich sehe durchaus nicht ein, was das für einen Unterschied machen soll, ob die Ständeherrschaft die Pacht von dem Pächter bezieht oder der Staat sie bekommt. Das wird nicht das mindeste ändern, aber die politische Befreiung der Pächter bedeuten, die jetzt zum großen Teile sehr abhängig sind von den Ständeherrn. Diese Idee ist auch schon

in den 48er Jahren eine Forderung der Demokratie gewesen. Deshalb wäre es zu hoffen, daß auch die demokratische Partei dieser Sozialisierung der Standesherrschaften, also dem Übergange des Eigentums der Standesherrschaften, soweit es verpachtet ist, in Staatseigentum zustimmt.

Man spricht viel von dem sozialen Geiste, der heute in die Standesherrschaften einzziehen soll. Das ist uns in Denkschriften dargelegt worden, und das wäre sehr schön, aber darauf können wir uns nicht verlassen. Zunächst hatte man traurige Erfahrungen gemacht. Ich will nicht von den Spekulationen reden, die da vorgekommen sind, wo fast so viel verspekuliert wurde, wie der ganze Wert des verpachteten Landes betragen hat. Wir können uns auf alle solche Möglichkeiten nicht einlassen. Die Standesherrn sind nichts anderes als eigentliche Großkapitalisten, die kleine Pächter mehr oder minder ausbeuten und die die Pacht nach Belieben verändern. Wenn der Staat das übernehme, würde die Pachtsumme festgesetzt werden, eine gerechte Pachtsumme, bei der der Pächter bestehen kann, während jetzt die Pachtsumme nach Belieben der Standesherrn festgesetzt wird. Wenn sie auch jetzt aus Angst vor der Sozialisierung nicht erhöht wird, so wird das unter allen Umständen nach ein paar Jahren geschehen, wenn der Standesherr meint, die Gefahr sei vorüber. Wir sind also entschieden für eine Sozialisierung der Standesherrschaften, und wir haben es bedauert, daß der Gesetzesentwurf des Herrn Kollegen Dr. Dieß zurückgezogen worden ist. Wenigstens ein Teil meiner Fraktionsgenossen hat das sehr bedauert.

Wir sind auch der Ansicht, daß daselbe geschehen muß in Bezug auf den Waldbesitz der Standesherrschaften. Der Waldbesitz, überhaupt die ganze Holzindustrie in Baden, ist eine der wertvollsten Rohprodukte, die Baden besitzt. Es wäre sehr wichtig, daß dieser ganze Waldbesitz, die Holzindustrie und der Holzhandel sozialisiert wird. Es sind da während des Krieges Millionengewinne gemacht worden. Es ist unnötig, Beispiele dafür anzuführen. Wenn jemand im Jahre 1914 oder 1915 mit einer kleinen Holzsäge angefangen hat, hat er in einem halben Jahr oder drei Vierteljahre später bald eine halbe Million und mehr zurückgelegt gehabt. Die Arbeiter an diesen Orten sind arme Teufel geblieben. Das ist gänzlich unnötig. Diese Naturschätze des badischen Landes, die Wälder, müßten, soweit es sich um große Waldungen, um größeren Waldbesitz, handelt, in den Besitz des badischen Staates übergehen. Bei dem kleinen Waldbesitz, den der einzelne kleine Landwirt hat, ist das eine andere Frage; bei dem hätte die Verstaatlichung nicht den Wert. Die wäre zu umständlich. Aber der Großwaldbesitz, der könnte in staatlichen Besitz übergehen. Dann könnten die Gemeinden, unabhängig von dem Wohlwollen der Standesherrschaften, die Nutzung aus den Waldungen, die Abfälle, wie Brennholz usw., erhalten und würden sich besser stehen, als das jetzt der Fall ist. Außerdem würden die Staatswaldungen unter Staatsaufsicht nicht minder gut verwaltet werden als heute diese standesherrschaftlichen Waldungen, und es würde der Staat diese Einkünfte sehr gut gebrauchen können. Man wird sagen: Es fehlt das Geld dazu, das abzukäufen. Aber wir müssen bedenken: Wenn jetzt die großen Vermögensabgaben kommen (Steuerrecht rechts und beim Zentrum. — Abg. Dr. Schofer: Und damit wollen Sie die Wälder kaufen?), wird sich die Möglichkeit finden, daß das Reich sich mit dem badischen Staat in Austausch setzt und damit der Staat bzw. die Gemeinde Eigentümerin der Wälder wird. Wir hoffen, daß in dieser Hinsicht, was die Wälder und die Verpachtung des Ackerlandes heute anlangt, etwas geschieht.

Etwas anderes ist es mit den produktiven Großbetrieben. Ich muß sagen, da teile ich die Ansicht des Herrn Kollegen Duffner. (Abg. Rieslich: Unentgeltlich expropriieren! — Abg. Dr. Schofer: Säkularisieren muß man! — Heiterkeit rechts). Etwas anderes, was mit der Sozialisierung nicht direkt zu tun hat, möchte ich deshalb erwähnen, weil der Herr Kollege Dr. Gothein davon gesprochen hat. Er meinte, wenn in Rußland Lenin wieder den Afford und die Prämien auf die Arbeit eingeführt habe, so sei damit eigentlich der Kapitalismus wieder eingeführt. Das ist aber nicht der Fall. Wir haben nie die Prämien oder die Affordarbeit als etwas kapitalistisches betrachtet. Diese Frage der Bezahlung der Arbeit, der Gleichbezahlung und der Gleichheit, das ist ein Prinzip, das mit der Sozialisierung der Arbeit nichts zu tun hat. Das hat auch durchaus nichts mit dem Kapitalismus zu tun, sondern ist lediglich eine Verschiedenheit des Einkommens. Darüber kann man natürlich verschiedener Ansicht sein. Ich bin persönlich der Ansicht, die allerdings von der großen Mehrzahl meiner Parteigenossen vielleicht nicht geteilt wird, daß das einzige Auskunfts-mittel um den grotesken Lohnforderungen

und Preistreibern schließlich einmal ein Ende zu machen, lediglich die Kombination von Sozialisierung und Ausgleichung des Einkommens sein wird. Solange die Einen sehen, daß die Anderen ein höheres Einkommen haben, was bei der heutigen Zeit nichts anderes bedeutet, als daß einige sich sehr viel besser ernähren können, werden die Lohnforderungen nicht ausbleiben. Wir werden der Drehung dieser Schraube ohne Ende keinen Widerstand leisten können, ebensowenig wenn eine Teuerungszulage für Beamte kommt und damit wieder die übliche Entrüstung von allen Seiten. Aber, ich muß offen sagen, ich kann diese Forderungen der Arbeiter und Beamten sehr wohl begreifen, wenn sie sehen, daß die Einen, was das einfache Essen und Trinken anlangt, es sehr viel besser haben, während die Anderen hungern müssen. Deshalb wird uns alle Entrüstung und werden uns alle Predigten nichts helfen können, sondern es wird schließlich nur eine gewisse Begrenzung des Einkommens die Abhilfe darstellen.

Ich will nicht sagen, daß das Einkommen im großen und ganzen genau dasselbe sein soll. Man wird Abstufungen nach den Leistungen im Afford- und Prämienystem, wie sie auch in den Räterepubliken Rußland und Ungarn bestehen, zulassen müssen. Aber man wird die oberen und unteren Grenzen nicht in dem Spielraum lassen können, wie es jetzt der Fall ist. Zum Teil hat sich das allerdings schon von selbst gemacht. Wir haben das Ideal von Lenin schon kurze Zeit wesentlich nach der anderen Richtung überschritten gehabt. Es waren die Beamten und Intellektuellen jetzt 2 Monate erheblich schlechter daran als die Arbeiter. Es ist in einem Sinn schon überschritten worden, den man auch als extremster Sozialist nicht billigen kann. Das wird durch die Zulagen, die jetzt bewilligt werden, wieder geändert werden. Die Gleichstellung der Beamten und Arbeiter wird erreicht werden. Wir müssen uns klar darüber sein, was es für ein gewaltiger Schritt ist, daß jetzt tatsächlich eine Gleichstellung von Beamten und Arbeitern erfolgt ist. Das wirkt im Grunde die ganzen Grundlagen unseres Wirtschaftssystems und schließlich auch unseren ganzen Aufbau, auch unsere ganzen Pläne und Gedanken, die ganze soziale Stellung der Beamten fast um. Dadurch sind die Arbeiter jetzt auch wirklich gesellschaftlich gleichberechtigt mit den Beamten und den Intellektuellen. Diese Tatsache ist eingetreten. Sie ist ganz nebensächlich, leise neben den politischen Änderungen eingetreten. Aber sie ist wohl eine der wichtigsten Tatsachen. Das ist aber — das möchte ich auch noch kurz erwähnen — nicht etwa nur bei uns in Deutschland allein eingetreten, sondern genau daselbe besteht, wenn man die ausländischen Zeitungen verfolgt hat, in England, in Frankreich, in Italien. In Italien bekommen die Landarbeiter jetzt zum Teil bis 32 Lire, also gegen 60 M. im Tag, die Hafenarbeiter in Genua bis 80 Lire, also bis etwa 140 M. im Tag, während der Volksschullehrer in Italien noch seine 15 Lire bekam. Genau so ist es in Frankreich, wo jetzt der Mechaniker bis zu 30 Franken im Tag bekommt, der Bergarbeiter 20 bis 21 Franken im Tag. Also wir haben diese Erscheinung, daß die Massen der Arbeiter jetzt gegenüber den Beamten besser gestellt sind. Diese ganze soziale Umwälzung geht in ganz Europa vor sich und das ändert natürlich grundlegend alles um. (Zuruf aus dem Zentrum: Das ist sehr zu beklagen!). Ob man das beklagt oder nicht, das ist natürlich eine Ansichtssache. Wenn man Arbeiter ist, wird man das nicht beklagen, und ich glaube, wenn man Beamter und Intellektueller ist und überlegt sich die Dinge etwas weiter und wünscht den sozialen Frieden, dann wird man meiner Ansicht nach das auch begrüßen können. Allerdings wir Beamten wollen nicht schlechter gestellt sein als die Arbeiter.

Was all die vielen anderen Forderungen anbelangt, die immer wieder kommen, so muß man offen sagen, daß sie sich durchsetzen werden. Daran ist nicht zu zweifeln. Ob sich aber die Forderungen durchsetzen auf dem Wege der Evolution, der langsamen Entwicklung, oder ob sie sich durchsetzen durch Revolution, das wird im wesentlichen abhängen von der Weisheit und der Tatkraft unserer Regierung und andererseits auch von der Einsicht der bürgerlichen Parteien.

Abg. Seurich (Zentr.):

Die Ausführungen hier im Hause heute und gestern haben über die Frage der Sozialisierung zweifellos nicht die Klarheit gebracht, die die Masse draußen — und besonders bei Ihnen (zu den Sozialdemokraten gewendet) wird große Enttäuschung sein — die sie von dieser Interpellation erwartet hat (Zuruf: Sehr gut! rechts). Ich habe mich nicht darüber getäuscht; denn wenn man den Gang der Verhandlungen der Sozialisierungskommission in Berlin die ganze Zeit beobachtet

tet hat und sich allgemein darüber orientiert hat, dann hat man gefunden, daß das Problem der Sozialisierung leichter ausgesprochen ist, als es der Verwirklichung entgegengebracht werden kann.

Wir sind in vielen Punkten, wenigstens ich persönlich, mit den Vorrednern in vielen Fragen einverstanden. Ganz besonders bin ich damit einverstanden, wenn der letzte Herr Redner, Dr. Koenigsberger gesagt hat, die Sozialdemokratie mache sich nicht allzugroße Vorstellungen von der Sozialisierung. Diesen Satz unterschreibe ich also vollkommen. Hier sind wir uns einig. Auch ich verspreche mir nicht allzubiel von der Sozialisierung, wie sie von einem Teil unserer Arbeiterschaft und auch von einem Teil Theoretiker gefordert wird. Wie gesagt, sie ist eine außerordentlich wichtige Frage, sie ist wert, in allem Ernst hier behandelt zu werden. Und nach diesem Ernst der Situation möchte ich auch heute meine Ausführungen in dieser Frage einstellen.

Sobiel der unglückliche Krieg und die ihm gefolgte Revolution mit ihren — es wird nicht mehr abgetritten — zersetzenden Erscheinungen zusammengerissen haben, so kann man doch auf der anderen Seite auch behaupten, daß die ganzen Vorkommnisse der letzten Zeit Kräfte geweckt haben, aus denen, wenn sie sich in gutem Sinne auswirken, für das Wirtschafts- und Volksleben außerordentlich Ersprießliches herauswachsen kann. Ich bin auch der Meinung, daß ein neuer Geist in unser Wirtschaftsleben Einzug halten muß. Es müssen dann auch die Umgestaltungen beginnen in allen Kreisen, in allen Schichten unseres Volkes. Sie müssen beginnen selbst in der Arbeit, sie beginnen in der Denkweise und sie müssen auch beginnen in der Kultur und im Allgemeinen. Die Kultur will neu begründet werden. Alles ist in großer Einarung begriffen, durch diesen Gewaltfrieden werden wir natürlich in diesem Entwicklungsprozeß, der vielleicht zu einer Gesundung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse hätte führen können, vor unüberwindliche Schwierigkeiten gestellt.

Ich habe heute und auch gestern vermehrt, daß bei der Diskussion die internationale Wirtschaftssituation in Rechnung gezogen worden ist. Das ist vorläufig der Hauptfaktor bei der ganzen Sozialisierungsfrage. Wie ist es möglich, daß wir sozialisieren können, dennünftig sozialisieren können, um den Neuaufbau der Industrie, der ganzen Gesellschaftsordnung in Fluß zu bringen?

An diesem ganzen Werden, an diesem anbrechenden neuen Geist ist selbstverständlich am meisten interessiert und steht in der Mitte die Arbeiterschaft. Auch die christlich-nationale Arbeiterschaft will diesem Schaffen und Werden nicht untätig gegenüberstehen, sie will Mitbegründer dieser großen neuen Zeit sein. Die soziale Frage ist nicht neu. Wir beschäftigen uns in Deutschland und in allen Bundesstaaten besonders im Reich schon 50 Jahre mit diesem Problem, und sie ist heute noch das brennendste von allen Kulturproblemen, die überhaupt zur Verhandlung gestellt werden können. Die soziale Frage kann nach meiner Meinung auch nicht mit den alten Mitteln gelöst werden, wie sie der alte Staat angewandt hat. Wohl oder übel müssen hier der Zeit entsprechende Methoden angewendet werden und muß diesem neuen Geist, der nun einmal vorhanden ist, und der auch teilweise berechtigt ist, Rechnung getragen werden. Der Arbeiterstand — darüber sind wir uns doch klar, und das muß bei dieser Verhandlung immer wieder gesagt werden — der Arbeiterstand und zum größten Teil der Beamtenstand, die in der Vergangenheit vielfach zu großen Werkzeugen degradiert waren, wollen zur lichtklaren Menschenwürde emporsteigen, sie wollen neues Leben haben. Erst soll ihnen neues Leben gegeben werden, Leben, das nicht erstickt und untergeht im rein kapitalistischen Massenbetrieb des reinen wirtschaftlichen Wesens, Leben, das nicht verdorrt an der Hitze des modernen Überindustrialismus, Leben, das nicht verkümmert in Not und Elend. Eine neue Wirtschaftsform wird gefordert. Das Wort Sozialisierung spricht sie zu einem Teil im allgemeinen aus. Man kann bellagen — ich persönlich tue das —, daß das Wort Sozialisierung heute zu einem Schlagwort heruntergesunken ist. Aber zugegeben werden muß, daß zu den Problemen, die mit einer ungeheuren Schnelligkeit den Weg in den Geist der Masse genommen haben und in ihrer Größe und Ausdehnung und Wirkung am tiefsteinschneidendsten für unser Wirtschafts- und Gesellschaftsleben geworden sind, die Frage der Sozialisierung gehört. Fragen wir aber nach dem Begriff Sozialisierung, so können wir ohne Übertreibung feststellen: So viel Köpfe, so viel Sinne (Sehr richtig! rechts), und die letzte Rede von Abg. Dr. Koenigsberger hat den ganzen Beweis für diese meine Behauptung erbracht.

Man könnte vielleicht Sozialisierung definieren, als die Überführung der Wirtschaft in den Dienst und in die

nichtung der Allgemeinheit. Bei der Sozialisierung kommt es nicht allein auf die Überleitung der Wirtschaft aus dem individuellen, dem Einzelkreis in den Kreis der Gesamtheit oder des Staates an — das ist die eine Seite —, sondern in ebenso großem Maße auf die Verteilung des „Mehrwerts“, wie Marx sagt. Der „Mehrwert“ soll bei der Sozialisierung nicht nur Einzelnen zugute kommen, sondern der Gesamtheit.

Es knüpfen sich nun an diesen Satz und an das Wort „Sozialisierung“ vielfach Meinungen und Hoffnungen, welche von der Wirklichkeit weit entfernt sind. Bei der Sozialisierung denken sich heute die Massen der Arbeiter leider nur den eigenen materiellen Vorteil. Sie sind der Meinung, daß für sie dabei recht viel herauskommen müßte. Diese ihre Auffassung wird genährt durch eine unverantwortliche Presse, der Presse der linksstehenden Richtung im engeren und weiteren Heimatland. Sie näherten diesen Gedanken, den ich eben aussprach; an dem eigentlichen Zweck der Sozialisierung, an die Grenzen und Wirkungen denken diese Schreier nicht. Die Sozialisierung, soweit sie überhaupt möglich und gangbar ist, — worüber man ja sehr streiten kann, das hat die heutige Diskussion bewiesen — soll der Volksgesamtheit zugute kommen und nicht einer einzelnen Gruppe.

Der Streit bei der Sozialisierung entspringt nach meinem Dafürhalten zwei Quellen, die ich in Folgendem zeichnen möchte.

Bei der Sozialisierung lassen sich schließlich drei Formen der Überführung in den Dienst der Gesamtheit oder des Staates unterscheiden: 1. der Staatssozialismus, 2. der genossenschaftliche Sozialismus, und 3. der in der Jetztzeit so viel empfohlene kommunistische Sozialismus.

Der Staatssozialismus ist uns kein fremder Begriff. Er hatte sich bereits auch in den vorrevolutionären Perioden, der Hochblütezeit der privatkapitalistischen Wirtschaftsmethode, auf manchen Gebieten durchgesetzt. Die Staatsbahn, die Post, der Telegraph und viele andere Gewerkszweige waren ihrer Struktur nach sozialistische Staatsbetriebe, sofern man Sozialisierung und Verstaatlichung gleichstellt; in ihrer Wirkung aber waren sie nicht auf den sozialen Gedanken eingestellt. Sie waren kapitalistisch. Der Staat holte aus seinen Angestellten und Arbeitern den berühmten „Mehrwert“ heraus, was nach Marx der Grundzug der kapitalistischen Wirtschaftsform ist, um damit eigene Bedürfnisse zu befriedigen.

Die zweite Form, der genossenschaftliche Sozialismus, steht dem Begriffe der Sozialisierung sehr nahe, ja man kann sagen, daß im Genossenschaftswesen der Kern einer gesunden Sozialisierung liegt. Die Genossenschaftler sind hier selbst Kapitalisten, Unternehmer und Arbeiter zugleich. Die Mehrwerte, die sie aus ihren Betrieben herausarbeiten, werden in bestimmten Quoten nach der Höhe der Einlagen unter die Genossenschaftler selbst verteilt, je nach der Einlage, wenn die nötige Rücklage für die Genossenschaft in der im Statut vorgesehenen Höhe gewährleistet ist.

Die dritte Art, der kommunistische Sozialismus, ist aus dem Stadium des Experiments noch garnicht herausgekommen, das haben wir heute und gestern gehört. Wo man ihn anwandte, brachte er Verderben und Untergang, wofür Rußland ein typisches Beispiel ist. Dem kommunistischen Sozialismus fehlt die für jedes Wirtschaftsleben notwendige Kraft des Strebens zu einem Mittelpunkt, der Gesamtheit. Der kommunistische Sozialismus löst auf, reißt das Wirtschaftsleben in kleine Teile, zerstört und zerschneidet so die Lebensadern eines Landes, eines Staates. Rußland liefert das Beispiel, wir haben ja darüber in der Literatur genug gelesen.

Nun hat die Reichs-Nationalversammlung bekanntlich zwei Sozialisierungsgesetze erledigt, ein allgemeines Rahmengesetz und ein Gesetz über die Sozialisierung, soweit die Kohlenwirtschaft in Frage kommt. Ich will nicht darauf eingehen, — es ist sehr interessant, die einzelnen Paragraphen, die in dem Gesetz vorgesehen sind, zu lesen — ich möchte nur einen Paragraphen verlesen, nämlich den § 1, der außerordentlich wichtig ist. Es heißt dort u. a.: „Jeder Deutsche hat, unbeschadet seiner persönlichen Freiheit, die sittliche Pflicht, seine geistigen und körperlichen Kräfte so zu betätigen, wie es das Wohl der Gesamtheit erfordert.“ Dieser Paragraph des Gesetzes atmet einen hohen sittlichen, moralischen Geist. Das Volk ist über viele Fragen der Sozialisierung nicht einig. Auch die Interessen der einzelnen Klassen gehen sehr weit auseinander, und nicht Alle sind einig über die Frage, wie das Wohl der Gesamtheit am besten gefördert werden kann. Das ist aber erklärlich, denn mancher hat sich bei unserer bisherigen Wirtschaftsordnung — wir wollen einmal hier ein offenes Wort sprechen — recht wohl gefühlt, und daß wir von diesen

Menschen nicht gut verlangen können, daß sie für eine Änderung unserer Wirtschaftsordnung sind, die ihnen nicht mehr das bietet, ist eine Selbstverständlichkeit. Einbild in die Gefühle Anderer haben sie meistens nicht gehabt. Sie haben auch nicht gewußt, wie sich Andere fühlen, denen es nicht so gut ging. Wer auf der Sonnenseite des Lebens stand und heute noch steht, der wußte und weiß nicht, welche Sorgen die Bedrückten haben, die im Schatten leben. Und bisher lebten, wenigstens vor dem Kriege und auch während des Krieges, sehr viele Deutsche im Schatten. Es war wirklich nicht alles vollkommen, und mancher staunt heute geradezu über das elementare Verlangen nach Sozialisierung unserer Wirtschaft. Wenn er mehr Einbild in die Lage und die Gefühle der Massen gehabt hätte, so bin ich überzeugt, würde er nicht so staunen. Trotz der glänzenden wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands und trotz des Aufstieges, den auch die Arbeiterschaft im allgemeinen vor dem Kriege genommen hatte, war eine Zufriedenstellung der deutschen Arbeiterschaft nicht möglich, aus zwei Gründen: Einerseits ist bei der großen Masse der Bevölkerung nicht der nötige Ernst, nicht das eingehaltene Maß beobachtet worden, und auf der anderen Seite finden wir mangelhaftes Verständnis für die schaffenden Kräfte unseres Volkes, für den Arbeiterstand. Auch hier hat der Staat sehr Vieles auf dem Kerbholz. Diese Frage scheint mir so wichtig zu sein, daß ich das Hohe Haus mit einigen Gedanken darüber belästigen möchte.

Die Ansichten im Hause über diese Frage gehen sehr weit auseinander. Die Arbeitermassen wurden bisher in vielen Fällen nicht als gleichberechtigt angesehen und wurden auch im Wirtschaftsprozeß vielfach nur unter finanziellen Gesichtspunkten allein betrachtet, als Arbeitskraft. Sie kamen nicht als Menschen zur Geltung, sondern galten mehr als Waren, und wurden nicht höher geachtet, nicht viel höher wie die Maschine. Nicht der Mensch stand im Mittelpunkt des Wirtschaftslebens, sondern das Geld, wenigstens in den meisten Fällen, und ihm wurde der arbeitende, führende und denkende Mensch untergeordnet. Die Wirtschaft soll aber nach unserem Begriffe und nach dem Begriffe der gesunden Sozialisierung in Wirklichkeit den Menschen allgemein dienen. Wir leben doch im letzten Ende nicht, um zu produzieren, sondern wir produzieren, um zu leben. Ein ungezügelter Gewinnstreben ließ vor dem Kriege nicht die notwendige Rücksicht auf die Menschen aufkommen, und eine falsche Wissenschaft verteidigte und förderte teilweise dieses System (Sehr richtig! im Zentrum). Wir hatten leider — das muß heute auch ausgesprochen werden — eine Wissenschaft, die den Egoismus als Wirtschaftsprinzip und Wirtschaftsmotiv gelten ließ und jede Ethik, alle höheren kulturellen Gesichtspunkte im Wirtschaftsleben außer Acht ließ. Diese falsche Wirtschaftsordnung, die nur auf Kampf eingestellt war, die auf die höchstmögliche Dividendenverteilung eingestellt war, ist auch nach meinem Begriffe nicht mehr haltbar, sie kann nicht mit ins neue Deutschland hinübergenommen werden. Was war denn das alte liberale, wirtschaftliche System, das System unseres individuellen Manchesterliberalismus, um es mit einem Schlagwort zu bezeichnen? Es war vor dem Kriege steigender Kampf aller gegen alle, Sieg nicht dem Tüchtigsten, sondern den Geriebeneren, von sittlichen Überlegungen am wenigsten angefrankelten Menschen. Er führte zu einer Vereinerung von ungeheureren Reichtümern in den Händen weniger, zu einem immer tieferen Hinabsinken breiter Massen, nicht nur des Arbeiterstandes, sondern auch des Mittelstandes in Schuldnerschaft. Dieses traurige Ergebnis war der Triumph des Kapitals mit seiner Mobilisierung aller Werte, seiner Entwurzelung aller Massen des Volkes, seiner Auflösung der kulturellen Güter in Spekulationsgegenstände, seiner Verwandlung des Menschenlebens in ein qualvolles Hasten und Jagen, ein bitteres Ringen um mehr Luft und Freiheit (Zuruf von den Sozialdemokraten). Die Konsequenz ist nicht, Herr Rieslich, daß man Spartakist und Kommunist werden muß (Abg. Dr. Schofer: Jawohl, da hat er recht!). Dieses Wirtschaftsprinzip kann auch nach meinem Dafürhalten nicht ins neue Deutschland hinübergenommen werden (Zuruf von den Sozialdemokraten). Auch während des Krieges wurde die Mißachtung des arbeitenden Menschen, die Vergötterung des Geldes, das menschenverachtende und menschenvernichtende Streben nach Gewinn geradezu auf die Spitze getrieben. Das sind vielleicht scharfe Worte, aber sie entsprechen unserer alten Wirtschaftsordnung und dem Geist, der sich in ihr teilweise bemerkbar gemacht hat. Es sind scharfe Worte, aber man muß zugeben, daß heute eine große Masse unseres Volkes tatsächlich einen Grund hat, unzufrieden zu sein in dem Sinne, daß sie unter der früheren Wirtschaftsordnung im neuen Deutschland nicht wieder arbeiten will. Sie alle kennen es: Auf der einen Seite

ein ungezügelter, hemmungsloses, gewissenloses, auch vielfach vom Staate, wenn auch weniger vom badiischen Staate, aber vom Reich begünstigtes Streben nach Gewinn. Es ist ja heute nicht der Platz, um darauf einzugehen, wie während des Krieges die Munitionslieferungen, die Arbeitsvergebungen, die Vergebung alles dessen, was zum Kriege gehört hat, vorgekommen worden sind, was für ein Geist sich da bemerkbar gemacht hat. Ich habe Material in den Händen. Es ist geradezu himmelschreiend, welches Treiben da tatsächlich von Seiten der Offiziere, nicht der höchsten, aber der aus bürgerlichen Kreisen, die in ihrem Privatleben Fabrikanten oder Kaufleute waren, vor sich gegangen ist (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten). Eine solche Wirtschaftsordnung kann nicht mehr in den alten Bahnen weiter gehen, sie muß sich zu einer höheren, zu einer solchen des Gemeinwesens emporentwickeln (Sehr richtig! im Zentrum und der Sozialdemokratie).

Es verlangen weite Kreise stürmisch eine Änderung unserer Wirtschaftsordnung; sie verlangen, daß das private Gewinnstreben ausgeschaltet, daß die Wirtschaft soweit wie möglich sozialisiert, d. h. nach meinem Begriffe den Interessen der Allgemeinheit dienstbar gemacht werden (Abg. Dr. Kraus: Das ist Marx! — Abg. Dr. Schofer: Das ist schon längst vor Marx vertreten worden! — Der Präsident erhebt Zwischenschreie zu unterlassen). Da kann ich ruhig sagen: Diese Bestrebungen finden von mir aus Unterstützung. Nicht mehr soll die Sache über dem Menschen, sondern es soll der Mensch über der Sache stehen (Sehr gut! und Beifall im Zentrum), und das war bis jetzt nicht der Fall. Würden die Arbeiter dieses Verlangen nur im allgemeinen stellen, so wäre das ein gesunder Zug in der deutschen Arbeiterbewegung. Aber wenn sie dazu übergehen wollen, diese Krankheit des Kapitalismus, der alten Wirtschaftsordnung selbst zu überbieten durch die Art, wie es heute in Deutschland zu einem großen Teil mit Gewalt und Unterdrückung aller anderen Stände sich bemerkbar machen, so ist das nicht das richtige Maßhalten und in Gemeinschaft mit dem ganzen Bürgertum diese hohen, sittlichen Probleme so diskutieren und im Volke propagieren, daß sie Gemeingut unseres ganzen Staatswesens werden können (Sehr gut! im Zentrum). Diese Stimmung bei der Arbeiterschaft, wie ich sie zuerst gezeichnet habe, ist eine ganz natürliche Reaktion gegen die materialistische Zeitströmung, die das Geld höher achtet, als den Menschen, und sollte auch von allen verstanden werden, die eine Änderung unserer Wirtschaftsordnung nicht wollen. Für die Stimmung, wie sie nun einmal in einem großen Teile unseres Volkes vorhanden ist, sind in erster Linie auch die mitverantwortlich zu machen, die zu rechter Zeit die notwendigen Reformen verhindert haben (Beifall links und im Zentrum). Wir in der Zentrumspartei rechnen uns nicht zu denjenigen. Die ganze politische Geschichte meiner Partei beweist, daß eine große Zahl meiner Parteifreunde leidenschaftliche Kämpfer für den sozialen Gedanken gewesen sind (Sehr richtig! im Zentrum). Ich brauche Ihnen dafür keine Beweise zu erbringen. Bei der parlamentarischen Behandlung im Reichstage sind alle Gesetzesvorlagen, die dem untersten Stand, dem Arbeiterstand zu helfen in der Lage waren, von uns warm befürwortet worden (Zuruf links: Nicht warm genug!) Nicht warm genug, sagt man da von der linken Seite. Vielleicht werden Sie in Zukunft diese Beurteilung selbst erfahren, wenn Sie neuen Gesetzen Ihre warme Befürwortung angeheißt lassen. Jedenfalls können wir aber durch Ihre in Aussicht gestellte kräftige Betätigung in Zukunft noch schneller auf den eingeschlagenen Wegen vorankommen.

Die Arbeiterorganisationen sind früher in vielen Fällen nicht als Vertreter der Arbeiter von den Arbeitgebern anerkannt worden, sie sind bis vor dem Kriege noch ausgeschaltet worden. Man sollte mit ihnen nicht verhandeln. Dieser Herrenstandspunkt hat die Lage furchtbar verschärft. Er hat das Gefühl des Unbefriedigtseins in verstärktem Maße bei den Massen in die Höhe gebracht. Die Begleiterscheinungen des Krieges haben nun bei der Masse folgende Ansicht reifen lassen: Da muß unter allen Umständen eine Änderung in unserm Wirtschaftsleben erfolgen. Die Änderung, die freiwillig erfolgt ist, erkennen wir an. Ich als Vertreter einer christlichen Organisation erkenne an, daß nicht nur in der Zentrumspartei, sondern auch in allen anderen Parteien Männer waren, die mit Überzeugung und Latkraft für den sozialen Gedanken gearbeitet haben, und wir erkennen auch an, daß man uns in den letzten Jahrzehnten besonders aber in den letzten Jahren manches zugestanden hat. Dies kam zu spät, und wir stehen nun heute vor der Tatsache, daß wir der Stimmung und den Forderungen der Massen entgegenkommen müssen. Es liegt auch etwas Gesundes, Natürliches in dem, was Erfüllung verlangt. Die

müssen den arbeitenden Volksmassen das bieten, was auf dem Wege ihrer Wünsche liegt und was wir zu bieten in der Lage sind. Aber nicht nur dieser Grundgedanke zwingt zur Änderung unserer Wirtschaftsordnung, sondern auch die unübersehbare, gewaltige Last, die auf unserm Volke liegt. Auch vom Standpunkt des Wiederaufbaues läßt sich eine teilweise Regelung unserer Wirtschaftsordnung nicht umgehen. Die Hineinziehung der Wirtschaft in den Dienst aller ist eine berechtigte, eine sozialistische Forderung, eine Forderung des Christentums. Das Christentum schätzt den Menschen höher als die Sache, höher als die Wirtschaft, und den Zweck der Wirtschaft ist doch die Schaffung von Lebensbedingungen, die sittliches Menschen-tum bei allen ermöglichen (Sehr gut! im Zentrum). Wir müssen uns auch nach dieser Auffassung unsere Wirtschafts-ordnung so weit wie möglich sozialisieren, natürlich soweit dies im Interesse des Gesamtwohles des Staates vorteilhaft ist (Sehr gut! im Zentrum und links). Die Angestellten und Arbeiter dürfen nicht mehr als Ware behandelt werden. Sie sind die notwendigen Produktionsfaktoren, sie sind Menschen — und als solche müssen sie in Zukunft geachtet und behandelt werden. Ein großer Teil unseres Volkes will das auch. Ich bin überzeugt, daß die Mehrzahl unseres Volkes dem nicht entgegensteht.

Aber nun legen wir uns auch die praktische Seite der Frage vor: Was kommt nun bei der Sozialisierung zuerst in Frage? Auch hier gehen die Ansichten und Meinungen weit auseinander, und es sind tüchtige Volkswirtschaftler, die an der Sache persönlich uninteressiert sind, unter denen aber dennoch große Meinungsverschiedenheiten bestehen. Gestern wurde hier im Hause der Zwischenruf gemacht: Praktische Vorschläge! Jetzt kommen die praktischen Vorschläge! usw. Ich gebe demjenigen recht, der heute gesagt hat: Wenn ein großes Problem anhebt, so sucht es und tastet es, das kann sich aber nicht von heute auf morgen schon zu praktischen Vorschlägen verdichten. Mit diesen Einwänden tut man eine solche weltbewegende Frage nicht ab, sondern man muß ihr auf den Grund gehen und sie auf ihre praktische Durchführbarkeit untersuchen. Dazu gehört Gemeinschaftsarbeit, gemeinschaftliche Tätigkeit aller Volksklassen, nicht einer einzelnen Partei mit einem Extrem. Professor Dr. Karl Bücher sagt in seiner Schrift über Sozialisierung: „In erster Linie kommt die Sozialisierung — Verstaatlichung — des Kohlen- und Kalibergbaues in Betracht; folgen kann die elektrische Energie — sonst vorläufig nichts mehr.“ Das scheint mir der richtige Standpunkt zu sein. Folgen kann meinetwegen auch noch das Apothekenwesen in ganz Deutschland (Zuruf rechts: Und das Anwaltswesen!), meinetwegen auch noch das Anwaltswesen; vielleicht würden sich die Verhältnisse einiger der Herren auch noch besser gestalten.

Die eben von mir vorgetragene Ansicht ist wohl auch gestern und heute im Hause vertreten worden u. der letzte Redner Prof. Dr. Koenigsberger ist hier ja auch sehr tastend um diese Frage herum gegangen, er hat ja auch keinen extremen Standpunkt vertreten (Zuruf von rechts: Er will die „alten Frauen“ sozialisieren!). Man könnte beinahe zu der Ansicht gelangen — verzeihen Sie diese Bosheit, ich bitte vorher um Entschuldigung, aber bei der ganzen Behandlung dieser Angelegenheit habe ich den Eindruck gehabt und bin ich den Gedanken nicht los geworden — daß je mehr Akademiker und vielleicht je mehr Professoren die Frage der Sozialisierung behandeln, daß sie dann nächstens ganz verloren geht. Praktiker aus dem praktischen Leben müssen wir haben, sie müssen der Sozialisierung Inhalt und Gestalt geben! (Zurufe aus den Reihen der Sozialdemokraten: Also, machen Sie sie mit uns! — Heiterkeit). Meine Ausführungen werden ihren Ausführungen und Ihren Auffassungen doch nicht entgegen stehen.

Nach meiner Auffassung bedeutet aber Sozialisierung die schrittweise organische Ordnung der Wirtschaft nach den Forderungen des Gemeinwohls (Zuruf rechts: Was ist das? Das verstehen Sie nicht). Wer über die Elemente der Produktion, über Natur und Arbeit, verfügt, wie sie anzuwenden, wie sie zueinander in Beziehung oder ineinander in Beziehung zu setzen sind, über alles das soll bestimmt werden vom Standpunkte des Gemeinwohls. Das ist eine Frage mit der sich die Wissenschaft in der nächsten Zeit noch lange beschäftigen muß. Die Umgestaltung und Neugestaltung der Wirtschaft nach diesem Prinzip kann man ruhig Sozialisierung nennen. Wie nun dieses Prinzip auf alle Einzelfragen der Wirtschaftsordnung und -Gestaltung praktisch angewandt werden soll, das ist eine Frage der reinen Zweckmäßigkeit, deren Lösung sich aus der Lage der Einzelfälle ergeben muß. Die Hochhaltung der Produktivität der Betriebe muß gewahrt werden: die Unternehmerinitiative und das Bestreben nach Erhöhung der Produktion muß erhalten bleiben. Auf die Mitarbeit intelligenter, höchstehender und höchstrebender, energischer, geistiger

Leiter unserer Betriebe kann keineswegs verzichtet werden. Die Zentrumsparlei des Reiches hat in dem Programm, welches sie bei den letzten Wahlen herausgab, in dem Abschnitt über Wirtschaftspolitik zu diesem Punkte gesagt: „Wir erstreben geordneten Aufbau der Volkswirtschaft im Dienste des Gemeinwohles auf der Grundlage der produktiven Arbeit, auf der Grundlage der Erhaltung der auf persönlichem Eigentum beruhenden Wirtschaft, gemeinschaftliche Ordnung durch Staat und Gemeinde, Gesellschaft und Genossenschaft, für größere Betriebe Beseitigung privattypischer Monopole.“ Sie sehen, daß auch dies von der Zentrumsparlei in ihrem Programm ausgesprochen in weitestgehendem Maße auf die Sozialisierung angewandt werden kann, und meine bis jetzt gemachten Ausführungen deden sich ja auch mit diesem Satz.

Dann möchte ich aber noch darauf hinweisen, daß die technische, die äußerliche Sozialisierung allein nicht genügt. Viel wichtiger — darauf wurde gestern schon von einem der Herren Redner hingewiesen — ist die Sozialisierung der Gesinnung der Menschen selbst (Sehr gut! im Zentrum), die Weckung der rechten Gesinnung und des Pflichtgefühls bei der Allgemeinheit unseres Volkes. Die Leiter von Unternehmungen, von Privatbetrieben müssen sich als im Dienst der Allgemeinheit stehend fühlen, sie müssen die Arbeiter, die Angestellten und Beamten als Menschen behandeln; auf der andern Seite aber müssen sich auch die Arbeiter und Angestellten selbst als im Dienst der Allgemeinheit stehend fühlen; für sie darf das Unternehmertum nicht eine ausbeutende, feindliche Macht, sondern dieses Unternehmertum muß für sie eine Sache der Allgemeinheit sein, der sie selbst nach Kräften zu dienen haben; sie müssen die Unternehmung fördern, wo sie können, sie müssen sich in all ihren Bestrebungen in den Dienst der Allgemeinheit stellen.

Wenn wir von diesem Standpunkt aus zu den verschiedensten wilden Sozialisierungsbestrebungen Stellung nehmen, so geschieht das aus vaterländischem Interesse heraus und somit auch im Interesse des ganzen Volkes, das wir vor weiterem Elend und Schaden bewahren wollen. In weiten Kreisen fehlt es, das ist heute außer Zweifel, an Arbeitslust. Wir als Arbeiterführer bedauern das am allermeisten. Es muß einfach anders werden. Nach dem Hauptgrund ist schon wochenlang geforscht worden; man streitet sich darum, was eigentlich die Ursache des Rückgangs der Arbeitslust ist. Ich meine aber, man sollte sich heute darüber nicht mehr streiten: Es ist dieser gewaltige Krieg mit dem gewaltigen Hunger. Alles andere sind Nebenerscheinungen. Dieser gewaltige Hunger, den unser Volk ertragen mußte, und diese über 4 Jahre hin sich erstreckenden im Felde draußen ertragenen Strapazen haben eben den Menschen anders werden lassen als er früher war (Sehr richtig! beim Zentrum).

Bei dieser Grundstimmung konnte eine wilde und unberantwortliche Hez in unserem Volke leicht Boden gewinnen. Sieherlich waren es nicht die am allerhärtesten Geprüften, die immer zu neuen Putsch und wilden Streiks aufforderten (Sehr richtig! rechts und beim Zentrum). Gegenüber solchen Elementen gibt es nur eine Möglichkeit, da gibt es nur eine Parole für eine Regierung und diese heißt: Gewalt gegen Gewalt! Ich freue mich darüber, daß die Regierung endlich sich bereit erklärt hat, in Mannheim die ihr zur Verfügung stehende Gewalt anzuwenden. Denn mit Süßholzraspeln kommt man solchen politischen Hochstaplern gegenüber nicht aus; da muß Gewalt angewendet werden im Interesse der Ordnung und Sicherheit des Ganzen, des Volkes, der Gemeinschaft des Staates. Bei diesen Elementen ist keine Spur von Verantwortlichkeitsgefühl, von sozialem Geist wahrzunehmen; es ist lediglich der Geist des Mammonismus, den diese selben Menschen jahrzehntelang bekämpft haben. Sie kämpfen nicht für das Gemeinwohl; nicht die Sorge für das Gemeinwohl ist die Triebkraft für ihr Handeln, dieses wächst lediglich aus ihren egoistischen Motiven heraus. Manchmal wird gesagt, es seien große Idealisten; ich erinnere an die Rede des Herrn Rechtsanwalts Dr. Dieß, der das damals hier im Hause gesagt hat: — ich glaube, der Standpunkt wird heute nicht mehr geteilt — Wir sind eins; unser Endziel ist das Gleiche, nur die Wege sind verschieden; unter den Spartakisten sind große Idealisten, sind Männer der Selbstaufopferung! — Ich möchte das Gegenteil behaupten: Nur wenige sind es, die den Titel Idealisten verdienen; zu zwei Dritteln sind es politische Hochstapler. Es mag vielleicht hart klingen, aber es ist in der Tat so.

Nun, diese Verirrungen in einem großen Teile unseres Volkes beruhen — das muß auch hier mit aller Deutlichkeit gesagt werden — auch in den früher geweckten Hoffnungen und Erwartungen und in der ungenügenden Gesinnungspflege. Man hat ihnen wohl ein Paradies versprochen — es hat keinen Zweck länger darüber zu reden — Nun glauben die Massen einfach, das Versprechen müsse eingewahrt werden.

Die Massen verstehen es nicht, und die Massen werden auch den heutigen Standpunkt nicht verstehen, weil sie tatsächlich nicht in der Lage sind, über die großen Probleme der Weltlichkeit und der Möglichkeiten nachzudenken. Man hat ihnen früher eben allzuviel versprochen und nun stehen Sie vor der Frage, die Wechsel einzulösen. Meine Herren von links, Sie sind dazu im Interesse des Volkes und des Staates nicht in der Lage. Man muß Ihnen zugeben, daß Sie sich heute gegen die Massen stemmen und versuchen, die Massen auf den Weg der Vernunft zurückzuführen. Dafür gebührt Ihnen zweifellos Lob, und die Geschichte wird Ihnen das Lob zweifellos zugeteilen.

Ich sehe trotz allen Schatten Lichtstrahlen für die Zukunft, wenn auch noch düstere Wolken darunter hängen. Das A und das O jedes Programms der jetzigen Zeit bleibt die Erhöhung der Produktion. Mögen es doch endlich unsere Arbeiter einmal einsehen! Es liegt in ihrem Interesse, es liegt im Interesse der Gesamtheit, sie allein kann uns vor dem Zerfall retten, die Erhöhung der Produktion!

Was uns weiter fehlt, ist ein wirklich revolutionäres, d. h. schöpferisches Temperament, das die gigantische Arbeit leisten könnte, aus dem zerrütteten, verantwortungslosen Volkstörper das Gemeinschaftsgefühl und den guten Willen hervorzuholen, den wir brauchen, und damit die einzig mögliche Grundlage für den lebensreichen, echten Sozialismus der Zukunft zu schaffen.

Die größte Not der Zeit ist zweifellos auch der Mangel an praktischem Christentum. Das ist nicht von uns, sondern von anderen im Kulturleben verdrängt worden. Wie hat man uns immer angefeindet! Ich erinnere mich noch einer Rede, die der Reichstagsabgeordnete Erberger gehalten hat, wo er auf die unsterbliche Seele der Eingeborenen von Afrika hinwies, und wie brach damals ein Indianergeheul im Reichstag aus (Lunke links). Es war ein Indianergeheul, das bei dieser Rede ausbrach. Das war nicht des Reichstags würdig, damals darüber zu lachen, wenn ein Abgeordneter dieses Wort aussprach (Abg. Dr. Schofer: Sehr richtig!). Die Religion muß der Leitstern, die Wärme und Kraftquelle für das politische, soziale und wirtschaftliche Leben werden! In der Religion sind alle Verpflichtungen normiert, aber auch die unauslöschlichen Rechte proklamiert (Abg. Dr. Schofer: Sehr richtig!). Das menschliche Schaffen und Streben muß wieder eine religiöse und sittlich vertiefte Erinnerung und Erneuerung erfahren.

Wir fordern nach wie vor auch im neuen Volksstaate und in diesem erst recht im Sinne Bischof Keplers eine soziale Reform. Diese schlägt die goldene Brücke aus der seelischen und materiellen Zeit, die zum Glück der Allgemeinheit führen wird. Wir müssen das fordern, weil das große Problem der sozialen Frage es verlangt und das Problem der sozialen Frage kann nur gelöst werden, wenn dem Arbeiterstand, dem schaffenden Stande, alles das gegeben wird, was er zur Lebensnotwendigkeit braucht. Wir müssen ihm nicht nur das geben, was er zum nackten Lebensunterhalt braucht, sondern der Arbeiterstand muß das haben, was er braucht, um auch gesellschaftlich die Stellung zu erreichen, die ihm gebührt; und dazu gehört Geld. Und, wenn Sie jetzt wieder erneut zu den Beamtenvorlagen Stellung nehmen, dann prüfen Sie sie von diesem großen sozialen Gesichtspunkte aus; das wird, davon bin ich überzeugt, dazu beitragen, daß die Massen zufrieden werden und wir Ordnung, Ruhe und Sicherheit in unserem Volksleben bekommen (Beifall beim Zentrum).

Abg. Muser (D. Dem. P.):

Als ich mich gestern zum Worte meldete, hatte ich die Absicht, nur zu den Sozialisierungsvorschlägen Stellung zu nehmen und eine ausgreifende prinzipielle Erörterung zu unterlassen. Nachdem aber mein geehrter Kollege Dr. Kraus in weitgehender Weise — das soll kein Vorwurf sein, denn es war sehr interessant, was er darlegte —, allgemeine Ausführungen, und zwar ausdrücklich als Grundlage seiner Sozialisierungsvorschläge, soweit sie dann im einzelnen konkrete Gestalt annehmen, gemacht hat, schien es mir doch notwendig zu sein, auch noch über diesen allgemeinen Teil seiner Rede und teilweise auch gegen sie etwas zu sagen.

Der Herr Kollege hat zunächst eine sehr scharfe Anklage gegen die alte Gesellschaft, die Gesellschaft vor der Revolution, erhoben, und eine Reihe von Mängeln derselben scharf kritisiert. Gewiß, es fehlte da und dort, und ich bin der Letzte, das bestritten und eine in zulässigem Maße vorgenommene Kritik irgendwie bemängeln zu wollen. Ich sage, es fehlte gewiß da und dort sehr erheblich, aber nicht bloß an den Umständen, sondern auch an den Menschen selbst, und zwar bei den Nichtproletariern nicht mehr und nicht weniger als bei den Proletariern.

Der Herr Kollege Heinrich meint, daß das, was jetzt an den Menschen zu beklagen sei, durch den Krieg verursacht wurde. In vollem Umfange vermag ich meinem geehrten Herrn Vorredner da nicht zuzustimmen. Der Krieg mag einiges hinzuberschuldet haben. Aber letzten Endes war er nur der Entthüller eines vorher schon im wesentlichen vorhandenen Tatbestandes. Er hat den wie gesagt im wesentlichen vorher schon vorhandenen bedauerlichen und bedenklichen Mangel an ausreichender sittlicher Kraft in allen Massen und Ständen unseres Volkes enthüllt (Lebhafte Zustimmung, auch beim Zentrum. — Abg. Dr. Schofer: Und woher kam das?).

Aus der Tatsache nun, daß in unserem früheren Staats- und Wirtschaftsleben sehr vieles nicht in Ordnung war, folgt natürlich nicht, daß derjenige, der darauf hinweist und es mit Recht kritisiert, auch imstande ist, mit dem von ihm angegebenen Mittel diese Mängel zu beheben, daß er uns neue und bessere Zustände zu verschaffen vermag, in denen die alten Bedenklichkeiten vielleicht fehlen, Zustände, in denen sich aber dann neue, vielleicht ebenso erhebliche Mängel zeigen.

Herr Dr. Kraus hat dem Marxismus ein sehr hohes Loblied gesungen. Er war ja für ihn Ausgangspunkt und Grundlage, das hat er ausdrücklich erklärt, aller seiner weiteren Ausführungen. Ich bin aber der Meinung, daß dieser Hymnus etwas herabgestimmt werden muß, wenn wir daran denken, daß ein nicht kleiner Teil der Prophetie Marx's — denn es ist eine Propheie — sich als irrtümlich herausgestellt hat, irrtümlich im ganzen oder hinsichtlich der Art der von Marx prophezeiten Zustände. Ich erinnere Sie nur an die „Verfendungstheorie“, auch an die Krisentheorie und anderes, das da mit herangezogen werden könnte (Zuruf des Abg. Dr. Kraus). Sie sind von berufener sozialdemokratischer Seite selbst in weitem Umfange als irrtümlich anerkannt und publizistisch festgestellt worden, das wird mir der Herr Kollege Dr. Kraus gewiß nicht bestreiten (Lebhafte Zustimmung rechts und bei den Demokraten).

Etwas überrascht hat mich — und da kann ich ihm nicht zustimmen — seine Bemerkung, daß Marx den Menschen eigentlich in den Mittelpunkt seiner Betrachtung stellt. Es will mir scheinen, daß er mehr auf die wirtschaftlichen Zustände mit all ihren wirklichen oder vermeintlichen Konsequenzen, als auf den Menschen hingewiesen hat. Jedenfalls ist aber in der Praxis der Agitation der Mensch es nicht gewesen, auf dessen Befriedigung man den Schwerpunkt legt, sondern es war der Hinweis auf die Zustände, mit dem man agitierte. Der Marxismus — ich will mich natürlich hier nicht in Einzelheiten verlieren, ich hätte darüber überhaupt gar kein Wort gesagt, wenn ihn der Herr Kollege Kraus nicht so sehr in den Himmel gehoben hätte — der Marxismus, jedenfalls in seiner agitatorischen Verwertung und Ausdeutung, ist eine extreme Einseitigkeit, die eine halbe Wahrheit für eine ganze ausgibt. Wir wissen, was in der Agitation aus einer Lehre gemacht wurde, die man im wesentlichen — ich will es trivial ausdrücken, nicht wissenschaftlich — dahin formulierte: die wirtschaftlichen Zustände seien die Geburtsstätte, der Untergrund, auf dem sich dann auch der ganze kulturelle Aufbau aufbauge, auf dem der soziale und kulturelle Aufbau fundiert sei. Und das zeitigte nun die böse Tatsache, daß eine große Zahl von Menschen sich die Meinung in ihre Köpfe hineinhämmern ließ, es werde sich mit einer Änderung der Zustände gewissermaßen automatisch oder von selbst auch alles ändern, auch der kulturelle Aufbau ändern, es werde dadurch also auch die Verfeinerung der Menschen bedingt, und man dann unterließ, auf die Notwendigkeit, den inneren Menschen aufzurütteln, hinzuweisen (Sehr richtig!), daß man überließ, daß eine Zustandsveränderung an sich allein noch nicht notwendig auch eine Seelenveränderung mit allen ihren Konsequenzen im Gefolge hat. Man überließ auch und übersieht heute noch vielfach auf der materialistischen Seite, daß auch schon die Gestaltung des Wirtschaftslebens und damit der wirtschaftlichen Zustände eben immer zu einem guten Teil von der Bildung und dem Charakter der wirtschaftstenden Menschen bestimmt wird und von diesem abhängig ist. Die Menschen sind eben zu einem nicht geringen Teil überall die Gestaltenden, und das Gesellschaftliche trägt immer wesentliche Züge der Physiognomie der Gestaltenden. Ich möchte Sie hier an ein Wort von Nietzsche erinnern, der einmal gesagt hat: „Ihr erwartet alles von der Zeit. Die Zeit seid Ihr.“ Die Zeit, sehe ich hinzu, an und für sich tut nichts. Es geschieht zwar alles in der Zeit, aber es geschieht nichts, gar nichts, durch die Zeit. Wir brauchen überall das notwendige Menschenmaterial, und dieses kriecht nicht wie das Gras aus dem Boden heraus, es muß in schwerer Arbeit geschaffen und herangezogen werden. Und

die Kultur, damit auch die Verfeinerung, die zu dieser gehört, ist auch keine wildwachsende Pflanze, sondern das Produkt der nach bestimmten Zwecken handelnden Menschen. Man muß also gegenüber dem Materialismus, jedenfalls in seiner agitatorischen Wertung, glaube ich, sagen: die Menschen sind zu einem guten Teil die Schöpfer der Zustände und nicht die Zustände allein die Träger der Menschen. Programme, und wenn sie noch so schön klingen, allein tun es eben nicht, die Menschen müssen so sein, daß sie die Programmathefen auch in die Wirklichkeit des Lebens umzusetzen, daß sie sie aus der theoretischen Formulierung heraus zu praktischen Lebenswahrheiten zu gestalten vermögen. Ihr (zu den Sozialdemokraten) Parteigenosse, der Minister Bissell, hat auf Ihrem letzten Parteitag in Berlin den sehr beherzigenswerten Satz ausgesprochen — er nannte ihn einen Vorwurf —, daß man auf sozialdemokratischer Seite auf die Pflege der geistigen und sittlichen Kräfte der Menschen viel zu wenig Wert gelegt habe (Sehr richtig! beim Zentrum).

Der Herr Kollege Dr. Kraus hat dann sehr scharf gegen diejenigen polemisiert — er hat in diesem Zusammenhange insbesondere auch die „Idealisten“ apostrophiert —, die bestreiten oder auch nur bezweifeln, daß eine solche Menschenverbollkommnung möglich sei, wie sie die Marxische Gesellschaftsordnung, einmal angenommen, sie lasse sich überhaupt einführen und sei durchgeführt, im Stande erfolgreich zu funktionieren, bräuhle. Ich nehme eine sehr weitgehende Möglichkeit der Menschenverbollkommnung an, wenn eine rationelle, durchgreifende Bildung und Erziehung in ganz anderem Umfang, nach ganz anderem System, als wir es seither hatten, vor sich geht. Ich halte es hier mit Leibniz, der einmal sagte: „Überlaßt mir die Erziehung — und ich will Europa vor Ablauf eines Jahrhunderts umgestalten!“

Aber ich lasse mich auch von dem Entwicklungsgedanken nicht in eine Hypnose einschläfern, die mich die Grenzen der Entwicklungsmöglichkeiten übersehen macht. Ich habe die Überzeugung, daß, wie wir Menschen für unser Denken das Gerüst unserer Vernunft nicht übersteigen können — die Grenzen der Erkenntnis bleiben für ewig gesteckt —, wir auch ebensowenig das Gerüst unserer übrigen Natur für unser Fühlen und Wollen zu überspringen vermögen. Ich meine das so — Sie (zu den Sozialdemokraten) werden mich deswegen für etwas rückständig halten; aber ich bin nicht da, etwas zu sagen, was anderen angenehm ist, sondern was mir die Wahrheit zu sein scheint, was meine Überzeugung ist. Ich meine das so, daß die menschliche Natur mir nicht ein allgemeines Gemeineigentum, sondern ein persönliches Eigentum, und zwar nicht bloß an Verbrauchsgegenständen, für sich und seine Nachkommen, zu fordern scheint. Sie mögen sagen, das ist ein Irrtum. Gut! Wir sind eben dann hier verschiedener Ansicht. Nun bitte ich Sie aber zu beachten, daß in der Marxischen Gesellschaft der Einzelne für die Gesamtheit arbeiten soll. Ein von mir hochgeschätzter Parteigenosse, Dr. Heuß, weist in einem sehr lesenswerten kleinen Schriftchen mit Recht, glaube ich, darauf hin, daß in einer solchen Gesellschaft — und das ist ja die Gesellschaft, die meinen geehrten Herrn Kollegen Dr. Kraus und Dr. Koenigsberger als Ideal vorschwebt —, der Einzelne gar nicht mehr auf den Erfolg seiner Arbeit rechnen kann, er mag so fleißig und so tüchtig sein, als er will, weil der Arbeitserfolg davon abhängt, ob auch die anderen fleißig und tüchtig sind. Der Einzelne will eben — das ist ein Ausfluß seiner natürlichen, seiner seelischen Konstitution — nicht für die Faulen arbeiten, er will auch den Erfolg seiner Tätigkeit sehen. Ich gebe Ihnen ohne weiteres zu, daß es im heutigen und im verflossenen Staat auch nicht immer der Fall ist und war, daß einer wirklich den Erfolg seiner Arbeit zu Gesicht bekommt und belam. Aber wir wollen doch, und Sie wollen ja mit uns, etwas Besseres schaffen. Es wird also im Marxischen Staat der Einzelne abhängig sein, — jetzt mehr von dem Unternehmer —, dann von den übrigen Arbeitern, und er wird also tatsächlich nicht die Freiheit bekommen, die er erstrebt. Von der Schwierigkeit, den Maßstab der Verteilung der in der marxischen Wirtschaftsverfassung produzierten Güter zu finden, wollen wir gar nicht sprechen. Sie wissen, meine Herren auf der sozialdemokratischen Seite, daß Ihr ursprüngliches Programm darüber eine Bestimmung enthielt, daß man sie aber aus dem Programm hinauswarf, aus ganz guten Gründen, und daß jetzt in Ihrem Programm darüber überhaupt gar nichts mehr gesagt ist.

Mein geehrter Herr Kollege Dr. Kraus hat sodann den Vorwurf erhoben, diejenigen, die bei der Sozialisierung an eine Verstaatlichung dächten, verstünden eigentlich sehr wenig, und er fand scharfe Worte gegen einen Artikel des Karlsruhe'ger Tagblatts — nebenbei bemerkt, ich habe ihn nicht ge-

lesen (Zuruf von den Sozialdemokraten: Es war ein Flugblatt!). Also ein Flugblatt. Aber schlimm ist die Sache, wenn man genau zusieht, doch nicht. Es ist mir zunächst — der stenographische Bericht der Rede des Herrn Kollegen Dr. Kraus ist mir noch nicht zugänglich gewesen — nicht recht klar geworden, ob er, wenn er von der Gesellschaft spricht, die der Träger der Sozialisierungsorganisation sein soll, an die ganze Gesellschaft oder an einzelne Gesellschaften, Genossenschaften, Zweckverbände denkt. Wenn er die Gesamtgesellschaft meint, dann ist diese — heute, wo ja sozialisiert werden soll, haben wir nicht, jedenfalls noch nicht, die Gesellschaftsverfassung des Erfurter Programms — eben doch nur die im Staat organisierte Gesellschaft, und Sie kommen eben dann doch auf den „Staatssozialismus“ hinaus. Der geehrte Herr Kollege Dr. Koenigsberger hat ja, wenigstens alternativ, als Träger der Sozialisierungsorganisation auch den Staat genannt, und auch der Herr Kollege Dr. Kraus ist im weiteren Verlauf seiner Ausführungen immer wieder auf den Wirtschaftsstaat zu sprechen gekommen. Ich bin der Meinung, wenn wir die Sache konkret fassen, werden wir es eben ohne irgend welche Mitwirkung und Beteiligung des Staats überhaupt nicht machen können. Und wenn er sowohl wie der Herr Minister, was ich dankbar anerkenne, verlangt, daß die Sozialisierung im Dienste der gesamten Volkswirtschaft stehen und dem Allgemeinwohl dienen müsse, dann wird logischer Weise, jedenfalls in einer Reihe von Fällen, der Träger der Organisation am besten die Potenz sei, deren Existenzberechtigung, Zweckbestimmung und Aufgabe gerade darin besteht, der Funktionär des Allgemeinwohls und der Gesamtinteressen zu sein, und das ist eben der Staat. Hat man aber eine Anzahl Zweckverbände, Einzelgesellschaften, Genossenschaften im Auge, dann türmen sich schwerwiegendste Fragen und Probleme vor unserem seelischen Auge auf. Wie ist eine solche Zweckverbandsgesellschaft zusammengefaßt, wer soll sie leiten, wer kontrollieren? Wenn man wirklich als letztes Ziel der Sozialisierung die Befriedigung des Gesamtinteresses anerkennt, auf das man loszusteuern die Pflicht hat, dann wirft sich die Frage auf, ob man bei solchen einzelnen Zweckverbänden die Garantie hat, daß nicht egoistische Zweckverbandsinteressen an Stelle des allgemeinen Gesellschaftsinteresses gesetzt werden. Wir werden übrigens nachher sehen, daß es für das, worauf es den Arbeitern ankommt, gleichgültig ist, ob der Träger der Organisation der Staat oder irgend ein gesellschaftlicher Zweckverband ist. — Ich bitte weiter, folgendes ganz besonders zu beachten. Mein geehrter Herr Kollege Dr. Kraus erklärt, daß er in der Sozialisierung eine wesentliche Lebensbetätigung des Sozialismus erblicke, und verlangt kategorisch die sofortige Entfaltung dieser Betätigung in alsbaldiger Ausführung der Sozialisierungspläne, denn das Volk schreie in der heutigen Zeit geradezu nach Sozialisierung. Ich bitte Sie, (zu den Sozialdemokraten) einen Augenblick sich zu vergegenwärtigen, daß Ihr Gesinnungsgenosse, der sozialdemokratische Herr Minister, gestern zur Frage der Sozialisierung erklärte: „Der Sozialismus kann seine historische Aufgabe bei uns nur dann erfüllen, wenn unsere deutsche Wirtschaft wieder auf festen Füßen steht.“ Hiernach wäre also die Kardinalfrage die: Steht heute schon unsere Wirtschaft auf so festen Füßen, daß der Sozialismus seine historische Aufgabe zu erfüllen in der Lage ist? Ich glaube, die Frage aufstellen, heißt auch zugleich, sie beantworten.

Herr Kollege Dr. Kraus hat schließlich von dem Staat gesprochen, der zur Zeit von Karl Marx bestand. Ich weiß nicht recht, in welchem Zusammenhange es geschah; ich darf aber darauf aufmerksam machen, daß der Staat vor der Revolution schon ein ganz anderer Staat als der Staat zu jener Zeit war. Dieser Staat hatte sich bereits wesentlich sozial orientiert. Ich denke dabei nicht allein an die soziale Versicherungsgesetzgebung, sondern vor allen Dingen an ein grundsätzliches Pronunciamento, das der Vergeffenheit entrisen zu werden verdient, einer feierliche Kundgebung der früheren Reichsregierung, in der Sie bereits eine Politik finden, die eine gut sozialistische, nicht sozialdemokratische Orientierung vorzeichnet. Der Herr Präsident möge mir gestatten, das vor mir vorhin als solches bezeichnete Pronunciamento vorzulesen. In den Motiven zur Unfallversicherungsvorlage vom Jahre 1880 heißt es, „daß der Staat sich in höherem Maße als bisher seiner hilfsbedürftigen Mitglieder annehme, ist nicht bloß Pflicht der Humanität und des Christentums, sondern auch Aufgabe der staatsbehaltenden Politik“, und nun beachten Sie besonders: „Der Staat hat die Aufgabe, durch zweckmäßige Einrichtungen und Verwendung der zu seiner Verfügung stehenden Mittel der Gesamtheit das Wohlergehen aller seiner Mitglieder, namentlich der Schwachen und Hilfsbedürftigen,

positiv zu fördern." Die Kostenfrage, heißt es weiter, dürfe nicht abhalten, „denn der Wert von Maßnahmen, bei welchen es sich um die Zukunft des gesellschaftlichen und staatlichen Bestandes handelt, darf nicht an Geldopfern gemessen werden.“

Sie sehen, es bedurfte zur Aufzucht eines solchen Sozialismus nicht der jetzigen Sozialisierungsbewegung. Hier ist bereits das Grundmotiv eines gesunden Sozialismus angeschlagen; der Staat, die Allgemeinheit, muß sich einsehen mit staatlichen Mitteln, um den Hilfsbedürftigen positiv fördernd zur Seite zu stehen. Ich gebe sehr gerne zu, daß auf diesem Gebiete noch sehr viel zu tun ist. Ich pflichte auch dem Herrn Kollegen Dr. Koenigsberger bei, wenn er die Demokratisierung auch des Arbeitsverhältnisses verlangt; es kommt natürlich darauf an, was man darunter versteht. Ich freue mich auch darüber, daß wir nach der Ankündigung des Herrn Ministers prinzipiell zu einer konstitutionellen Fabrikverfassung gelangen sollen. Wir werden uns bei Vorlage des betreffenden Regierungsentwurfs darüber im Einzelnen zu unterhalten haben und sehen, was eigentlich damit gemeint ist. Ich bin auch der Meinung, daß wir ganz gut an eine Sozialisierung des Produktionsbetriebes gehen dürfen, indem man den Arbeitern einen größeren mitbestimmenden Einfluß auf die Produktionsverhältnisse konzidiert und anderes mehr.

Mein Fraktionskollege Dr. Gotthein hat Ihnen bereits unsere Stellung zu der Frage der Sozialisierung im großen Ganzen dargelegt und Ihnen die betreffenden Bestimmungen unseres badischen Parteiprogramms mitgeteilt. Noch viel treffender, glaube ich, ist das, was wir wollen, in dem Programmentwurf der gesamten deutsch-demokratischen Partei formuliert. Der Herr Präsident gestatte mir, es zu verlesen: Die deutsche Demokratie, „berwirft die unterschiedslose Überführung aller Produktionsmittel in die Hände der Gesamtheit“ — dies richtet sich gegen den Kollektivismus der Sozialdemokratie — „und hält die Sozialisierung nur dort für berechtigt, wo eine Begrenzung monopolistischer Herrschaftsverhältnisse notwendig ist, oder wo durch staatlich geregelte Wirtschaft eine Steigerung der Produktion erzielt werden kann“ usw. usw. Hierbei erforderliche Enteignungen dürfen nur gegen angemessene Entschädigungen erfolgen. In jedem Falle ist eine Ordnung zu treffen, die den Unternehmungsgeist nicht lähmt, sondern das Interesse auch des Einzelnen an der Wirtschaft lebendig erhält. Der persönliche Anreiz und die ins Höchste zu steigende Tätigkeit und Tüchtigkeit sowohl der Unternehmer wie der Arbeiter sind und bleiben für den Wiederaufbau und die Entfaltung der Wirtschaft unentbehrlich.“

Ich glaube, hier ist so deutlich als möglich die programmatische Formulierung eines Standpunktes gegeben, den man als vernünftig, sozial vorgegriffen und gerecht in dieser auch von mir in ihrer hohen Wichtigkeit durchaus nicht unterschätzten Sozialisierungsfrage bezeichnen kann und bezeichnen muß. Damit scheidet natürlich für die zwangsweise staatliche Sozialisierung eine Reihe von Fällen aus, die vielfach hierher rubriziert werden. Man hört nicht selten davon reden, daß da und dort kleine Zwergbetriebe existieren, deren jeder nur ein kümmerliches Dasein friste und den Keim des Untergangs bereits in sich trage, deren Zusammenlegung also im wohlverstandenen Interesse der in Frage kommenden kleinen Unternehmer liege. Man substituiert also hier ein individuelles Interesse dem für die zwangsweise Sozialisierung zu verlangenden Allgemeininteresse. Ich meine dagegen, man sollte in solchen Fällen die Interessen auf die Notwendigkeit freigesellschaftlicher Zusammengliederung hinweisen. Es ist wahrhaftig an der Zeit, daß wir die Frage vorlegen: Gibt es denn neben dem Zwangsprinzip des Staates und der Überwälzung der Verantwortung auf den Staat nicht auch noch das sittliche Prinzip der Selbsthilfe durch eine gesunde, rationelle Fructifizierung des Genossenschaftsgebantens? Ist nicht der Einzelne auch heute noch verpflichtet und in der Lage, zu einem guten Teil die Selbstverantwortung für sein wirtschaftliches Los zu tragen und von Rechts wegen zu übernehmen?

Herr Kollege Dr. Koenigsberger polemisierte gegen die Behauptung meines Fraktionsgenossen Dr. Gotthein, der sagt, wir freuen uns sehr, daß das Genossenschaftswesen jetzt auch auf sozialdemokratischer Seite vollste Anerkennung finde. Der Herr Kollege Dr. Koenigsberger hat demgegenüber betont, dies wäre „von jeher“ so gewesen. Gehehrter Herr Kollege, ich bin da ganz anderer Ansicht. Ich kann mir gar nicht denken, daß jemals eine schärfere Opposition gegen das Schulze-Delitzsche Genossenschaftssystem vorgekommen wurde, als feinerzeit von der Sozialdemokratie. Denken Sie z. B. an die Schriften und die Reden von Ferdinand Lassalle. Es soll mich sehr freuen, wenn das jetzt ganz anders geworden ist (Abg. Rieslich: Schon seit 20 Jahren!). Ja, die Las-

sallesche Zeit liegt allerdings schon etwas zurück, aber wenn die Ablehnung des Genossenschaftswesens auch schon 20 Jahre zurückliegt, so kann man doch nicht sagen, — ich bin zwar kein Mathematiker — man sei „von jeher“ ein Freund derselben gewesen (Geiterleit. — Abg. Dr. Koenigsberger: 40 Jahre!). Auch wenn es 40 Jahre sind, Herr Kollege, ist es nichts mit Ihrem „von jeher“ (Geiterleit).

Der Herr Kollege Dr. Kraus hat schließlich gesagt, „der Weltgedanke der Revolution sei der Gedanke der sozialen Demokratie“. Ich bin ihm sehr dankbar, daß er zwei Worte gebraucht und nicht „Sozialdemokratie“ gesagt hat. Er ist durchaus im Recht, wenn er damit sagen wollte, daß auch die Demokratie die soziale Seite ihres Wesens mehr als bisher zur Entfaltung bringen sollte. Sie wird es übrigens auch tun. Wenn Sie die Kundgebungen lesen, die von demokratischer Seite in den verschiedenen Programmen — daran muß man sich ja zunächst halten — hinausgegangen sind, so werden Sie diese meine Behauptung bestätigt finden. Mein geehrter Herr Kollege irrt aber, wenn er aussprechen wollte, daß die Revolution einen gesunden Sozialismus erst zu einem Wesensbestandteil der Demokratie machen solle. O nein! Ein gesunder Sozialismus, aber nicht der Sozialdemokratismus, gehört nach meiner Ansicht zum Wesen der Demokratie, er ist ein Bestandteil derselben. Er war auch bisher schon in großen Kreisen der demokratischen Partei (Zuruf von den Sozialdemokraten), jedenfalls schon bei der früheren deutschen Volkspartei zu finden. Ich kann darüber etwas mitsprechen, weil ich dieser Partei angehört habe (Abg. Rieslich: Es war aber ein sehr kleiner Teil!). Die Quantität macht es nicht aus, Herr Kollege Rieslich, sondern die Qualität, und nur auf die Tatsache, daß er da war, kommt es hier an.

Es ist sehr wichtig, daß wir uns einmal einen Augenblick fragen: was verstehen denn die Herren eigentlich unter Sozialismus? Wir müssen das wissen, weil sowohl der Herr Kollege Dr. Kraus wie Dr. Koenigsberger von der „sozialen Demokratie“ sprachen. Wir verlangen ja jetzt die Demokratie, den demokratischen Staat, und wenn Sie behaupten: der Staat muß die soziale Demokratie sein, und wenn der Herr Kollege Dr. Koenigsberger sagt: Wir müssen tun, was die Grundsätze der sozialistischen Politik in unserm Staate, also in unserm demokratischen Staate erfordern, so müssen wir doch wissen, was darunter zu verstehen ist. Ich möchte behaupten: Sozialismus ist immer der Herren eigener Geist; was jeder einzelne von ihm will, das nimmt er als Begriffsbestandteil auf, sein Werturteil verdichtet sich dann zu einem Seinsurteil. Wir wollen deshalb lieber fragen: was soll der Sozialismus? Bernstein der, glaube ich, etwas von der Sache versteht, meint er, er sei die Summe der sozialen Forderungen der zur Erkenntnis ihrer Klassenlage und der Aufgaben ihrer Klasse gelangten Arbeiter in der kapitalistischen Gesellschaft. Er beschränkt also hier den Sozialismus auf die Arbeiterforderungen. Ganz anders finden Sie die Definition von Seiten des sozialdemokratischen Herrn Ministers. „Sozialismus“, hat er gestern gesagt, „heißt planmäßigste und zweckmäßigste Steigerung der produktiven Kräfte, Ausschließung aller nutzlosen Arbeit, um unter Schonung der menschlichen Kräfte das Höchstmaß von Gütern zu erzeugen.“ Das Ziel wäre „immer und allein dem Gemeinwohl zu dienen.“ Sie sehen, hier ist die Fassung schon eine viel weitere. Sie ist nicht mehr beschränkt auf die sozialen Forderungen der Arbeiter. Auch diese Fassung, hat ebensowenig wie die Bernstein'sche, geehrter Herr Kollege Dr. Koenigsberger, mit dem „Kamel, das durch das Nadelöhr geht“, etwas zu tun. Ich möchte eine andere, noch weitergehende Formulierung bezw. eine Zielsetzung vorschlagen, auf die wir uns einigen könnten. Ohne damit eine wissenschaftlich exakte Begriffsbestimmung realisieren zu wollen, möchte ich sagen: Der Sozialismus will daß der Staat oder ein anderer öffentlich rechtlicher Verband von Gemeinschaftswegen mit Gemeinschaftsmitteln allen, ohne Unterschied des Standes und des Ranges, also nicht bloß den Arbeitern, allen denjenigen, die aus eigener Kraft, durch eigene Arbeit sich eine menschenwürdige Existenz nicht zu verschaffen vermögen, diese garantiert, „Menschenwürdige“ Existenz in dem Sinne einer Wohlgestaltetheit des äußeren, aber ebenso des inneren, des geistlich-sittlichen, kurz des kulturellen Lebens. Wenn wir die Fassung so nehmen, so liegt also der Schwerpunkt für den Begriff oder die Idee des Sozialismus darin: die Allgemeinheit, der Staat etc. muß eingreifen, von Gemeinschaftswegen u. mit Gemeinschaftsmitteln muß vorgegangen werden. Aber Voraussetzung ist die Bedürftigkeit, Bedürftigkeit wie gesagt, auch wenn man nicht der Arbeiterklasse angehört. Alle für einen, wenn Sie es in diesem Motto fassen wollen, aber als Korrelat dann auch: jeder eine für alle. Und da

hört es bekanntlich sehr häufig. Es gibt sehr viele Menschen, gerade heutzutage, die sehr bereit sind, die Allgemeinheit für sich in Anspruch zu nehmen, sie lassen es sich sehr gern gefallen, daß alle sich für sie engagieren; wenn man aber sagt: Ja, du mußt dich aber auch für die Allgemeinheit einsetzen! da predigt man sehr häufig tauben Ohren (Sehr richtig!).

Ich verweise in meiner Definition des Sozialismus ausdrücklich auf die Arbeitspflicht. Die Vergesellschaftung von Einzelbetrieben — Sozialisierung kann ja auch noch in anderem Sinn gemeint sein — ist in keinem Fall eine sozialistische — und um Einzelbetriebe handelt es sich ja, jedenfalls jetzt, — sondern eine soziale Maßnahme, wenn wir unter „sozial“ verstehen, was der ganzen Gesellschaft oder einem Gesellschaftsbestandteil, auch wenn er gar nicht bedürftig ist, zu gut kommt, sie ist eine „soziale“ Maßnahme, denn sie kommt nicht bloß den Arbeitern als solchen, und sie kommt nicht bloß den Bedürftigen zugute, hat also mit Sozialismus gar nichts zu tun. Wenn Sie z. B. die Kohlenproduktion sozialisieren zu dem Zwecke billigeren Kohlen zu liefern, so wird die Kohle auch für Rothschild billiger, obgleich Sie ihn nicht unter die Arbeiter und ebensowenig unter die Bedürftigen rechnen werden. Wenn Sie Vergesellschaftungen, um mehr Erträge für die Speisung der Staatskasse herauszuwirtschaften, zu dem Zweck oder mit dem Erfolg, auf diesem Weg aus der so sozialisierten Produktion größere oder kleinere Mittel für eine steuerliche Entlastung des Volkes zu gewinnen, so profitiert auch hieran wieder Rothschild, obgleich er nicht zu den Bedürftigen gehört. Sie sehen also daraus, die Vergesellschaftung der Betriebe ist gar keine sozialistische Maßregel, weder im Sinne der Definition des Sozialismus durch Bernstein, auch nicht recht im Sinne der des Herrn Ministers, noch in dem meiner Definition. Auch mit Sozialdemokratismus hat jene Vergesellschaftung gar nichts zu tun, und darum ist es gleichgültig, wie ich, vorhin gesagt habe, ob der Träger dieser Sozialisierungsorganisation der Staat oder eine einzelne Gesellschaft ist. Was will denn die Sozialdemokratie im wesentlichen? Sie will doch die Zufuhr des sogenannten „Mehrwert“, von der auch bereits der Herr Kollege Heurich gesprochen hat, nur an diejenigen, die sie für die Mehrwertserzeuger erklärt, d. h. an die Arbeiter. Beachten Sie immer: Es handelt sich ja bei uns jetzt nur um eine teilweise Vergesellschaftung nur um die der dazu „reifen“ Betriebe, nicht um die totale, die das Erfurter Programm im Auge hat, und es handelt sich ferner um die Sozialisierung in unserm Staat, nicht im sozialdemokratischen, und es würde, was herausgewirtschaftet war, wie der Herr Kollege Dr. Kraus es ausdrückt, in einen kapitalistischen Geldsack fließen, allerdings nicht in den eines einzelnen Unternehmers, sondern in den des Staates oder eines einzelnen Zweckverbands, denn der Staat ist bei dieser Sozialisierung der Betriebe in Wahrheit ein kapitalistischer Unternehmer, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil er Waren produziert, um sie zu verkaufen, um etwas zu verdienen. Das ist kurz ausgedrückt das Wesen des Kapitals auch im Sinne des Erfurter Programms. Bei dem Worte „Kapitalismus“ dürfen Sie nicht, wie es vielfach geschieht, immer nur an reiche Leute, an einen stark angewachsenen und zu schlechten Zwecken verwendeten Geldkapitalbesitzer denken. Ich möchte, ohne mich in eine weitere Erörterung dieser nicht ganz leichten Frage einzulassen, mich darauf beschränken, nur einen Satz mitzuteilen, den ein Mann ausgesprochen hat, dessen Autorität Sie selbst (zu den Sozialdemokraten) nicht in Zweifel ziehen werden, schrieb: Kautsky in seinen Erläuterungen zum Erfurter Programm sagt: „Der Tabak, den ein Kaufmann kauft, um ihn mit einem Gewinn wieder zu verkaufen, ist für ihn Kapital. Der Tabak, den er kauft, um ihn selbst zu rauchen, ist für ihn kein Kapital.“ Im ersten Falle ist er Kapital, weil er ihn verkauft, um einen Gewinn zu erzielen. Sie ersehen hieraus, was in unserm Fall als Kapital und als Kapitalismus anzusehen ist. Und nun beachten Sie, welches Urteil er über die „Sozialisierung“ fällt. Er sagt an einer anderen Stelle ausdrücklich: Wenn der heutige Staat gewisse Betriebe verstaatlicht, so tue er es nicht, „um die kapitalistische Ausbeutung“ — die darin gefunden wird, daß dem Arbeiter nicht der erzeugte „Mehrwert“ zugeführt wird — einzuschränken, sondern um die kapitalistische Produktionsweise zu schützen und zu befestigen oder um selbst an dieser Ausbeutung teil zu nehmen.“ Er sagt auch, worin diese „kapitalistische Ausbeutung“ des Staats angeblich besteht: Nämlich darin, „seine Einnahmen dadurch zu vermehren und die Beiträge welche die Kapitalistenklasse zu seiner Erhaltung zu steuern hat, zu vermindern, und als Ausbeuter ist der Staat den Privatkapitalisten noch überlegen, weil ihm dem Ausgebeuteten gegenüber neben den ökonomischen Machtmitteln des Kapitalisten noch die politische der Staatsgewalt zu Gebote stehen.“ Sie sehen also, daß diese Sozialisierung auch gar nichts mit dem Sozialdemokratismus zu tun hat. Denn der

Gegensatz des Sozialdemokratismus ist ja gerade der Kapitalismus, — und hier haben wir es, wie bemerkt, mit einem kapitalistischen Unternehmen des Staates usw. zu tun. Das Gegenteil des Sozialismus“ in dem von mir entwickelten Sinn wäre der Egoismus und ein extremer Individualismus. Aber auch davon wurde gesprochen, und wenn ich den Herrn Kollegen Dr. Koenigsberger recht verstanden habe, so hat er sich diesen Standpunkt zu Nutze gemacht, daß man die Sozialisierung so vornehmen soll, daß die erstrebten Überschüsse nicht der Gesamtheit, sondern nur den in den sozialisierten Betrieben beschäftigten Arbeitern zufließen. Gestatten Sie mir auch darüber zu sagen, was ein Sozialdemokrat ausgesprochen hat, es ist Schippel: „Wollte man, wie es als Absicht aus einigen dunklen unreifen Anlässen herausleuchtet, den einzelnen ausgegriffenen Betrieb seinen bisherigen oder künftigen Arbeitern als deren eigene Einkommensquelle überlassen, so wäre diese ganz neueste Erfindung gleichgültig für die Arbeiter als große millionenförmige Klasse oder vielmehr es wäre für sie katastrophal, weil aus ihren eigenen Reihen sich privilegierte, sonderbegünstigte Schichten lösen würden.“ Also hier wird von einem Sozialdemokraten geradezu dagegen gesprochen, daß etwa die Sozialisierung zu dem Zweck vorgenommen werde, um den sogenannten „Mehrwert“ den Arbeitern zufließen zu lassen statt ihn der Gesamtheit zuzuführen, an der dann auch die Nichtarbeitenden, an der auch diejenigen Teil haben, die sich niemals an der Mehrwertserzeugung beteiligten.

Und Bernstein schreibt sehr beachtenswert: „In einer guten Fabrikgesetzgebung kann mehr Sozialismus stecken als in einer Verstaatlichung von etlichen hundert Unternehmungen und Betrieben, denn hier“ — er meint durch die alle Betriebe umfassende Fabrikgesetzgebung — „wird die größere Allgemeinheit erfaßt; denn was heißt es, ob der Staat ein paar Unternehmungen mehr oder weniger hat und sie dann womöglich noch kapitalistisch bewirtschaftet?“

Ich möchte Sie aber auch dringend vor einer Überschätzung der Früchte des Sozialisierungsprozesses warnen (Sehr richtig rechts). Wir müssen zunächst die Zeit berücksichtigen, in der wir sozialisieren sollen: Das ist doch die jetzige Zeit, die Gegenwart und die nächste Zukunft. Vor dem Krieg waren wir, das dürfen wir sagen, ein relativ reiches Volk; nach dem Krieg sind wir ein absolut armes Volk. Vor dem Krieg konnte man sagen: Wir wollen da und dort sozialisieren, um das Volk billiger und bequemer versorgen zu können, wir wollen sozialisieren im Interesse des Konsums. Jetzt, nach dem Krieg, können wir diesen Standpunkt nicht mehr einnehmen, und er ist auch von niemandem eingenommen worden; jetzt müssen wir das Konsuminteresse hinter das staatliche Finanzinteresse zurückstellen. Wir müssen die höchste Wirtschaftlichkeit, den höchsten Produktionsertrag erstreben und ernöthigen und darnach unsere Wirtschaftspolitik einrichten. Denn wir brauchen Waren und wir brauchen Geld, um unsere Schulden, insbesondere auch um die Schulden an das feindliche Ausland, zu bezahlen. Gestatten Sie mir, Ihnen einige Zahlen vorzutragen. Die Verschuldung des Reiches, der Einzelstaaten, Provinzen und Gemeinden vor dem Krieg wurde auf höchstens 32 Milliarden geschätzt; jetzt rechnet man unter Einbeziehung der Kriegsschuldung an unsere Feinde mit einer Gesamtverschuldung von zirka 250—260 Milliarden und mit einem Zinsen- und Tilgungsbedarf von über 15 Milliarden. Daraus folgt, daß wir mehr schaffen und mehr verdienen müssen als vorher, und unter diesem Gesichtswinkel — ich wiederhole es noch einmal — unter dem Gesichtswinkel einer erhöhten Wirtschaftlichkeit müssen wir auch die Frage der Sozialisierung behandeln.

Da gilt es vor allem, und das ist ein Hauptteil des Problems, die neue Gemeinwirtschaftsform vor einer unwirtschaftlichen Bürokratisierung zu bewahren und dafür zu sorgen, daß echter, tapferer Unternehmungsgeist nicht gelähmt wird, daß wir dieser neuen Gemeinwirtschaft diejenigen Potenzen erhalten, die eine wirtschaftliche Geschäftsführung garantieren: Dieselben Potenzen, die seither in unserem Wirtschaftsleben wirksam waren, nämlich die technischen und organisatorischen auch den Weltmarkt und dessen Gesetzen kennenden Intelligenzen, den kaufmännischen und industriellen Wagemut und die schöpferische Kraft eines gewissen individuellen Gewinnstrebens. Denn nicht jedes Gewinnstreben ist unethisch. Wir müssen also, mit anderen Worten, gerade „Kapitalismus“, diesen aber im vorhin gekennzeichneten, richtig verstandenen und begrenzten Sinne, verlangen, sowohl den subjektiven als den objektiven: den subjektiven: auf Verdienst ausgehende Erwerbstendenzen, den objektiven: den kapitalistischen Gewinn. Der Redakteur des sozialdemokratischen „Vorwärts“, Kautsky, sagt in seiner Schrift „Die deutsche Revolution“ —: „Das Kapital muß also in erster Linie Erträge abwerfen, wenn

der Sozialismus der Arbeiterschaft etwas nützen soll. Dies einzusehen waten die großen russischen Volksmassen noch nicht reif. . . . Voraussetzung für die Enteignung des im Privatbesitz befindlichen Kapitals ist also, daß das Kapital unter staatlicher Kontrolle höhere, mindestens aber die gleichen Erträge wie vorher abwirft. Nimmt die Produktivität dagegen ab, so nützt es den Arbeitern sehr wenig, wenn ihnen auch der bisherige Gewinnanteil des Unternehmers zufällt. Der Sozialismus ist nur lebensfähig, wenn er uns als Gesamtheit reicher, nicht wenn er uns ärmer macht!

Es gibt schließlich auch Illusionisten, die glauben die Sozialisierung könne in so weitem Umfange vor sich gehen und lasse sich mit so erheblichem finanziellen Effekt realisieren, daß infolgedessen eine namhafte ins Gewicht fallende, wenigstens teilweise steuerliche Entlastung eintreten könnte, daß wir dann erheblich weniger Steuern bezahlen müßten. Eine sehr zweifelhafte Sache! Man berechnet das jährliche Einkommen des deutschen Volkes auf zirka 40 Milliarden. Das Reichsschatzamt nimmt nun an, daß Reich, Einzelstaaten und Gemeinden einen jährlichen Steuerbetrag von über 19 Milliarden nötig haben werden, wobei aber die Kriegsschadigungen an unsere Feinde ebenso wenig in Anschlag gebracht sind wie die Summe, die wir für Sozialisierungszwecke, insbesondere für Schaffung des Fonds zur Entschädigung der Vorbesitzer der Unternehmungen, die sozialisiert werden, benötigen und bereitstellen müssen, also von über 19 Milliarden. Nun betragen im Jahre 1913 die Noherträge des Reiches und seiner Bundesstaaten an Steuern, Zöllen und Gebühren 3750,6 Millionen Mark. Stellen Sie nun diese nicht ganz 4 Milliarden den über 19 Milliarden, die wir jetzt an Steuereingängen nötig haben, gegenüber, und es wird sich Ihnen eine sehr deutlich sprechende Steuerperspektive eröffnen. Glaubt jemand im Ernst, daß man diese notwendigen steuerlichen Beträge aufbringen, diese ungeheure Finanzanspruch unserer Steuerkraft, betrieblichen Sinne, wenn man nur die großen Vermögen allein anlastet? Ich glaube es nicht! Wie die Dinge nun einmal liegen — so weh es einem tun muß, wir dürfen die Augen vor der Tatsache der Verhältnisse nicht verschließen — es werden eben auch die kleineren Einkommen herangezogen werden, und es wird damit der Geldbestand, aus dem Nahrung, Wohnung und Kleidung gedeckt werden müssen, stark in Mitleidenschaft gezogen werden.

Hoh, Professor der Finanzwissenschaft an der Universität München, eine bekannte Autorität auf diesem Gebiete, hat auf die Frage, ob durch die Sozialisierung unserem Volke die sich ins Ungeheuerliche steigende Steuerlast auch nur einigermaßen abgenommen werden könnte, mit einem „non liquet“ geantwortet.

Man darf andererseits nicht bloß an die Möglichkeit der gesteigerten Einnahmen, sondern muß auch an die Sollseite denken. Wer sozialisiert, übernimmt auch das Risiko. Es geht nicht immer bergauf, es werden nicht immer Gewinne gemacht, es kann auch schief gehen, insbesondere wenn nicht ganz wirtschaftlich gearbeitet wird. Wir müssen damit rechnen, daß wir eine Mindereinnahme an Steuern zu beklagen haben, es werden ja selbstverständlich so und so viele seitherige Steuerträger — ganz abgesehen von der allgemeinen Herabsetzung der Steuerkraft unseres Volkes — ausgeschaltet. Abschreibungen und Aufwendungen aller Art, insbesondere auch Entschädigungen, wie bereits bemerkt, für die Vorbesitzer in Rechnung gestellt werden.

Ich eile zum Schluß und knüpfe nur noch an einige Aufstellungen an, die von verschiedenen meiner Herren Vorredner in einer bestimmten Richtung gemacht wurden.

Erwarten wir doch bei allem Bestreben, unsere wirtschaftlichen Zustände zu bessern, bei allem Bestreben, den Notwendigkeiten des Tages und unserer trostlosen Lage auch in finanzieller Beziehung nach Kräften gerecht zu werden, erwarten wir doch nicht zu viel, noch viel weniger alles, von einer besseren Gestaltung des Wirtschaftslebens. Die Zufriedenheit mit diesem, ja, sie mag, sie kann ein Ansporn sein auch zum Streben nach geistigem und sittlichem Aufstieg, und das Gefühl, im Leben zurückgesetzt zu sein, mag in mehr als einem Falle ein Motiv für Gesellschaftsfeindlichkeit sein. Aber letzten Endes kommt es doch immer wieder auf die richtige Organisation des Menscheninnern an. Sind denn die Menschen, denen es wirtschaftlich gut geht, wirklich alle besser geworden, haben sie sich alle kulturell gehoben? Ich glaube, wer die Frage stellt, wird sie auch ungeschwer beantworten können, wenn er die Augen aufmacht und sieht, was zu sehen ist, und hört, was wir hören, wenn wir es hören wollen. Es ist vielfach das Gegenteil von dem eingetreten. Wenn die Güter nur an dem Menschen hängen, wenn sie nicht in innere Seelenwerte umgewandelt werden, dann besteht eben die Gefahr, daß ihr Besitz zu

großartigem Genuß führt, zu sinnlicher Genußsucht verführt, zu trostlosem Materialismus ausartet und nicht zu wahrer innerer Vervollkommnung dient. Schauen Sie, was wir jetzt jeden Tag erleben: Welch übertriebene ungeheuerliche Anforderungen — ich unterstreiche das Wort „übertrieben“ — werden vielfach an die Kasse des Unternehmers und auch an die Staatskasse gestellt! Die Leute, die derartig erziehbare Ansprüche erheben, denken ja gar nicht daran, ob deren Befriedigung den Staatsbestand gefährdet, uns zum Staatsbankrott und mit diesem auch zum Ruin vieler Einzelner führt. Sie merken gar nicht — und wir wollen sie darauf aufmerksam machen, darin sind wir ja alle einig; wir wollen es aber nachdrücklich tun —, daß sie auf einem Boden tanzen, unter dessen dünner Hülle sich ein Grab aufbaut, das auch auf sie wartet, ein Grab, das sie in sträflicher Kurzsichtigkeit sich selbst gegraben haben. Wenn die Arbeitgeber infolge übertriebener Lohnforderungen die Konkurrenz auf dem Weltmarkt nicht mehr zu bestehen vermögen, dann wird ihre Katastrophe auch die Arbeiter mit ins Unglück hineinreißen. Vermögen die Unternehmer aber die erhöhte Lohnlast auf die von ihnen produzierten Waren abzuwälzen, dann folgen andere Berufshände für die von ihnen produzierten Waren und die von ihnen geleisteten Dienste ihrem Beispiel, es werden dann eben alle Waren teurer; dies schädigt die Konsumenten, darunter insbesondere wieder die große Klasse der Arbeiter, sie werden also dann auf diese Weise für das bestraft, was sie vorher durch übertriebene Forderungen gesündigt haben.

Höhere Löhne gar bei einem Rückgang des Produktionswertes bewirken eine chronisch fortlaufende Geldentwertung mit allen ihren volkswirtschaftlichen, sozialen, nationalen und internationalen Konsequenzen. Wer mit Recht, wie die sozialdemokratische Partei Badens es vor einiger Zeit tat, den Abbau der hohen Lebensmittelpreise beklagt, der darf — das wollen wir den Menschen sagen — den Zusammenhang zwischen übertriebener Lohnhöhe, Geldentwertung und Verzerrung des Volkes nicht übersehen. Die Stebung der Valuta ist nämlich nicht bloß, wie viele Leute meinen, im Interesse der „Kapitalisten“ gelegen, sondern sie liegt auch wesentlich im Interesse der Armen. Denn eine Verteuerung der ausländischen Lebensmittelfuhr und eine Verteuerung der Rohstoffefuhr für die Industrie ist von der einschneidendsten Bedeutung für die große Masse der Konsumenten, für die Arbeiter und für alle übrigen Volksgenossen.

Wir müssen mehr Vernunft und mehr Gemeinnut in unser Volk hineinbringen. Auch hier begegnen wir — ich betone dies immer mit besonderer Absichtlichkeit — wieder dem Problem einer anderen und besseren Volkserziehung, einer Aufgabe, die keine Klassenaufgabe, sondern eine Aufgabe von uns allen ist, einer Aufgabe, der sich auch die untergeben können und sollen, die von der Sozialisierung nichts wissen mögen. Man hat — ich habe das an anderer Stelle schon einmal gesagt — unser verstoffenes Zeitalter das Maschinenzeitalter genannt. Ich wünsche, daß man das gegenwärtige und das künftige Zeitalter das Zeitalter der Volkserziehung, das pädagogische Zeitalter nennen darf. Wir brauchen vor allem eine Sozialisierung des Denkens, des Fühlens und des Willens der Menschen (lebhafter Beifall bei den Demokraten).

#### Arbeitsminister Rüdert:

Der Herr Abg. Dr. Königberger hat vorhin darauf hingewiesen, daß im Lande Baden eine Reihe von Betrieben stillgesetzt seien und daß hier die Regierung eingreifen müsse. Wir bekommen wöchentlich eine Übersicht über die Betriebslage in Baden, und wir können allerdings feststellen, daß hin und wieder Betriebe eingestellt werden. Aber alle diese Einstellungen haben ganz natürliche Ursachen. Die Ursachen sind entweder darin zu finden, daß die Kohlenanlieferung zu gering ist oder aber daß es an Rohstoffen fehlt. Beides kann die Regierung im gegenwärtigen Augenblick nicht beschaffen. Was wir haben tun können, um der badischen Industrie mehr Kohlen zuzuführen, das haben wir getan. Ich habe bisher nicht feststellen können, daß aus anderen Gründen als aus Mangel an Betriebs- und Rohstoffen Betriebe stillgesetzt worden sind.

Der Herr Abg. Dr. Königberger hat gewünscht, daß wir die Genehmigung für Bauten, in denen Pensionskasse untergebracht werden, nicht geben. Soweit sie von Stoffen hergestellt werden, die der öffentlichen Bewirtschaftung nicht unterstehen, haben wir keinen Einfluß. Soweit die Stoffe der öffentlichen Bewirtschaftung unterstehen, werden wir Pensionskassen nicht genehmigen.

Der Herr Abg. M u s e r hat darauf hingewiesen, daß in der Marx'schen Theorie Fälle von Krisen und von der Verfallsstadiumstheorie enthalten seien. Er hat nur im ersten Teil recht.

Marx hat in seinem großem Werk „Kapital“ darauf hingewiesen, daß die kapitalistische Produktion in steigendem Maße Krisen heraufbeschwören wird. Es ist richtig, was er ausgeführt hat. Wir haben, und zwar in immer engeren Zeiträumen, vor dem Kriege Perioden des Aufstieges und Perioden des Abstieges gehabt. Die Krisen, die früher alle 12 Jahre erschienen sind — seit ungefähr hundert Jahren können wir das beobachten —, haben sich immer mehr und mehr zusammengeklärt. Es sind unmittelbar vor dem Kriege Krisen, scharfe Krisen alle 8, 7 oder 6 Jahre entstanden. Ich darf weiter darauf hinweisen, daß das, was der Herr Abg. M u s e r in bezug auf Verelendungstheorie angeführt hat, nicht die Arbeit von Karl Marx ist, sondern es ist geschöpft aus dem „Ehernen Lohngesetz“ das Lassalle gegeben hat. Es ist also offenbar dem Herrn Abg. M u s e r ein Irrtum unterlaufen. Marx hat von der Verelendungstheorie nicht gesprochen, es sei denn, wenn Sie die relative wollen. Von einer Verelendung der Massen hat er nicht gesprochen. Er hat erklärt, daß allerdings der Unterschied zwischen dem Besitzlosen und dem Besitzenden ein immer größerer wird (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten).

Ich darf vielleicht noch darauf hinweisen, daß ebenfalls der Herr Abg. M u s e r davon gesprochen hat, daß die Sozialdemokratie der Auffassung ist, daß der wirtschaftliche Unterbau dasjenige ist, worauf sich alles andere gründet, also auch die Kunst, überhaupt die gesamte Kultur. Diese Auffassung ist allerdings in der Sozialdemokratie außerordentlich stark vertreten. Es ist gerade hier der Unterschied gegenüber den bisher herrschenden Ideen groß: Auf der einen Seite der historische Materialismus, auf der anderen Seite die bürgerliche Ideologie. Aber kaum in irgend einer anderen Sache ist die Auffassung des Sozialismus falsch verstanden worden. Gerade Karl Marx hat erklärt, daß jeder Fortschritt in der Gesellschaft nicht etwa nur aus einer Idee entsteht, sondern aus Millionen kleiner Bedürfnisse der gesamten Gesellschaft. Er hat aber damit keineswegs sagen wollen, daß nicht auch der Idee ein entsprechender Platz in unserer Entwicklung eingeräumt werden muß. Weder die eine Seite, der historische Materialismus, noch die bürgerliche ideologische Auffassung erklären für sich den Fortschritt, sondern beide zusammen. Marx hat sehr wohl die Wechselwirkung dieser beiden großen Gesichtspunkte und Auffassungen erkannt.

Ich darf weiter darauf hinweisen, daß nach meiner Auffassung allerdings nur eine stets wachsende Ertragsfähigkeit zum Sozialismus führt. Ich stehe vielleicht hier nicht auf dem Standpunkt meines Kollegen Dr. Koenigsberger, der der Auffassung ist, daß man nun alles sozialisieren könnte. Dieser Auffassung kann ich nicht beitreten. Ich habe schon in meinen gestrigen Ausführungen dargelegt, daß nur bei einer gesunden Wirtschaft, die auf festen Füßen steht, der Sozialismus erreicht wird, der von den Massen erwartet wird, ein Sozialismus, der vor allen Dingen die Lebenslage der großen, breiten Massen der Beschäftigten in der Werkstatt, in der Fabrik und auch im Büro erleichtert. Und das kann allerdings durchgeführt werden — nicht von heute auf morgen — aber es kann durchgeführt werden in planmäßiger und zielbewusster Arbeit. Es kann heute schon sehr viel durchgeführt werden, wenn insbesondere die Pläne, die der Herr Reichswirtschaftsminister Bissell ausgearbeitet hat, ausgereift sind. Ich bin davon überzeugt, daß vor allen Dingen heute schon in großem Umfang eine Ausschaltung nutzloser Arbeit möglich ist (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten). Ich darf vielleicht darauf hinweisen, daß wir während des Krieges und im Frieden sozialistische Gebilde, allerdings auf kapitalistischer Grundlage, gehabt haben: die großen Trusts, die großen Kapitalkongerne. Das war doch bereits Zusammenfassung aller Kräfte, Steigerung zu höchster Produktion. Ist es denn nötig, daß auf alle Dauer diese gewaltigen Kapitalkongerne über die ganze Menschheit, über die ganze Gesellschaft gestellt werden? Wir haben in Deutschland vor dem Kriege und während desselben 20 Menschen gehabt, die uns wirtschaftlich beherrscht haben. Ich erinnere an die großen Kongerne wie Krupp, Thyssen und Stinnes und andere, die tatsächlich nicht nur die Arbeiter, sondern ganz Deutschland und einen Teil des Auslandes mit ihrer ungeheuren wirtschaftlichen Macht beherrscht haben. Dort hatten wir ja bereits die Vorstufen zum Sozialismus. Es ist nur nötig, daß das Kapital aus den Händen dieser großen, gewaltigen Kongerne, die wirklich zur Sozialisierung reif sind, genommen und der Allgemeinheit gegeben werde. Mir ist die Form, in welcher der Sozialismus erscheint, durchaus gleichgültig. Das im einzelnen vorzubestimmen, wäre Utopie. Man muß an die Frage herantreten, muß sie zweckentsprechend, muß sie, je nachdem die Fälle gelagert sind, erfassen. Die Hauptsache ist, daß der gesamte Ertrag der Arbeit der Gesamt-

heit wieder zufließt, daß das, was wir gehabt haben während des Krieges, daß Tausende von Arbeitern und Zehntausende von Konsumenten einen Nachteil haben zugunsten Einzelner oder gar eines Einzelnen — daß dieser unbillige Zustand beseitigt wird. Es ist nötig, daß wir alle Kräfte zusammenfassen, daß wir sie steigern, daß wir nutzlose Arbeit ausschalten, daß wir aber den Ertrag unserer Arbeit der ganzen Gemeinschaft, dem ganzen Volke wieder zuführen können. Wenn in diesem Sinne planmäßig, nicht von heute auf morgen oder überstürzt, an diese großen Probleme herantreten wird, dann bin ich überzeugt, daß wenn sie durchgeführt sind, niemand mehr, auch in diesem Saale niemand mehr, im Laufe der Jahre gegen die großen Ideen und die sittlichen Ideen des Sozialismus etwas einzuwenden haben wird. Allerdings, dagegen wende ich mich mit aller Schärfe, wenn draußen jetzt den Arbeitern gepredigt wird: Ihr braucht bloß Putzschuhe zu machen, Ihr braucht bloß die Regierung zu stürzen, Ihr braucht bloß die politische Macht in eure Hand zu nehmen, dann habt Ihr morgen auch das Himmelreich! (Sehr richtig! beim Zentrum). Dagegen müssen wir uns ebenso entschieden wehren, wie gegen den ungehemmten Kapitalismus. Es ist ein falscher Glaube, wenn man heute, nach einer so furchtbaren Niederlage annimmt, daß nach der Durchführung oder der schnellen Einführung des Sozialismus morgen alles wieder so schön ist oder noch schöner als im Jahre 1914. Es ist die Pflicht gerade auch der alten Sozialdemokratie, daß sie den Massen sagt, daß das ein Ding der Unmöglichkeit ist. Auch wenn wir in Deutschland morgen alles verstaatlicht hätten, dann würden wir alle miteinander doch wahrscheinlich noch sehr viel Not, viel Elend haben, weil wir eben während der Kriegsjahre alles Vermögen, das wir gehabt haben, tatsächlich verpulvert haben. Es ist deshalb nötig, daß wir zunächst einmal wieder alle arbeiten, daß wir zunächst alle wieder einmal von dem Geiste der Pflicht erfüllt sind (Sehr gut! beim Zentrum). Jenes häßliche Wort, das wir jahrzehntlang immer gehört haben, gerade die Arbeiterklasse gehört hat: „Ihr müßt eure Pflicht erfüllen!“ — jenes häßliche Wort muß eben wieder in die Tat umgesetzt werden. Wir müssen einfach unsere Pflicht erfüllen; jeder muß wieder an seine Arbeit treten.

Aber dabei muß auch eines unbedenklich noch gemacht werden. Wenn wir heute durch die Großstädte gehen, so sehen wir eine Verschwendung der Besitzenden, die geradezu unerhört ist (Sehr richtig!). Wenn man einmal nach Berlin geht, da fahren hunderte von Automobilen, und wer sitzt darin? Leute, die Kriegsgeschäfte machen, Schieber schlimmer Sorte, mit ihren Damen durch die Straßen Berlins fahren in dem Augenblick, wo nebenan der Bettler sitzt. Es ist auch so, daß — das muß endlich einmal ausgesprochen werden — große Kreise begüterter Leute in Deutschland gegenwärtig weit über ihren notwendigen Gebrauch hinaus laufen, alles zusammenkaufen, damit, wenn der Staat später kommt und das, was er braucht zum Leben, von diesen Menschen in Gestalt von Steuern einziehen will, nicht mehr das Nötige vorhanden ist. Es muß auch den Leuten gesagt werden, daß sie durch dieses Verhalten durch dieses verschwenderische Leben, teilweise die unteren Massen, die heute noch hungern müssen, deren Kinder weder Kleider noch Schuhe haben, aufreizen und immer weiter und weiter ins linke Lager hinüberführen. Wenn wir uns auch draußen heiß reden, wenn wir sagen, laßt ab von der Utopie, jagt nicht Gedanken nach, die sich nicht erfüllen können, werden wir keinen Erfolg damit haben, wenn nicht auch die begüterten Menschen in Deutschland zur Vernunft kommen, wieder einmal zur Einfachheit zurückkehren, sich in sich kehren und sagen, daß sie Pflichten zu erfüllen haben gegen sich und das Vaterland.

Und nun noch eine Frage, die angeschnitten worden ist. Es ist, glaube ich, mit Recht gesagt worden, daß wenn wir auch den Sozialismus haben, doch noch nicht Alles erfüllt ist. Ich stehe durchaus auf dem Standpunkt, wenn wir die materiellen Güter auch einmal gerecht verteilt haben, und wenn jeder Einzelne seinen gerechten Anteil davon hat, so wird die Wohlfahrt noch nicht in vollem Maße gekommen sein; wenn nicht jeder Einzelne in sich kehrt und jeder Einzelne versucht, besser zu werden. Sittliche Kräfte sind es auch, nicht nur materielle, sondern große sittliche Kräfte, die uns zur Höhe führen, und wenn die heutige Aussprache dazu geführt hat, daß auf der einen Seite bewirkt wird, daß diejenigen, die über ihre Verhältnisse leben, jetzt nicht dem Staate nehmen, was des Staates ist, und auf der anderen Seite die Arbeiter und Alle aufzurufen zur Pflicht und Arbeit und jeder innerlich stärker und größer wird in der Pflichterfüllung gegen die Gesamtheit, gegen sich und gegen die Kultur; damit die künftige Zeit besser sein wird wie die vergangene, dann wird diese Aussprache von Erfolg begleitet sein.

Abg. Mager (Frd. Bg. Bd., Hosp. d. D.-Reich. Bp.):

Sie erinnern sich Alle noch der Debatte, die vor kurzem in diesem Hause stattgefunden hat, als von Seiten meiner Partei zwei Ihnen bekannte Interpellationen eingebracht wurden. Damals wurde von der Ministerbank, wie hier von der Linken aus, gesagt, daß man eigentlich meiner Partei zu Dank verpflichtet sei, daß durch die Einbringung dieser Interpellationen Gelegenheit gegeben wurde, Klarheit in diesen Dingen zu schaffen. Ich konnte diesen Dank heute in gleicher Weise der Linken zurückgeben, daß sie diese Sozialisierungsdebatte eröffnet hat und so uns Gelegenheit gibt, auch über diesen Gedanken der Sozialisierung uns Klarheit zu schaffen zu versuchen.

Diesen Gedanken der Sozialisierung, der jetzt fast zu einem Schlagwort herabgesunken ist, besonders in der letzten Zeit, in den Revolutionsmonaten, diesen Gedanken, in dem ein guter Kern zweifellos vorhanden ist, hat man unangewendet. In diese Periode der Umwertung fällt ja auch das Reichssozialisierungsgesetz, das unter dem Druck der Berliner Rutsche zustande gekommen ist, wie man eben sogar auf dem sozialdemokratischen Parteitag zugegeben hat! Der Gedanke, der die Masse etwas bieten zu müssen, liegt alledem zu Grunde, und zweifellos auch der heutigen Interpellation. Man fühlt eben das dringende Bedürfnis, ein Stück der wirtschaftlichen Revolution in Angriff zu nehmen, nachdem die politische Revolution leicht vor sich gegangen ist, aber durchaus nicht die Befriedigung in die Massen gebracht hat, die man von ihr erwartet hatte; im Gegenteil, die deutsche Revolution kann letzten Endes in Gefahr kommen, wenn man nicht der Masse — um ein hartes Wort zu gebrauchen — wieder einen neuen Knochen hinwirft. Diese unter dem Zwange erfolgende Auswertung des Sozialisierungsgedankens ist wohl die Hauptursache dafür, daß man von dem, was Gutes in ihm war, dem guten Kern, allmählich so weit abgekommen ist. Diese Erkenntnis war früher sogar bei Ihnen auf der Linken schon einmal durchgedrungen. Wenn Sie nur darauf achten und sich erinnern wollen, was Feinzeit der jetzige Ministerpräsident Bauer, der damalige Arbeitsminister, gesagt hat, und was andere Führer Ihrer Partei gesagt haben, daß die Ausführung der Sozialisierung in Form der Vertailligung, der Bergesellschaftung, die Überführung der Produktionsmittel aus den Händen der jetzigen Besitzer in die Gemeinschaft vielfach sinnwidrig und zweckwidrig sei, da ja der Hauptzweck, die Erhöhung der Produktion, und damit die Hebung des Allgemeinwohles, nicht bewirkt wird. Wenn wir uns also klar werden wollen über den Sozialisierungsgedanken, müssen wir von den politischen und parteipolitischen Einflüssen uns tunlichst freimachen und den wahren, den guten wirtschaftlichen Kern des Gedankens zu erfassen suchen.

Grundlegend — und ich hoffe damit auch bei der Linken Anklang zu finden — ist der Gedanke, daß von einer wahrhaften Sozialisierung nur die Rede sein kann, wenn dem Wohl der Allgemeinheit damit gedient wird. Wir müssen uns aber hier prinzipiell klar sein über den Begriff des Wohls der Allgemeinheit. Ganz kurz, das Wohl der Allgemeinheit umfaßt eben die Gesamtheit des Volkes, und man darf sich nicht dahin bringen lassen, daß man glaubt, die Allgemeinheit sei nur eine gewisse mit „Masse“ bezeichnete Bevölkerungsschicht. Diese Auffassung führt zu Irrtümern und ist immer noch nicht genügend ausgeremert. Die ganze Politik unserer Tage ist ja nur allzusehr auf den Gedanken hin gerichtet, zu tun, was jener Masse gefällt. Wenn Sie sich daher bei Ihren Sozialisierungsideen von dieser Tendenz, dieser Masse gerade zu dienen, so sehr einnehmen lassen, sind wir natürlich von Ihnen geschiedene Leute, denn wir können uns für den Gedanken der Sozialisierung nur dann erwärmen, wenn der leitende Gedanke das Wohl der Volksgemeinschaft ist, das auf keinen Fall und in keiner irgendwie gearteten Form dem Wohle jener hinter Ihnen (zu den Sozialdemokraten) stehenden Masse untergeordnet werden darf. Wenn wir uns hier in dieser Schärfe für diesen grundlegenden Gedanken aussprechen, tun wir es deshalb, weil wir dadurch einen Begriff schaffen wollen, der uns die Möglichkeit gibt, eine Abgrenzung für den in § 14 unserer Verfassung festgelegten Begriff der „gemeinwirtschaftlichen Interessen“ zu schaffen. In diesem Begriff der „gemeinwirtschaftlichen Interessen“ sehen wir eine große Gefahr, die nur beseitigt werden kann, wenn dieser Begriff die richtige Interpretation erhält, die wir ihm in jener Sitzung gaben, als der damalige Abg. Dr. Dieß deutlich zu verstehen gab, daß dieser § 14 mit seiner Begrenzung des Eigentums durch die „gemeinwirtschaftlichen Interessen“ die Plattform bilde, auf der die zweite, die wirtschaftliche Revolution, aufmarschieren müsse. Und wir erinnern uns ebenso gut an die Drohung, die er bei dieser Gelegenheit aussprach,

wenn wir uns ihr entgegenzusetzen wagten, daß dann die wirtschaftliche Revolution mit ebernen Sandalen an den Füßen und fliegenden Ledenhaaren über uns dahinschreiten würde. Das war ein deutliches Zeichen zur Mahnung: principis obsta! Denn darüber besteht kein Zweifel: Nun wollen Sie den ersten Schritt auf jener Plattform des § 14 tun und damit diese soziale Revolution, die zweite Revolution, in Gang bringen. Es ist selbstverständlich Ihr gutes Recht, diese Idee zu vertreten, aber ich möchte doch an dieser Stelle darauf aufmerksam machen, daß dieser Weg außerordentlich schwer sein wird. Die Schwierigkeiten, die sich Ihnen nach der anfangs so glänzenden gelungenen politischen Revolution jetzt mehr und mehr in der konsequenten Auswirkung derselben entgegenstellen, besonders von Seiten derjenigen, die noch weiter links stehen als Sie, sollten Ihnen doch zu denken geben. Wenn die Folgen der politischen Revolution so überaus schwer zu verdauen sind, so wird die wirtschaftliche Revolution Ihnen noch bedeutend mehr Schwierigkeiten machen, da Sie damit in ein Gebiet unserer Volkswirtschaft eingreifen, das so kompliziert und ineinander verschachtelt ist, das sich die Konsequenzen auch nur eines Eingriffes nicht übersehen lassen. Der Fluch einer ersten, vielleicht gar nicht einmal bösgemeinten Tat, könnte forzirendend so viel Böses gebären, daß Ihnen eines Tages selbst davor grauen möchte. Wenn daher etwas Ersprießliches aus der Sozialisierung herauskommen soll, so müssen wir uns alle Erfahrungen unseres Wirtschaftslebens aus der Zeit vor dem Kriege, wie auch besonders die Erfahrungen im Kriege zunutze machen. Das ist die Grundbedingung. Es wird sonst, da durch den Krieg schon unser Wirtschaftsleben aufs empfindlichste getroffen ist, dieser neue Eingriff unser Wirtschaftsleben noch empfindlicher treffen und vielleicht gar zu seiner Vernichtung führen. Wenn wir also das Allgemeinwohl als ein Hauptfordernis, als Grundgedanken und Voraussetzung jeglicher Sozialisierung bedingen, so möchten wir das Eigentum und den Besitz an den Produktionsmitteln als den Mittelpunkt der Sozialisierungsbemühungen bezeichnen. Die Änderung, die am Eigentum, am Besitz der Produktionsmittel angestrebt wird, das ist die praktische Ausführung der Sozialisierungsidee. Wenn aber Änderungen in dem Produktionsmittelbesitz angestrebt werden, so ist vor allem nachzuprüfen, ob eine solche Änderung prinzipiell überhaupt angestrebt werden darf. Wenn man hier auf die letzten Ursachen zurückgehen wollte, so müßte man zu dem Begriff des Eigentums und zu seiner Entstehung zurückgehen. Man käme da auf jenen, inzwischen von Ihnen schon ad acta gelegten Satz, der einmal ausgesprochen worden ist, daß Eigentum im Grunde eigentlich Diebstahl sei. Auf diese tiefste Ursache aber wollen wir nicht zurückgehen, obwohl jener Satz von dem Eigentum das Diebstahl sei, mit die Hauptursache für die heutige Begriffsverwirrung ist, soweit Eigentum und Besitz in Betracht kommen. Wir wollen lieber gleich einen klaren Schritt vorwärts gehen, zu der Behauptung nämlich, daß heute ein Teil unseres Volkes mit der Verteilung des Eigentums und Besitzes, also mit der Verteilung der Produktionsmittel, nicht einverstanden und unzufrieden sei. Wie weit diese Unzufriedenheit berechtigt ist, wollen wir nicht untersuchen. Wir stehen aber nicht an zu erklären, daß auch wir nicht völlig einig gehen mit der heute vorliegenden Verteilung der Produktionsmittel, daß auch wir sie nicht für ideal ansehen, sondern für verbesserungsbedürftig halten. Wir können uns aber auch um nun gleich die Grenze nach der andern Seite zu ziehen, durchaus nicht mit radikalierenden Methoden bei den gewünschten Änderung einverstanden erklären. Wir müssen wie in vielen anderen Dingen, auch hier einen goldenen Mittelweg zu finden suchen. Eigentum und Besitz sind ja schließlich der Endpunkt der Linie, auf der sich alle Formen des Strebens nach Erwerb abspielen, und diesen Endpunkt alles Strebens wollen wir nicht ausschalten, da wir damit eine Triebfeder unseres Wirtschaftslebens lahmlegen. Alles was an Energie, an Willenskraft, an Unternehmungsgeist aufgebracht wird, erhält letzten Endes doch seinen Ansporn in der Aussicht auf Gewinn, auf Erwerb, also auf Besitz und Eigentum, und solange uns kein anderes Ziel, insbesondere aber auch kein anderer gleich gut wirkender Ansporn gegeben wird, können wir auf diesen mächtig treibenden Begriff der Erwerb, alles Lebens nicht verzichten. Es bleibt uns also nur übrig zu sehen, in wie weit die bisherige Entwicklung und die zur Zeit vorliegenden Verhältnisse eine Änderung als wünschenswert erscheinen lassen, unter Berücksichtigung der beiden Momente, einmal der Forderung nach einer Änderung im Besitz der Produktionsmittel, zum andern aber gleichzeitig der Erhaltung jenes Ansporns und Anreizes. Eine Änderung im Besitz der Produktionsmittel wäre m. E. wünschenswert, wenn damit eine Erhöhung der Produktion verbunden wäre, als ein Vorteil für die Allgemeinheit dabei heraus käme. Die

heutige kapitalistische Wirtschaftsform hat nun zeitlos im Gefolge, daß die Produktionsmittel einseitig verteilt sind, und daß sich aus dieser einseitigen Verteilung her der Drang und darum die Forderung nach einem Ausgleich zugunsten derjenigen zeigt, die nicht im Besitz der Produktionsmittel sind, sondern in deren Dienst als Lohnarbeiter stehen. Dieser Drang nach einem Ausgleich ging ursprünglich nur dahin, den anfallenden Gewinn an den Produktionsmittelbesitzer zu reduzieren zugunsten des um Lohn Arbeitenden. Zunächst handelte es sich nur darum, die Erreichung eines Gewinnanteiles oder Lohnes in der Höhe zu erzielen, daß dem Lohnarbeiter ein gewisses Existenzminimum gewährleistet werde. In folgerichtiger Entwicklung jener Forderung aber ging man dann bei dem Streben nach Ausgleich soweit, daß man die Lage des Lohnarbeiters über dieses Existenzminimum hinaus zu heben versuchte. Bis dahin ging die Entwicklung ihren normalen Gang, und wir stehen auch von unserer Seite dieser Entwicklung durchaus nicht entgegen. Wir erkennen sie an. Wir erkennen insbesondere an, daß der Lohnarbeiter strebt nach einer Hebung seiner wirtschaftlichen, ideellen und sozialen Lage. Es kann auch von niemand bestritten werden, daß man in Deutschland vor dem Kriege auf diesem Wege schon ganz erhebliche Fortschritte gemacht hat. Ich möchte sogar die Behauptung aufstellen, daß die soziale Lage der deutschen Lohnarbeiter in vieler Beziehung der der französischen, englischen, amerikanischen Arbeiter überlegen war. Die Kriegszeit mit ihren abnormen Lohnverhältnissen und die darauf folgende Revolutionszeit aber haben nun diesen an sich berechtigten Drang und diese Forderung nach Ausgleich, wie ich es nannte, mit rapider Entwicklung bis zu der Forderung nach Überführung der Produktionsmittel aus den Händen der bisherigen Besitzer in die Hände der Lohnarbeiter gebracht. Auf der Linie dieser Entwicklung liegen die derzeitigen Sozialisierungsbestrebungen, die in den mannigfachen Formen der Verstaatlichung, der Vergesellschaftung, der Gemeinbewirtschaftung und ähnlichen letzten Endes immer nur jenes Ziel wieder anstreben. Mit allen Mitteln sucht man dieses Ziel zu erreichen, einmal auf dem Wege der Gesetzgebung, wie es ja auch hier vorgeschlagen wird, zum andern aber auch, indem man die Lohnforderungen täglich und stündlich höher schraubt, und damit den Ausgleich gewaltsam herbeizuführen sucht. Es ist deshalb zu untersuchen, ob die Tendenz, auf dem Wege der Gesetzgebung dieses Ziel zu erreichen, zu unterstützen ist. Wir müssen das verneinen, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil auf diesem Wege die Hauptforderung, die ich eingangs gestellt habe, nicht erfüllt wird, daß nämlich die Produktion gesteigert wird und also für die Allgemeinheit Vorteil daraus erwächst. Vorhin hat der Herr Kollege Müller, den Sozialdemokraten Ruttner, den Vorwärts-Redakteur, mit einem Ausspruch angeführt. Ich könnte noch ein klein wenig hinzusetzen, in dem er weiterhin in dem folgenden Satze sagt: „Das Ziel der Sozialisierung muß also sein, die Wirkung der Produktivkräfte zu heben, sie zusammenzufassen und an richtiger Stelle einzusetzen.“ Glauben Sie nun wirklich, daß die Verstaatlichung, daß die Kommunalisierung, kurzum die Gemeinbewirtschaftung mit ihrer zweifellos zwangsläufig kommenden Bürokratisierung die lebenden Kräfte unseres Wirtschaftslebens heben könnte? Haben Sie nicht das abschreckende Beispiel unserer schon vor dem Kriege bestehenden Staatsbetriebe, insbesondere im Kohlenbergbau, haben Sie nicht täglich die unselige Kriegswirtschaft vor sich, die bürokratisierte Gemeinwirtschaft elendesten Zwanges und miserabelster wirtschaftlicher Erlolge. Gelüftet Ihnen nach all diesen Beispielen denn immer noch nach neuen Experimenten einer vereinteilichten Wirtschaft oder, wie man es neuerdings mit einem neuen Schlagwort nennt, nach einer „Planwirtschaft“? Diejenigen Herren, die dies fordern, unterliegen hier einem gewaltigen Trugschluß: Weil es einmal gelungen ist, mit Gewalt von heute auf morgen eine politische Umwälzung herbeizuführen, so glaubt man vielfach in den Massen auch an einen wirtschaftlichen Umsturz in gleicher Weise. Mag das in der Politik, bei der politischen Revolution gegolten sein — ich halte es überdies noch nicht für gegolten —, so wird die Umgestaltung unseres Wirtschaftslebens jedenfalls auf noch viel größere Schwierigkeiten stoßen! Hier kann nicht die Schaffung von wirtschaftlichen Gesetzesformen eine neue Wirtschaft entstehen lassen, sondern hier muß die Bewegung umgekehrt gehen: Von innen heraus müssen sich neue Wirtschaftsformen bilden, und erst diese neuen Wirtschaftsformen werden auch neue Wirtschaftsgesetze herbeiführen. Über diesen Hergang der Dinge muß man sich einmal grundsätzlich klar werden. Wenn man aber diese grundsätzliche Wahrheit einmal erkannt hat, dann wird man von vornherein davon absehen, durch wirtschaftsrechtliche Experimente neue Wirtschaftsformen schaffen zu wollen. Wenn wir gesunde Zu-

stände schaffen wollen, dann dürfen wir nicht von heute auf morgen umzukampeln suchen, sondern wir müssen wieder an dasjenige anknüpfen, was war, was natürlich gewachsen ist. Wir dürfen nicht einen gewaltsamen Ausgleich des natürlichen Gegensatzes zwischen Produktionsmittelbesitzer und Lohnarbeiter anstreben, sondern wir müssen jenen Ausgleich allmählich herbeiführen und ihn organisch sich entwickeln lassen. Das aber erfordert, daß wir die gesunden Kräfte des Wirtschaftslebens nicht abbinden, sondern im Gegenteil ihnen noch weiteren Ansporn geben. Nicht das berechtigte Streben nach Erwerb und Besitz von Eigentum muß man behindern, sondern man muß allen fähigen, allen tüchtig und gesund veranlagten Arbeitern die Bahn auf diesem Weg nach Erwerb frei machen. Nicht die Gleichmacherei ist es, die die Menschen glücklich macht, sondern die ausgiebigste Möglichkeit der Differenzierung; jene untergräbt das gesunde Streben, diese aber ist ein Ansporn zu gleichem Streben nach Vervollkommenung und letzten Endes die Ursache aller Weiterentwicklung des Menschengeschlechtes in wirtschaftlicher, in geistiger und moralisch sittlicher Beziehung. Nützen wir an die Grundlagen dieser schöpferischen Kraft dann wird eines Tages der ganze Bau unseres Wirtschaftslebens zusammenstürzen. Fällt das Streben nach Gewinn hinweg, fällt die Lust an der Produktion, dann fällt auch die Produktion selbst, und damit würde eben doch letzten Endes dasjenige bereitet werden, was die Sozialisierung eigentlich erstrebt und erreichen will: Die Hebung des Allgemeinwohls, des Volkswohls.

Denkt man nun gar noch daran, in welchem Zeitpunkt man diese Sozialisierung durchführen will, so wird man den Widerstand, der ihr von unserer Seite entgegengekehrt wird, zweifellos verstehen können. Durch den vor wenigen Tagen abgeschlossenen Frieden werden ja an unsere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Anforderungen gestellt, die selbst mit Aufbietung aller Kräfte unseres Wirtschaftslebens kaum erfüllt werden können. Es gilt also eine Auslösung aller Kräfte, aller Möglichkeiten des Ansporns zur Erhöhung unserer bisherigen Leistungen; alles, was darin geschehen kann, muß unterstützt werden. In diesem Momente, glaube ich, sollte es das Letzte sein, mit wirtschaftlichen Experimenten zu kommen. Keine Experimente also — sondern Anknüpfung an das historisch Gewordene, an das natürlich aus dem Wirtschaftsleben Herausgewachsene. Nur dadurch können wir den wahren Ausgleich herbeiführen. Leiten wir die gesunden egoistischen Triebkräfte in gute Bahnen! (Sehr richtig! rechts). Lassen wir sie sich auswirken und suchen wir den Ausgleich nicht durch ihre Lähmung, sondern durch die Ausnützung ihrer Erräge, ihrer Erfolge zugunsten des Allgemeinwohls zu schaffen (Sehr gut! rechts), indem wir auf diesem Wege auch für den Lohnarbeiter ebenso wie für den Produktionsmittelbesitzer Gewinnmöglichkeiten schaffen! Dann werden wir dazu beitragen, gesunde soziale Zustände zu schaffen und also das zu erreichen, was man mit dem Worte „Sozialisierung“ und mit der Ausführung des Sozialisierungsgedankens tatsächlich erreichen will (Sehr gut! rechts).

Sobiel möchte ich nur über die Grundlagen und über die grundlegenden Bedingungen sagen, auf die wir uns stellen und aus deren Gesichtspunkt wir alles das betrachten, was man unter Sozialisierung versteht. Wir möchten aber bei dieser Gelegenheit doch noch einen andern Gedanken aussprechen. Wenn einmal sozialisiert werden soll, so wäre doch wohl zu überlegen, wo man denn nun mit dem Sozialisieren anfangen soll. Warum soll man da gerade mit der Landwirtschaft, also gerade mit demjenigen Teil der kapitalistischen Wirtschaft beginnen, von dem man wohl ruhigen Gewissens behaupten kann, daß er an unserem Wirtschaftskörper am wenigsten als schädlich empfunden wird? (Sehr gut! rechts). Ich glaube, wenn man sozialisieren will, dann soll man an dem Teil der kapitalistischen Wirtschaft anfangen, den man als den an unserem Wirtschaftskörper schädlichsten empfindet (Sehr richtig!). Ich möchte nur ganz kurz auf eines hinweisen. Es ist ja schon verschiedentlich davon gesprochen worden, daß man an den Banken, an dem Großkapital in geldlicher Beziehung, nicht aber an dem Großgrundbesitz anfangen könnte. Ich glaube, es wäre auch tatsächlich leichter, die acht Großbanken Deutschlands dem Sozialisierungsgedanken zu unterwerfen als die Tausende von Großgrundbesitzern. Übertragen Sie die Sache doch einmal in das praktische Leben, überblicken Sie doch einmal das praktische Leben: Wer ist es denn, der dem Handwerker, dem Kleingewerbetreibenden, wenn er nach 4½ Jahren aus dem Kriege zurückkommt, einen Kredit gewährt? Jene acht Großbanken geben ihm nichts; sie geben nur denjenigen Leuten Geld, die bereits in einer guten finanziellen Lage sind, nicht aber denjenigen, die es gerade am notwendigsten haben (Sehr richtig!). Da wäre vielleicht der Gedanke der Sozialisierung viel eher

angebracht, als wenn man hier absolut an die Landwirtschaft heran will. Eine Umgestaltung unserer Kreditwesens wäre zweifellos von ganz hervorragendem Nutzen bei der Ausführung der Sozialisierung. Es wäre dann noch eine ganze Menge anderer Industrien zu nennen oder auch auf einen Teil des Handels hinzuweisen: Ich denke nur an den Getreidehandel, auch an den Export und Import. Alles das wäre vielleicht der Sozialisierung wert; bei all diesen Gebieten läge es vielleicht näher, an die Sozialisierung zu denken, als bei der Landwirtschaft.

Wenn aber nun absolut bei dieser einmal angefangen werden soll, dann muß man doch vor allen Dingen bei denjenigen fragen, die in der Landwirtschaft stehen. Wollen denn unsere Bauern draußen tatsächlich, was man hier anstrebt, und in welcher Form? Und was wollen sie draußen? Werden Sie nicht vielfach auf Widerstand stoßen, wenn man ihnen sagt: „Ihr sollt nicht mehr Pächter bei der und der Standesherrschaft sein, Ihr sollt vielmehr das Gut, was Ihr jetzt bewirtschaftet, in Eigentum haben!“ — Ich habe mich auch umgefragt und habe den Leuten gesagt: „Selbstverständlich müßt Ihr das in irgend einer Form erwerben, man kann es Euch nicht schenken; denn wenn man Euch das Gut schenkt, dann benachteiligt man gleichzeitig so und so viele andere Volksgenossen, Ihr müßt es also als Eigentum erwerben, und dann fragt es sich noch sehr, ob Ihr Euch, wenn Ihr es für einen zeitgemäßen Preis erwerbt, auch wirklich besser stellt!“ In den weitaus meisten Fällen habe ich zur Antwort bekommen, sie wollten lieber Pächter bleiben als Eigentümer werden (Sehr richtig!). Da und dort mag das vielleicht damit zusammenhängen, daß gerade im Krieg die Pächter ein außerordentlich gutes Geschäft gemacht haben, weil ihre Pacht noch in der Zeit vor dem Kriege niedriger gestellt war und weil von ihnen im Krieg selbst größere Gewinne gemacht werden konnten. Ich will mich wie gesagt nicht tiefer auf diese Materie einlassen, weil ich der Ansicht bin, daß eigentlich berufenere Leute aus der Landwirtschaft selbst gerade diese Frage untersuchen sollten.

Nun hätte ich noch Einiges zu dem zu sagen, was Herr Abg. Dr. Kraus gesagt hat. Er hat uns ja ein sehr interessantes Privatstimmum über Karl Marx gelesen. Er hat aber zugeben müssen, daß bei Marx der materialistische Grundgedanke überall vorkam, und daß der idealistische Zug nur wie ein roter Faden sich hindurchziehe. Ich denke, das sollte doch etwas zu denken geben und uns jedenfalls verhindern, diese marxistische Theorie so in den Himmel zu heben, wie es hier versucht worden ist.

Ich habe überdies bei den Ausführungen des Herrn Dr. Kraus das Gefühl gehabt, daß er politisch wohl einen Angriff gemacht hat, daß er wirtschaftlich aber ein Rückzugsgesicht geliefert hat. Und wenn man ein Rückzugsgesicht antritt, so hat man, um im militärischen Bilde zu bleiben, entweder die Schlacht verloren, oder man bricht sie ab, weil man keine Aussicht auf Gewinnen hat. Und ich glaube, es liegt hier wohl der zweite Fall vor: man hat die Schlacht abgebrochen, man hat — wieder um im militärischen Bilde zu bleiben — das technisch ganz richtig durchgeführte, indem ein anderer Vertreter der Partei, der Herr Kollege Dr. Koenigsberger, wieder etwas über das hinausgegangen ist, was der Herr Kollege Dr. Kraus vorgebracht hatte, weil man nämlich beim Rückzugsgesicht auch gleichzeitig wieder einen Vorstoß zu machen pflegt, um sich weitere Dedung zu verschaffen. Und das ist auch geschehen.

Nun ist verschiedentlich das Wort „Monopolwirtschaft“ für einzelne Großbetriebe und für einzelne Industrien gefallen. Ich möchte da aus meiner eigenen Praxis etwas anführen. Es sind vorher verschiedene Namen wie Rhein, Stinnes usw., genannt worden, deren Kapitalherrschaft eminent groß hingestellt wurde. Ich bezweifle das nicht und bestreite das nicht. Aber ich sage mir: Wenn man diese Monopolwirtschaft — wie z. B. auch in der Elektrizitätsindustrie, eine Branche, die ich sehr gut kenne —, als dazu reif bezeichnet, sozialisiert zu werden, da sie ja tatsächlich schon ein Stück Sozialismus darstellt, so möchte ich nur auf eines hinweisen: Zweifellos arbeiten z. B. diese großen Elektrizitätsfirmen, wie A. E. G., Siemens-Schubert, Bergmann usw. in gewisser Beziehung monopolartig. Bei Vergabung großer Aufträge verständigen sie sich untereinander, um sich nicht gegenseitig allzu sehr zu unterbieten, und das ist wohl der schärfste Ausdruck des Monopolgedankens. Aber dieser Monopolgedanke hat vor allen Dingen ein Moment nicht ausgeschaltet, das zweifellos beim Verstaatlichungsgedanken, beim Kommunalisierungsgedanken oder überhaupt bei Überführung dieser Werke in die Gemeinwirtschaft ausgeschaltet würde, nämlich den Kampf dieser Gesellschaften, den technischen und kaufmännischen Konkurrenzkampf unter-

einander. Wenn Sie diese Firmen, statt sie wie bisher weiter arbeiten zu lassen, nun bergesellschaften oder verstaatlichen oder kommunalisieren, dann wird bei diesen Firmen das Bestreben untereinander, technisch immer das Beste zu leisten und den Anderen zu überflügeln, wegfallen, ebenso das kaufmännische Bestreben, die Konkurrenz aus dem Felde zu schlagen, und damit wird ein Faktor lahmgelegt, der zweifellos derjenige war, der unser ganzes wirtschaftliches Leben vor dem Kriege zu dieser eminenten Höhe emporgetragen hat. Wie Sie das in Ihrer sozialistischen Wirtschaft fertig bringen wollen, dieses Moment aufrecht zu erhalten und zu beleben, das ist gerade das, was ich am meisten bezweifle. Ich habe da außerordentlich große Bedenken.

Nun hat der Herr Kollege Dr. Kraus gerade das Räte-system besonders herborgehoben und gelobt und darauf hingewiesen, daß man jetzt in der Reichsverfassung das Räte-system ja, wie man zu sagen pflegt, „verankern“ wolle und zwar in ganz gewissen von ihm gelobten Formen. Ich möchte ihn da auf eines aufmerksam machen: Dieser Rätegedanke hat doch bis zu dem Zeitpunkte, wo er in der Reichsverfassung „verankert“ werden soll, sehr merkwürdige Wandlungen durchgemacht. Er war ursprünglich etwas anderes, als er jetzt geworden ist. Ursprünglich hielten dem Rätegedanken politische Bestrebungen an. Heute wird der Rätegedanke nur in einer wirtschaftlichen Form noch ausgebaut: es sollen die Arbeiter in den Betrieben mitwirken, mitraten und -taten. Das ist eine Idee, die nicht nur von Ihnen anerkannt wird, sondern die auch von uns in gleicher Weise unterstützt wird. Das wissen wir alle aus der Praxis, daß zweifellos auf diesem Wege etwas getan werden muß. Aber es darf nicht so weit gehen, wie es heute schon in gewissen Betrieben geschehen ist, daß man glaubt, aus diesem Räte-system den Gedanken herleiten zu müssen und zu können, daß man einfach sagt: Wir wünschen, z. B. jener Betriebsführer oder dieser oder jener andere Vorgesetzte muß aus dem Betrieb herauskommen. Wenn der Rätegedanke in dieser Form ausgebaut werden soll, wenn den Räten solche Rechte beigelegt werden sollen, dann sind sie allerdings von Abel, und dann können sie von uns nicht unterstützt werden. Hier müssen die Grenzen doch etwas enger gezogen werden, als sie von Ihnen aus scheinbar gezogen werden sollen.

Im übrigen möchte ich darauf aufmerksam machen, daß der Rätegedanke, wie er jetzt propagiert wird, schon in dem Gedanken vertreten wird, den wir vor Monaten, von Beginn der Revolution an, schon in unserer Partei vertreten haben, daß man aus den einzelnen Berufen nicht „Räte“, wie Sie es genannt haben, sondern „Kammern“ herausbilden soll, daß diese Berufskammern schließlich als oberste Spitze ein berufsständisches Parlament bilden sollen. Wir wissen, daß die Zukunft für uns nur dann eine aussichtsversprechende, eine gute, werden kann, wenn wir vor allen Dingen das wirtschaftliche Leben auf einen gesunden Boden stellen, daß uns alle unsere politische Freiheit, die wir in der Revolution gewonnen haben, zu nichts nütze ist, wenn wir unser wirtschaftliches Leben zerstören, und wir haben aus dieser Erwägung heraus schon vor Monaten die Schlussfolgerung gezogen, daß wir nicht in dem Einkammersystem, das auf politischer Grundlag und aus politischen Kräften hervorgeht, die Zukunft des Parlamentarismus gesehen haben, sondern den Gedanken vertreten, daß berufsständische Kammern gegründet werden sollen und daß in diesen berufsständischen Kammern die oberste Spitze ein berufsständisches Parlament bilden soll. Sie dürfen also nicht für sich (zu den Sozialdemokraten) in Anspruch nehmen, daß Sie nun die Träger dieses neuen Rätegedankens sind. Sie nennen es „Räte-system“, wir nennen es mit einem anderen Wort, im letzten Sinn aber werden wir doch beide vielleicht, wenn Sie Ihre Forderungen noch um einen Pflock zurückstecken, auf den gleichen Gedanken und damit auf das Richtige hinauskommen.

Es hat bei dieser Gelegenheit der Herr Kollege Dr. Kraus das Wort von den „einsichtigen Arbeitern“ fallen lassen. Es ist ein sehr gutes Wort, und ich glaube, daß es in den Tagen, in denen wir jetzt leben, eigentlich des Pudels Kern ist, bei allen Fragen: „Die einsichtige Arbeiterchaft“. Aber Sie werden wohl alle mit mir das Gefühl teilen, daß es verhältnismäßig sehr wenige Arbeiter heute gibt, die einsichtig sind, und daß es leider auch eine große Anzahl von Arbeiterführern gibt, die auch dieser Einsicht ermangeln. Wenn da eine Änderung in den grundlegenden Anschauungen herbeigeführt werden könnte — und sie kann eigentlich nur von Ihrer Seite und durch Ihren Einfluß kommen, nicht durch uns, denn wir genießen kein Vertrauen und keinen Glauben —, wenn Sie das fertig bringen könnten, dann würden Sie tatsächlich etwas Großes leisten, dann würden Sie vielleicht auch wieder auf der anderen Seite den Glauben auslösen, daß Sie allmählich auch

auf eine gesunde Auffassung des Sozialisierungsgedankens zurückkommen.

Ich will in dieser Sache nicht weiter vorgehen. Ich will auch das, was der Herr Kollege Dr. Koenigsberger ausgeführt hat, nicht streifen. Die Zeit ist zu weit vorgeschritten, ich will lieber zum Schluß kommen. Unsere Ansicht ist, daß die Sozialisierung an sich in der bis jetzt beabsichtigten Form nicht durchgeführt werden kann und darf, da ein Vorteil für das Allgemeinwohl so, wie wir es verstehen, das Wohl der Gesamtheit des Volkes, dabei nicht herauskommt. Wenn man zu dem jetzigen Zeitpunkt des tiefsten wirtschaftlichen Notstandes diese Sozialisierung beabsichtigt, so können wir dieser Durchführung nur das üble Wort eines „Experiments“ zulegen, ja, man muß sich noch schärfer ausdrücken, man könnte fast sagen: Es ist ein Mordversuch an unserem Wirtschaftsleben (Abg. Mayer-Karlsruhe: Sehr richtig!), und dazu werden wir uns nicht hergeben, und ich glaube, auch Sie wollen sich dazu nicht hergeben. Es handelt sich nur darum, daß man die Sache einmal richtig erkennt.

Ich möchte noch auf eines hinweisen: Ein Teil des Wirtschaftsozialismus, wie er angestrebt wird, ist doch eigentlich nur durchführbar, wenn gewisse internationale Voraussetzungen gegeben sind. Denken Sie nur einmal an den 8-Stundentag! Nachdem wir aber erlebt haben, daß die politische Internationale in einer so schrecklichen Weise ad absurdum geführt worden ist, wie sie heute ad absurdum geführt ist, sollten wir uns doch davor hüten, zu glauben, daß nun die wirtschaftlichen internationalen Voraussetzungen vielleicht eher gegeben sein könnten und diese Ideen hier weiter durchzuführen wären, als bei der politischen Internationale. Ich fürchte, daß wir da noch viel schlechtere Erfahrungen machen werden, als wie sie bei der politischen Internationale gemacht worden sind (Sehr richtig! rechts).

Auch noch auf eines möchte ich aufmerksam machen. Sie haben vielleicht in diesen Tagen gelesen, daß die Entente sich auf den Standpunkt stellt und unsere Regierung hat wissen lassen, daß sie es verhindern will, in unserem Reiche zu sozialisieren. Zu einem Verbot will sie es kommen lassen. Was das bedeutet, darüber muß man sich klar werden. Wir sind die Gründe einer solchen Handlungsweise vollständig klar. Die Entente sagt sich da mit Recht: Glücken in Deutschland die Sozialisierungsbestrebungen, dann werden zweifellos unsere Arbeiter in Frankreich, England und Amerika dasselbe tun wollen (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten). Glücken Sie aber nicht — und nun kommt die andere Seite — dann wird die wirtschaftliche Kraft Deutschlands so untergraben, daß die Bedingungen, besonders die wirtschaftlichen Bedingungen, die wir im Frieden haben, nicht erfüllt werden können (Sehr wahr! rechts). Aus diesen beiden Gründen, sagt sich die Entente ganz klaren und ruhigen Geistes, verbiete ich Deutschland, Sozialisierungsver-

imente zu machen. Ich fürchte, daß wir dann keine Freiheit mehr haben. Ich fürchte, daß die Entente tatsächlich diesen Gewaltschritt unternehmen wird, so gut wie sie andere Gewalt-schritte unternommen hat.

Lezten Endes scheint uns die Sozialisierung nur dann erfolgversprechend, wenn dabei, wie ich schon verschiedentlich gesagt habe, für das Allgemeinwohl etwas herausspringt. Vielleicht wäre da noch etwas hinzuzufügen: Eine Voraussetzung wäre vielleicht auch dann noch gegeben, wenn wir etwas mehr an den Menschen sozialisieren wollten. Es ist das ja vorhin von dem Herrn Kollegen Ruser ausgeführt worden, die Sozialisierungsarbeit oder Erziehungsarbeit an den Menschen. Sorgen wir für diese Sozialisierung, nicht nur an den Gebildeten, — die haben es auch nötig (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten) —, sondern vor allen Dingen an der großen Masse, daß sie soziales Verständnis bekommen, wirklich soziales Verständnis nicht nur für ihre Masseninteressen, sondern für die Interessen des Allgemeinwohls, des Gesamtwohls des Volkes (Sehr gut! rechts). Dann wird aus dem sozialen Verständnis schließlich auch die soziale Verständigung hervorgehen. Eine unbedingte Voraussetzung aber für alles das ist, daß man mit dieser bisherigen Schlagwortpolitik „Sozialisierung“ und „Planwirtschaft“ und wie man es alles nennen will, bricht.

Nach dieser unserer grundsätzlichen Stellungnahme zur Sozialisierungsfrage wird man uns wohl nicht mehr den Vorwurf machen, daß wir diesen Fragen verständnislos gegenüberstünden. Man wird sich doch nicht der Ansicht verschließen, daß wir uns die redlichste Mühe geben, der Sozialisierung einen gefunden Gedanken abzugewinnen, und daß wir den guten Willen haben, das, was wirklich an echtem Kern in ihr vorhanden ist, auch in die Praxis umzusetzen. Damit dieser Glaube auch Ihnen auf der Linken leichter wird und Sie vor allen Dingen auch sehen, daß wir garnicht so sehr abwegig von Ihnen sind, wenn wir einen Standpunkt einnehmen, der nicht ganz dem Ihrigen entspricht, möchte ich Sie darauf aufmerksam machen, daß hervorragende Führer und daß derjenige von Ihnen, der heute an der hervorragendsten Stelle des Reiches steht, der Reichspräsident Ebert, schon am 1. Dezember 1918 in einer Kundgebung folgende Worte, mit denen ich schließen möchte, gebracht hat: „Mit demagogischen Schlagworten läßt sich nichts ändern, und der Ruf nach allgemeiner Sozialisierung kann nur als Produkt einzelner Phantasten bewertet werden.“ (Hört, hört! rechts). „Die Experimente, die man jetzt anstellen will, sind irreführend von Grund aus, weil sie letzten Endes die Existenz des Arbeiters gefährden.“ (Weifall rechts).

Hierauf wird abgedrochen.

Schluß der Sitzung nach 8 Uhr.

#### Rednerverzeichnis:

	Spalte
Anzeige neuer Eingänge:	
Präsident Kopf	1133
Kurze Anfrage, die Verhaftung von Beamten in Kehl betr.:	
Abg. Marum (Soz.)	1134
Minister des Auswärtigen Dietrich	1134
Kurze Anfrage, den Mangel an Kinderschuhem betr.:	
Abg. Ziegelmaier-Oberkirch (Zentr.)	1135
Minister des Innern Kemmle	1135
Zweite Beratung über den Gesekentwurf, die Bürgschaftsübernahme für ein Darlehen der Stadtgemeinde Kehl durch den Staat betr.:	
Berichterflatter Abg. Marum (Soz.)	1136
Fortsetzung der Besprechung der Interpellation der Abgg. Dr. Kraus u. Gen., die Sozialisierung in Baden betr.:	
Abg. Dr. Koenigsberger (Soz.)	1137
Abg. Heinrich (Zentr.)	1146
Abg. Ruser (D. Dem. P.)	1153
Arbeitsminister Rückert	1162
Abg. Mager (Frd. Vg. Vb.)	1165

Verantwortlich für den Bericht über die Verhandlungen: Dr. Max Dittler.  
Druck und Verlag der G. Braunschens Hofbuchdruckerei. Beide in Karlsruhe.